MINISTERIALBLATT

der Landesregierung von Rheinland-Pfalz

72. JAHRGANG

Mainz, den 18. DEZEMBER 2020

NUMMER 10

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in das Amtliche Gültigkeitsverzeichnis rheinland-pfälzischer Verwaltungsvorschriften (Gültigkeitsverzeichnis) aufgenommen werden

Glied.-Nr.	Datum		Seite
	9. 11. 2020	Verlängerung der Geltungsdauer von Verwaltungsvorschriften VV des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	222
2129	27. 10. 2020	Bußgeldkatalog zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes - Bußgeldka- talog Umweltschutz - VV des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten	222
23301	17. 11. 2020	Wohnen in Orts- und Stadtkernen VV des Ministeriums der Finanzen	275
7920	2. 11. 2020	Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus den Mitteln der Jagdabgabe VV des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten	279
811	3. 11. 2020	Verwaltungsvorschrift zur gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter Menschen im Berufsleben im Landesdienst Rheinland-Pfalz VV des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	281
9240	23. 11. 2020	Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung zusätzlicher Busverkehre zur Schüler- beförderung zur Verbesserung des Infektionsschutzes in Rheinland-Pfalz aufgrund der Corona-Pandemie (Richtlinien Corona-Schülerverkehr) VV des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	292
950	16. 11. 2020	Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Versorgung von Binnen- schiffen mit Landstrom in Rheinland-Pfalz VV des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	292

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in das Amtliche Gültigkeitsverzeichnis rheinland-pfälzischer Verwaltungsvorschriften (Gültigkeitsverzeichnis) aufgenommen werden

Datum		Seite
	Staatskanzlei	
12. 11. 2020	Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2018 Bek. der Staatskanzlei	294
20. 11. 2020	Besuche von Abgeordneten und Vertreterinnen und Vertretern von Parteien bei staatlichen Dienststellen Bek. der Staatskanzlei	294
23. 11. 2020	Erteilung eines Exequaturs; hier: Frau Fabienne Emilie L. Cheront, Generalkonsulin des Königreichs Belgien in Berlin Bek. der Staatskanzlei	294
	Ministerium der Finanzen	
13. 11. 2020	Reisekostenvergütung bei Auslandsdienstreisen RdSchr. des Ministeriums der Finanzen	295

- IV. Immissionsschutz
- V. Abfallentsorgung
- VI. Bodenschutz und Altlasten

Einleitung

Der bisherige Bußgeldkatalog Umweltschutz wird durch diese Neufassung ersetzt.

Der Erlass einer neuen Fassung war erforderlich, da sich die gesetzlichen Grundlagen in den Bereichen Naturschutz-, Wasser-, Immissionsschutz- und Abfallrecht seit 2007 wesentlich geändert haben.

Ziel des Bußgeldkataloges ist es, eine landeseinheitliche Praxis bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes sicherzustellen. Die zuständigen Behörden werden hierdurch in die Lage versetzt, Verstöße gegen Umweltschutzbestimmungen zügig zu verfolgen. Zugleich wird ihnen eine Entscheidungshilfe an die Hand gegeben, mit der festgestellte Verstöße unter Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes angemessen geahndet werden können. Damit wird einem dringenden Bedürfnis der Praxis nach Verwaltungsvereinfachung entsprochen.

Auf einen Verwarnungsgeldkatalog, wie ihn das Straßenverkehrsrecht kennt, wurde verzichtet. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Anteil geringfügiger Ordnungswidrigkeiten an der Gesamtzahl der begangenen Verstöße gegen bußgeldbewehrte Umweltschutzvorschriften nicht ins Gewicht fällt. Stattdessen sind in den einzelnen Sachbereichen diejenigen Ordnungswidrigkeiten besonders kenntlich gemacht, bei denen eine Ahndung durch Verwarnungsgeld in Betracht kommt (vgl. Abschnitt A II Nr. 5).

Der Bußgeldkatalog ist in zwei Abschnitte gegliedert. Abschnitt A umfasst den Allgemeinen Teil.

Abschnitt B enthält die einzelnen Sachbereiche:

- I. Naturschutz und Landschaftspflege
- II. Gewässerschutz
- III. Fischereiwesen
- IV. Immissionsschutz
- V. Abfallentsorgung
- VI. Bodenschutz und Altlasten

Die festzulegenden Geldbußen werden in den jeweiligen Sachgebieten für die nach generellen Kriterien definierten Ordnungswidrigkeiten als Rahmensätze festgelegt, an denen sich die Verwaltungsbehörden orientieren können. Als weitere Entscheidungshilfe wird die Umsetzung der Rahmensätze im konkreten Einzelfall durch zusätzliche Bemerkungen näher konkretisiert.

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt A

Allgemeiner Teil

I Allgemeines und Verfahren

- 1 Anwendungsbereich
- 2 Begriffsbestimmungen
- 3 Bußgeld- und Verwarnungsverfahren
- 4 Abgabe an die Staatsanwaltschaft

II Grundsätze der Bemessung der Geldbuße

- 5 Grundsätze für die Erhöhung bzw. Ermäßigung der Regel- und Rahmensätze für vorsätzliche Zuwiderhandlungen
- 6 Fahrlässiges Handeln

III Besondere Richtlinien und Hinweise

- 7 Tateinheit/Tatmehrheit
- 8 Dauerzuwiderhandlungen

- 9 Besondere Personengruppen
- 10 Einziehung des Wertes von Taterträgen
- 11 Verfahren nach Einspruch

Abschnitt A

– ALLGEMEINER TEIL

I Allgemeines und Verfahren

1 Anwendungsbereich

1.1 Der Bußgeldkatalog ist als Richtlinie für die zuständigen Verwaltungsbehörden bei Ordnungswidrigkeiten in den Sachbereichen Naturschutz und Landschaftspflege, Gewässerschutz, Fischereiwesen, Immissionsschutz, Abfallentsorgung sowie Bodenschutz und Altlasten anzuwenden.

1.2 Soweit Zuwiderhandlungen der Sachbereiche nach Nr. 1.1 nicht vom Katalog erfasst werden, soll für die Bemessung der Geldbuße von vergleichbaren Zuwiderhandlungen des Katalogs ausgegangen werden.

2 Begriffsbestimmungen

2.1 Eine Ordnungswidrigkeit ist eine rechtswidrige und vorwerfbare Handlung, die den Tatbestand eines Gesetzes verwirklicht, das die Ahndung mit einer Geldbuße zulässt (§ 1 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten - OWiG -).

2.2 Eine Straftat ist eine rechtswidrige und schuldhaft Handlung, die den Tatbestand eines Gesetzes verwirklicht, das die Ahndung mit einer Strafe (Freiheitsstrafe, Geldstrafe) zulässt.

3 Bußgeld- und Verwarnungsverfahren

3.1 Bußgeldverfahren

Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Verwaltungsbehörde (§ 47 Abs. 1 OWiG). Ein Bußgeldverfahren soll eingeleitet werden, wenn aufgrund von Anzeigen oder sonstigen Feststellungen Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit in den Sachbereichen nach Nr. 2.1 vorliegen und der Verfolgung keine Hindernisse (z. B. Verjährung) entgegenstehen. Dies gilt nicht, wenn die Ordnungswidrigkeit so unbedeutend erscheint, dass nicht einmal eine Verwarnung notwendig ist.

3.2 Verwarnungsverfahren

Ist eine Ordnungswidrigkeit als geringfügig zu beurteilen, kann von der Durchführung eines Bußgeldverfahrens abgesehen und eine Verwarnung erteilt werden (§ 56 Abs. 1 OWiG). Die Erfordernisse des § 56 Abs. 2 OWiG sind zu beachten (Einverständnis der Täterin oder des Täters nach Belehrung; Zahlung des Verwarnungsgeldes sofort oder innerhalb bestimmter Frist).

Für die Einstufung einer Ordnungswidrigkeit als geringfügig sind vor allem das Maß der Gefährdung oder Schädigung der geschützten Umweltgüter sowie das Täterverhalten im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen zu berücksichtigen.

Eine Ordnungswidrigkeit kann nicht als geringfügig angesehen werden, wenn der Regelsatz das gesetzliche Höchstmaß des Verwarnungsgeldes überschreitet, es sei denn, es liegen besondere Umstände im Sinne von Ziff. 4.2 vor.

4 Abgabe an die Staatsanwaltschaft

4.1 Die Verwaltungsbehörde hat die Sache an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die zu verfolgende Handlung eine Straftat ist (§ 41 Abs. 1 OWiG).

4.2 Eine Sache ist auch dann als Straftat zu behandeln und damit an die Staatsanwaltschaft abzugeben, wenn durch ein und dieselbe Handlung (Tateinheit) oder durch mehrere Handlungen innerhalb eines einheitlichen Ereignisses

(Verknüpfung mehrerer Handlungen in einem einheitlichen Lebensvorgang) sowohl der Tatbestand einer Straftat als auch einer Ordnungswidrigkeit verwirklicht wird (§ 21 Abs. 1 OWiG).

- 4.3 Wird die tateinheitliche Straftat von der Staatsanwaltschaft nicht verfolgt, oder verfolgt, aber ohne Sachentscheidung eingestellt (§§ 153, 153 b, 154 StPO) kann die tateinheitliche Ordnungswidrigkeit von der Verwaltungsbehörde verfolgt werden (§ 21 Abs. 2 OWiG).

II Grundsätze der Bemessung der Geldbuße

- 5 Die im Katalog ausgewiesenen Geldbußen sind Regel- und Rahmensätze für vorsätzliche Zuwiderhandlungen.

Die Regel- und Rahmensätze können nach den Grundsätzen des § 17 Abs. 3 und 4 OWiG je nach den Umständen des Einzelfalles erhöht oder ermäßigt werden.

- 5.1 Eine Erhöhung kann insbesondere in Betracht kommen, wenn

- 5.1.1 das Ausmaß der Umweltbeeinträchtigung nach den Umständen des Falles überdurchschnittlich groß ist;

die Täterin oder der Täter

- 5.1.2 sich uneinsichtig zeigt,

- 5.1.3 bereits wegen einer gleichartigen Ordnungswidrigkeit innerhalb der letzten drei Jahre mit einer Geldbuße belegt oder förmlich (schriftlich) verwarnet worden ist,

- 5.1.4 die Ordnungswidrigkeit im Zusammenhang mit der Ausübung eines Berufes oder eines Gewerbes begeht,

- 5.1.5 in außergewöhnlich guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt,

- 5.1.6 wirtschaftliche Vorteile aus der Tat gezogen hat. In diesem Fall soll die Geldbuße den Betrag des empfohlenen Bußgeldes um diesen Vorteil (Gewinn) übersteigen (§ 17 Abs. 4 Satz 1 OWiG).

Hierzu kann auch das gesetzliche Höchstmaß der Geldbuße überschritten werden, wenn es nicht ausreicht, den wirtschaftlichen Vorteil, den die Täterin oder der Täter aus der Tat gezogen hat, abzuschöpfen (§ 17 Abs. 4 Satz 2 OWiG).

- 5.2 Eine Ermäßigung kann insbesondere in Betracht kommen, wenn

- 5.2.1 das Ausmaß der Umweltbeeinträchtigung nach den Umständen des Falles gering ist,

- 5.2.2 der Vorwurf, der die Täterin oder den Täter trifft, aus besonderen Gründen des Einzelfalles geringer als für durchschnittliches vorwerfbares Handeln erscheint,

- 5.2.3 die Täterin oder der Täter Einsicht zeigt, so dass Wiederholungen nicht zu befürchten sind,

- 5.2.4 die vorgeschriebene Geldbuße zu einer unzumutbaren wirtschaftlichen Belastung führt,

- 5.2.5 die wirtschaftlichen Verhältnisse der Täterin oder des Täters außergewöhnlich schlecht sind.

- 6 Fahrlässiges Handeln

Bei fahrlässigem Handeln soll im Regelfall von der Hälfte der Regel- und Rahmensätze des Bußgeldkatalogs ausgegangen werden. Das Höchstmaß der Geldbuße nach § 17 Abs. 2 OWiG (die Hälfte des gesetzlich angedrohten Höchstbetrages) darf dabei nicht überschritten werden

III Besondere Richtlinien und Hinweise

- 7 Tateinheit/Tatmehrheit

Verletzt dieselbe Handlung mehrere Rechtsvorschriften, nach denen sie als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann, oder eine solche Rechtsvorschrift mehrmals (Tateinheit), so wird nur eine einzige Geldbuße festgesetzt. Dabei bestimmt sich die Geldbuße nach der Rechtsvorschrift, mit der die höchste Geldbuße angedroht wird (§19 OWiG).

Werden durch mehrere rechtlich selbständige Handlungen mehrere Ordnungswidrigkeiten begangen, so wird für jede eine Geldbuße gesondert festgesetzt (§ 20 OWiG).

- 8 Dauerzuwiderhandlungen

Eine Dauerzuwiderhandlung liegt vor, wenn der durch die Verletzung einer Rechtsvorschrift begründete Zustand vorsätzlich oder fahrlässig über einen gewissen Zeitraum aufrechterhalten wird. Hier liegt nur eine Zuwiderhandlung vor.

Bei der Festsetzung der Geldbuße ist von den Regel- und Rahmensätzen des Bußgeldkataloges auszugehen. Die Geldbuße soll jedoch unter Berücksichtigung der Dauer des rechtswidrigen Zustandes bemessen werden.

- 9 Besondere Personengruppen

Handelt jemand für einen anderen (als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person, als Mitglied eines solchen Organs, als vertretungsberechtigter Gesellschafter einer rechtsfähigen Personenhandelsgesellschaft, als gesetzlicher Vertreter oder als Beauftragter in einem Betrieb) sind die besonderen Bestimmungen des § 9 OWiG zu beachten.

Gegen juristische Personen und Personenvereinigungen kann unter den Voraussetzungen des § 30 OWiG eine Geldbuße festgesetzt werden.

Wegen Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen durch den Inhaber oder diesem gleichstehende Personen wird auf § 130 OWiG hingewiesen.

- 10 Einziehung des Wertes von Taterträgen

Hat die Täterin oder der Täter durch eine mit Geldbuße bedrohte Handlung oder für sie etwas erlangt und wird gegen ihn wegen der Handlung eine Geldbuße nicht festgesetzt, so kann gegen ihn die Einziehung eines Geldbetrages bis zu der Höhe angeordnet werden, die dem Wert des Erlangten entspricht (§ 29a Abs. 1 OWiG).

Die Einziehung eines solchen Geldbetrages kann unter den Voraussetzungen des § 29a Abs. 2 OWiG auch gegen eine dritte Person angeordnet werden.

Bei der Bestimmung des Wertes des Erlangten sind die Aufwendungen der Täterin oder des Täters oder der anderen Person abzuziehen. Außer Betracht bleibt jedoch das, was für die Begehung der Tat oder für ihre Vorbereitung aufgewendet oder eingesetzt worden ist. Umfang und Wert des Erlangten einschließlich der abzuziehenden Aufwendungen können geschätzt werden.

Wird gegen die Täterin oder den Täter ein Bußgeldverfahren nicht eingeleitet oder wird es eingestellt, so kann die Einziehung selbständig angeordnet werden.

Soweit es das Gesetz ausdrücklich zulässt, besteht die Möglichkeit der Einziehung unter den Voraussetzungen der §§ 22 ff. OWiG.

- 11 Verfahren nach Einspruch

Ein unzulässiger Einspruch wird von der Verwaltungsbehörde durch Bescheid verworfen. Der Einspruchsführer ist hierbei über den Rechtsbehelf des Antrages auf gerichtliche Entscheidung zu belehren (§ 69 Abs. 1 OWiG, § 50 Abs. 2 OWiG).

Ist der Einspruch zulässig und begründet, nimmt die Verwaltungsbehörde den Bußgeldbescheid zurück. Zur Prüfung der Begründetheit kann die Verwaltungsbehörde in einem Zwischenverfahren neue Sachermittlungen anordnen oder selbst vornehmen (§ 69 Abs. 2 OWiG).

Erhält die Verwaltungsbehörde den Bußgeldbescheid aufrecht, so übersendet sie die Akten der Staatsanwaltschaft (§ 69 Abs. 3 OWiG) und bittet, auf ihre Beteiligung nach § 76 Abs. 1 OWiG hinzuwirken, wenn sie beabsichtigt, in der Hauptverhandlung die Gesichtspunkte vorzubringen, die von ihrem Standpunkt für die Entscheidung von Bedeutung sind. Hält die Verwaltungsbehörde die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung für notwendig, so regt sie diese an.

Abschnitt B

Einzelne Ordnungswidrigkeiten

I.

Sachbereich Naturschutz und Landschaftspflege

Vorbemerkung:

Nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2010 (BGBl. I S. 2542) sind Natur und Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlagen für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, dass

1. die biologische Vielfalt,
 2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie
 3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft
- auf Dauer gesichert sind.

Im Interesse des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere zum Schutz von Natur und Landschaft ist – neben präventiven Maßnahmen der Verwaltung – der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 69 BNatSchG, § 16 der Verordnung zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung – BArtSchV) vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258), § 37 des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG) vom 6. Oktober 2015 (GVBl. S. 283) und § 17 des Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland über die Errichtung und Unterhaltung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald (NationalparkStV) vom 4. Oktober 2014 (GVBl. 2015, S. 3), besondere Beachtung zu schenken.

Wesentliches Element der materiellen Gerechtigkeit ist dabei eine möglichst gleichmäßige Behandlung gleichgelagerter Sachverhalte. Mit dem Katalog soll eine Liste der Verstöße gegen die genannten Bußgeldvorschriften vorgelegt werden, um einen einheitlichen Vollzug bei der Verfolgung und Ahndung dieser Verstöße zu erreichen. Die in dem Katalog genannten Regel- und Rahmensätze für die Bemessung der Geldbuße haben allerdings nur die Bedeutung einer Richtlinie hierfür. Die Verwaltungsbehörde muss in jedem Einzelfall prüfen, ob Besonderheiten des Sachverhalts eine Abweichung von diesen Regel- und Rahmensätzen verlangen. Der Höchstsatz bei der Verhängung eines Bußgeldes richtet sich nach der zur Ahndung der Ordnungswidrigkeit herangezogenen Rechtsgrundlage. Für Ordnungswidrigkeiten nach § 69 BNatSchG richtet sich der Höchstsatz nach § 69 Abs. 7 BNatSchG, für Ordnungswidrigkeiten nach Landesrecht ergibt sich der Höchstsatz aus § 37 Abs. 3 LNatSchG, der beim festgelegten Höchstsatz zwischen vorsätzlicher (bis 50.000 EUR) und fahrlässiger (bis 20.000 EUR) Begehung unterscheidet. Ordnungswidrigkeiten auf dem Gebiet des Nationalparks Hunsrück-Hochwald können nach § 17 Abs. 2 NationalparkStV mit einer Geldbuße bis zu 50.000 EUR geahndet werden.

Bei den vom Katalog nicht erfassten Zuwiderhandlungen soll die Höhe des Bußgeldes nach der für einen vergleichbaren Tatbestand festzustellenden Geldbuße bestimmt werden. So wurde beispielsweise aufgrund der Vielgestaltigkeit möglicher Eingriffe in Natur und Landschaft auf die Festsetzung eines Bußgeldrahmens für § 69 Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG verzichtet, soweit dieser Bußgeldkatalog nicht bereits namentlich genannte Eingriffe abdeckt. Der Verstoß gegen Nebenbestimmungen ist nach pflichtgemäßem Ermessen der Behörde mit einer unterhalb der für den Hauptverstoß geltenden Bußgeldhöhe zu belegen. Bußgeldtatbestände anderer Rechtsgebiete wurden in den Sachbereich Naturschutz und Landschaftspflege nicht aufgenommen.

Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die unteren Naturschutzbehörden (§ 1 Abs. 3 der Landesverordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Zuständigkeitenverordnung Naturschutz – NatSchZuVO)¹. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG für auf dem Gebiet des Nationalparks Hunsrück-Hochwald begangene Ordnungswidrigkeiten ist nach § 17 Abs. 3 NationalparkStV das Nationalparkamt.

¹ Vor Inkrafttreten der Zuständigkeitsverordnung gilt § 1 Abs. 3 der Landesverordnung zur Übertragung der Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Landespflegegesetz i. V. m. § 39 Abs. 1 LNatSchG

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Geldbuße EUR	Geldbuße EUR
		- in Naturschutzgebieten - in Naturdenkmalen - in Nationalparks (Nationalpark Hunsrück-Hochwald: § 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 1 Satz 1 NationalparkStV, soweit Nr. 23 bis 35 keine spezielleren Regelungen enthalten) - in Kernzonen von Biosphärengebieten (jeweils auch wenn einstweilig sichergestellt) - in gesetzlich geschützten Biotopen	- in Landschaftsschutzgebieten - in Pflege- und Entwicklungszonen von Biosphärengebieten - in Naturparks - in geschützten Landschaftsbestandteilen (jeweils auch wenn einstweilig sichergestellt) - geschützte Grünbestände - geschützte Bäume - an Gewässern und Uferzonen nach § 61 BNatSchG	bei Zuwiderhandlungen gegen Ge- oder Verbote außerhalb von geschützten Flächen; Bemerkungen
1	2	3	4	5
1.	Die Errichtung, Aufstellung oder das Anlegen oder die wesentliche Änderung von			Bei Naturdenkmalen/ Naturschutzgebieten/ Nationalparks Straftat nach § 304, § 329 Abs. 3 Nr. 8 u. § 330 StGB prüfen.
1.1	Gebäuden einschließlich ortsfesten Hütten aller Art	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	
1.1.1	baurechtlich genehmigungsfreie Vorhaben	150 – 2.000	100 – 1.500	
1.1.2	bis 100 m³ umbautem Raum	750 – 10.000	500 – 7.000	
1.1.3	über 100 m³ umbautem Raum	2.500 – 50.000	1.500 – 40.000	
1.2	Buden, Verkaufsständen, Verkaufswagen, Warenautomaten oder Festzelten	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	
1.2.1	bis 2 m²	50 – 700	25 – 350	
1.2.2	über 2 m²	75 – 2.000	50 – 1.500	
1.3	Werbeanlagen, Himmelsstrahlern oder Einrichtungen mit ähnlicher Wirkung	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	
1.3.1	Werbeanlagen bis 2 m² oder 2 m³	50 – 700	25 – 350	15 – 200
1.3.2	Werbeanlagen über 2 m² oder 2 m³	75 – 2.000	50 – 1.500	40 – 1.000
1.3.3	Himmelsstrahler oder Einrichtungen mit ähnlicher Wirkung	100 – 5.000	75 – 3.000	50 – 1.500
1.4	Sport-, Erholungs- und Freizeitanlagen aller Art	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	
1.4.1	bis 1.000 m²	75 – 1.000	50 – 700	
1.4.2	von 1.000 bis 10.000 m²	375 – 10.000	250 – 7.000	
1.4.3	über 10.000 m²	3.250 – 50.000	2.500 – 40.000	
1.5	Zelten, Wohnwagen oder Wohnmobilen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	
1.5.1	bis zu 10 Tagen	50 – 700	15 – 350	10 – 275
1.5.2	jeder weitere Tag	10 – 150	7 – 100	5 – 70
1.6	Wegen, Straßen, Eisenbahnen, Bergbahnen, Seil- und Schienenbahnen einschl. Schleppaufzügen sowie sonstigen Verkehrsflächen und -einrichtungen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	

1	2	3	4	5
1.6.1	bis 100 m ² oder 50 m Länge	150 – 2.000	100 – 1.500	
1.6.2	von 100 bis 1.000 m ² oder von 50 bis 500 m Länge	750 – 10.000	500 – 7.000	
1.6.3	über 1.000 m ² oder 500 m Länge	2.500 – 50.000	1.500 – 40.000	
1.7	Flugplätzen, Lagerplätzen, Stellplätzen, Ausstellungsplätzen, Zelt- und Campingplätzen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	
1.7.1	bis 1.000 m ²	250 – 3.500	150 – 2.000	
1.7.2	von 1.000 bis 10.000 m ²	1.500 – 17.000	1.000 – 10.000	
1.7.3	über 10.000 m ²	2.500 – 50.000	1.500 – 40.000	
1.8	ober- und unterirdische Ver- oder Entsorgungsleitungen sowie sonstigen Transportleitungen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	
1.8.1	bis 100 m	150 – 1.000	100 – 700	
1.8.2	von 100 bis 1.000 m	375 – 5.000	250 – 3.500	
1.8.3	über 1.000 m	750 – 10.000	500 – 7.000	
1.9	Abgrabungen, Aufschüttungen, Verfüllungen, Auf- und Abspülungen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	Straftatbestände: § 329 Abs. 3 Nr. 2, § 330 StGB
1.9.1	bis 1.000 m ² oder 1.000 m ³	250 – 3.500	150 – 2.000	
1.9.2	von 1.000 bis 10.000 m ² oder von 1.000 bis 10.000 m ³	1.500 – 17.000	1.000 – 10.000	
1.9.3	über 10.000 m ² oder 10.000 m ³	2.500 – 50.000	1.500 – 40.000	
1.10	Einfriedungen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG pro lfd. Meter: 5, mind. 100	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG pro lfd. Meter: 2, mind. 70	pro lfd. Meter: 2, mind. 35 siehe auch Nr. 11
1.11	sonstigen baulichen Anlagen, auch wenn sie keiner Baugenehmigung bedürfen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	
1.11.1	baurechtlich genehmigungsfreie Vorhaben	150 – 3.500	100 – 2.000	
1.11.2	bis 100 m ³ umbautem Raum	750 – 10.000	500 – 7.000	
1.11.3	über 100 m ³ umbautem Raum	2.500 – 50.000	1.500 – 40.000	
1.12	Gewässern einschließlich Fischteichen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	Straftatbestände § 329 Abs. 3 Nr. 3, § 330 StGB
1.12.1	bis 100 m ²	100 – 1.500	75 – 1.000	
1.12.2	von 100 bis 1.000 m ²	500 – 7.000	375 – 3.500	
1.12.3	über 1.000 m ²	1.500 – 50.000	1.000 – 40.000	
2.	Abbau oder Gewinnung von Kies, Sand, Mergel, Ton, Lehm, Torf, Steinen oder anderen Bodenbestandteilen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	Straftatbestand § 329 Abs. 3 Nr. 1 StGB
2.1	bis 1.000 m ³	250 – 3.500	150 – 2.000	
2.2	von 1.000 bis 10.000 m ³	1.500 – 17.000	1.000 – 10.000	
2.3	über 10.000 m ³	2.500 – 50.000	1.500 – 40.000	
3.	Anwendung von Pestiziden	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG 100 – 35.000	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG 75 – 27.000	

1	2	3	4	5
4.	Umwandlung von Wald oder sonstigen flächenhaften Holzbeständen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	Straftatbestand § 329 Abs. 3 Nr. 5 StGB, 330 StGB
4.1	bis 1.000 m ²	150 – 2.000	100 – 1.500	
4.2	von 1.000 bis 10.000 m ²	750 – 10.000	500 – 7.000	
4.3	über 10.000 m ²	2.250 – 50.000	1.500 – 40.000	
5.	Beseitigung, Zerstörung oder sonstige erhebliche Beeinträchtigung von Alleen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	1.000 – 50.000
6.	Erstaufforstung sowie Anlage von Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	
6.1	bis 1.000 m ²	75 – 1.000	50 – 700	
6.2	von 1.000 bis 10.000 m ²	375 – 5.000	250 – 3.500	
6.3	über 10.000 m ²	750 – 20.000	500 – 15.000	
7.	Reiten und Fahren auf Flächen, deren Benutzung untersagt ist sowie Abstellen von motorisierten Fahrzeugen und Anhängern sowie ausgedienten Kraftfahrzeugen in der freien Landschaft	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 13, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 13, 17, 18 und 19 LNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 13 LNatSchG
		50 – 1.500	35 – 1.000	25 – 700
8.	Fahren mit Fahrrädern, Pedelecs oder elektrischen Mobilitätshilfen in der freien Landschaft außerhalb von geeigneten Wegen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	
		25 – 350	15 – 150	
9.	Beschädigen und Verunreinigen von Grundstücken beim Betreten der freien Landschaft in missbräuchlicher Ausübung des Rechts auf Erholung	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	
		50 – 1.500	25 – 1.000	
10.	Benutzung gesperrter Wanderwege	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 14, 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 14, 17, 18 und 19 LNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 14 LNatSchG
		25 – 350	15 – 150	10 – 70
11.	Errichtung von Sperren in der freien Landschaft ohne Genehmigung	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 3, 17, 18 und 19 LNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG	
		75 – 1.000	50 – 700	
12.	Nichtduldung oder Beseitigung von zulässigen Kennzeichnungen von Wanderwegen	§ 37 Abs. 1 Nr. 15 LNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 15 LNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 15 LNatSchG
		50 – 2.000	50 – 1.500	50 – 1.000
13.	Unbefugte Verwendung der Bezeichnungen Nationalpark, Nationales Naturmonument, Naturschutzgebiet, Biosphärengebiet, Landschaftsschutzgebiet, Naturpark, Naturdenkmal, geschützter Landschaftsbestandteil, gesetzlich geschütztes Biotop sowie der amtlichen Kennzeichen oder der Bezeichnungen Vogelwarte, Vogelschutzwarte oder einer Bezeichnung, die ihnen zum Verwechseln ähnlich ist	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG		
				50 – 2.000

1	2	3	4	5	
14.	Beschädigen oder Zerstören von Vorrichtungen zur Kennzeichnung von geschützten Gebieten oder Gegenständen	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	50 – 2.000	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 (auch i. V. m. Abs. 4), Nr. 17, 18 und 19 LNatSchG	50 – 1.500
15.	Nicht, nicht richtige oder nicht vollständige Durchführung, Nichtduldung oder Beseitigung einer nach § 33 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG zulässig angeordneten Pflegemaßnahme	§ 37 Abs. 1 Nr. 16 LNatSchG	250 – 50.000	§ 37 Abs. 1 Nr. 16 LNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 16 LNatSchG 100 – 30.000

Sonstige Ordnungswidrigkeiten in Naturschutzgebieten und Naturdenkmalen

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
16.	Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen oder Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen	§ 37 Abs. 1 Nr. 6 LNatSchG 500 – 50.000	in Naturschutzgebieten und in einem Streifen von 3000 Metern Breite um das Gebiet
17.	Verstöße gegen sonstige Verbote in Naturschutzgebieten und Naturdenkmalen	§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 3 NatSchG	Straftatbestände: § 304, § 329 Abs. 3 Nr. 6 und 7, § 330 StGB
17.1	Beschädigen, Ausreißen oder Ausgraben von Pflanzen	75 – 15.000	siehe auch Nr. 38, 58
17.2	Fangen oder Töten freilebender Tiere	75 – 15.000	siehe auch Nr. 37, 55
17.3	Einbringen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Pflanzen oder Aussetzen von Tieren	75 – 10.000	siehe auch Nr. 46
17.4	Feuer anzünden	50 – 3.500	
17.5	Lärm erzeugen	25 – 350	
17.6	Betreten von Flächen außerhalb von Wegen	25 – 350	
17.7	Nutzung entgegen den Bestimmungen in Naturschutzgebieten		
17.7.1	bis 1.000 m ²	75 – 1.000	
17.7.2	von 1.000 bis 10.000 m ²	375 – 5.000	
17.7.3	über 10.000 m ²	750 – 20.000	
17.8	Freies Laufenlassen von Hunden	75 – 1.500	
17.9	Verstöße gegen sonstige Verbote	25 – 700	

Sonstige Ordnungswidrigkeiten in gesetzlich geschützten Biotopen

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
18.	Umwandlung von Grünland ohne Genehmigung nach § 16 LNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 4 LNatSchG	
18.1	bis 100 m ²	100 – 2.000	
18.2	von 100 bis 1.000 m ²	500 – 10.000	
18.3	über 1.000 m ²	1.500 – 50.000	
19.	Sonstige Zerstörungen oder erhebliche Beeinträchtigungen von gesetzlich geschützten Biotopen	§ 69 Abs. 1 Nr. 5 NatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	Straftatbestände: § 329 Abs. 3 Nr. 4, § 330 StGB
19.1	bis 100 m ²	100 – 2.000	
19.2	von 100 bis 1.000 m ²	500 – 10.000	
19.3	über 1.000 m ²	1.500 – 50.000	

Ordnungswidrigkeiten in Natura 2000-Gebieten

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
20.	Veränderungen oder Störungen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen eines Natura 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen	§ 69 Abs. 3 Nr. 6 BNatSchG 100 – 50.000	Straftatbestände: § 329 Abs. 4 bis 6, § 330 StGB
21.	Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen oder Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Natura 2000-Gebieten und in einem Streifen von 3000 Metern Breite um das Gebiet	§ 37 Abs. 1 Nr. 6 LNatSchG 500 – 50.000	Straftatbestände: § 329 Abs. 4 bis 6, § 330 StGB
22.	Zu widerhandlungen gegen vollziehbare Anordnungen nach § 17 Abs. 4 Satz 2 LNatSchG	§ 37 Abs. 1 Nr. 5 LNatSchG 100 – 50.000	Straftatbestände: § 329 Abs. 4 bis 6, § 330 StGB

Ordnungswidrigkeiten im Nationalpark Hunsrück-Hochwald nach dem NationalparkStV

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR
23.	Bergbau betreiben, Auskiesen oder Entnehmen sonstige Bodenbestandteile, Vornahme von Grabungen, Bohrungen, Sprengungen oder Aufschüttungen, Einbringen von Stoffen oder Veränderung der Bodengestalt in sonstiger Weise	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 1 NationalparkStV
23.1	bis 1.000 m ³	250 – 500
23.2	von 1.000 bis 10.000 m ³	1.500 – 17.000
23.3	über 10.000 m ³	2.500 – 50.000
24.	Verändern, Beseitigen und Neuschaffung von Gewässern, insbesondere das Verändern von fließenden und stehenden Gewässern einschließlich deren Ufer sowie das Verändern von Zu- und Abläufen der Gewässer oder das Verändern des Grundwasserspiegels, das Entwässern von Sümpfen oder sonstigen Feuchtgebieten oder die Entnahme von Wasser über den Gemeingebrauch hinaus	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 2 NationalparkStV 250 – 50.000
25.	Verwenden von chemischen Holzschutzmitteln, Pflanzenschutzmitteln, Bioziden oder sonstigen Chemikalien, Düngemitteln oder Bodenverbesserungsmitteln, Gülle oder Klärschlamm	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 3 NationalparkStV 100 – 35.000
26.	Zerstören, Beschädigen, Verändern oder nachhaltiges Stören von Lebensstätten der Pflanzen und Tiere	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 4 NationalparkStV 75 – 10.000
27.	Gewerbsmäßige Entnahme von Pilzen und Beeren	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 5 NationalparkStV 100 – 10.000
28.	Nachstellen, mutwilliges Beunruhigen, Fangen, Verletzen oder Töten wild lebender Tiere, Entnehmen aus der Natur, Beschädigen, oder Zerstören ihrer Entwicklungsformen, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten, Füttern wild lebender Tiere, Anbringen von geeigneten Vorrichtungen zum Fangen von wild lebenden Tiere	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 6 NationalparkStV 75 – 10.000
29.	Aussetzen von Tieren oder Ausbringen von Pflanzen	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 7 NationalparkStV 75 – 10.000
30.	Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen oder Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Nationalpark und in einem Streifen von 3000 Metern Breite um das Gebiet	§ 37 Abs. 1 Nr. 6 LNatSchG, § 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 7 NationalparkStV 500 – 50.000
31.	Errichten, Erweitern oder Ändern von baulichen Anlagen, Windkraftanlagen, Straßen oder Strom-, Rohr- und sonstigen Leitungen	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 8 NationalparkStV
31.1	baurechtlich genehmigungsfreie Vorhaben	150 – 2.000
31.2	bis 100 m ³ umbautem Raum	750 – 10.000
31.3	über 100 m ³ umbautem Raum	2.500 – 50.000
31.4	bis 100 m	150 – 1.000
31.5	von 100 bis 1.000 m	375 – 5.000
31.6	über 1.000 m	750 – 10.000
32.	Aufstellen, Anbringen, Verändern oder Entfernen von Werbeträgern, Bild- und Schrifttafeln oder Wegemarkierungen aller Art	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 8 NationalparkStV 75 – 2.000

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR
33.	Aufstellen von Zelten oder sonstigen beweglichen Unterkünften, Lagerung von Sachen aller Art, Entzünden von Feuer, Parken von Wagen und Krafträdern	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 9 NationalparkStV 75 – 3.500
34.	Betreiben von Modellflugzeugen und -boote oder ähnlichen ferngesteuerten Geräten, Starten und Landen von Luftsportgeräten, Betreiben von Sport außerhalb der dafür gekennzeichneten Stellen	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 10 NationalparkStV 50 – 2.500
35.	Anwendung von pyrotechnischen Artikeln oder künstlich gerichtete Lichtstrahlen, Beeinträchtigung der Ruhe der Natur durch Lärm	§ 17 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Nr. 11 NationalparkStV 50 – 2.500

Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Allgemeinen Artenschutzes

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
36.	Wissentliches Beunruhigen eines wild lebenden Tieres	§ 69 Abs. 1 BNatSchG 50 – 10.000	siehe auch Nr. 37
37.	Fangen, Verletzen oder Töten eines wild lebenden Tieres ohne vernünftigen Grund	§ 69 Abs. 3 Nr. 7 BNatSchG 50 – 10.000	Straftatbestand: § 17 TierSchG siehe auch Nr. 17.2, 55
38.	Entnahme, Nutzung, Niederschlagung der Bestände oder sonstige Verwüstung einer wild lebenden Pflanze ohne vernünftigen Grund	§ 69 Abs. 3 Nr. 8 BNatSchG 50 – 10.000	siehe auch Nr. 17.1, 58
39.	Erhebliche Beeinträchtigung oder Zerstörung einer Lebensstätte wild lebender Tiere oder Pflanzen ohne vernünftigen Grund	§ 69 Abs. 3 Nr. 9 BNatSchG 50 – 10.000	
40.	Gewerbsmäßige Entnahme oder Be- oder Verarbeitung wild lebender Pflanzen ohne Genehmigung	§ 69 Abs. 3 Nr. 11 BNatSchG 75 – 10.000	
41.	Abbrennen der Bodendecke auf Wiesen, Feldrainen, Hochrainen, ungenutzten Grundflächen, an Hecken und Hängen oder Behandlung nicht land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich genutzter Flächen mit erheblicher Beeinträchtigung der Tier- und Pflanzenwelt	§ 69 Abs. 3 Nr. 12 BNatSchG	
41.1	bis 50 m ²	50 – 700	
41.2	von 50 bis 200 m ²	100 – 2.000	
41.3	über 200 m ²	250 – 10.000	
42.	Abschneiden, auf den Stock setzen oder Beseitigen von Bäumen, Hecken, lebenden Zäunen, Gebüsch oder anderen Gehölzen in der Zeit vom 1. März bis 30. September	§ 69 Abs. 3 Nr. 13 BNatSchG 50 – 10.000	
43.	Zurückschneiden eines Röhrichts in der Zeit vom 1. März bis 30. September oder entgegen den Vorgaben des § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG	§ 69 Abs. 3 Nr. 14 BNatSchG 50 – 10.000	
44.	Räumen eines ständig wasserführenden Grabens unter Einsatz von Grabenfräsen, wenn dadurch der Naturhaushalt, insbesondere die Tierwelt erheblich beeinträchtigt wird	§ 69 Abs. 3 Nr. 15 BNatSchG 75 – 10.000	
45.	Aufsuchen einer Höhle, eines Stollens, eines Erdkellers oder ähnlicher Räume, die als Winterquartier von Fledermäusen dienen, in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März	§ 69 Abs. 3 Nr. 16 BNatSchG 75 – 10.000	
46.	Ausbringen einer Pflanze einer gebietsfremden Art oder Ausbringung eines Tiers ohne Genehmigung	§ 69 Abs. 3 Nr. 17 BNatSchG 75 – 10.000	siehe auch Nr. 17.3

1	2	3	4
47.	Zu widerhandlung gegen eine mit einer Genehmigung nach § 40c Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 40c Absatz 2, oder nach § 40c Absatz 3 Satz 1 BNatSchG verbundenen vollziehbaren Auflage	§ 69 Abs. 3 Nr. 17a BNatSchG	100 – 50.000
48.	Errichtung, Erweiterung, wesentliche Änderung oder Betrieb eines Zoos ohne Genehmigung	§ 69 Abs. 3 Nr. 18 NatSchG	200 – 30.000
49.	Nichterstattung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Erstattung der Anzeige über die Errichtung, Erweiterung, wesentliche Änderung oder Betrieb eines Tiergeheges	§ 69 Abs. 3 Nr. 19 BNatSchG	50 – 10.000
50.	Nichtbeachtung der Vorschriften über Auskünfte	§ 69 Abs. 3 Nr. 24 BNatSchG	50 – 3.500
51.	Nichtbeachtung der Vorschriften über die Unterstützung beauftragter Personen und die Vorlage geschäftlicher Unterlagen	§ 69 Abs. 3 Nr. 25 BNatSchG	50 – 3.500
52.	Zu widerhandlungen gegen eine Vorschrift über die Führung, Form, Aushändigung oder Aufbewahrung von Aufnahme- und Auslieferungsbüchern	§ 16 Abs. 2 Nr. 2-4 BArtSchV i. V. m. § 69 Abs. 3 Nr. 27 lit. c BNatSchG	50 – 3.500
53.	Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften über die Anzeigepflicht	§ 16 Abs. 2 Nr. 5 BArtSchV i. V. m. § 69 Abs. 3 Nr. 27 lit. c BNatSchG	10 – 3.500
54.	Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften über die Kennzeichnungs- und Dokumentationspflicht	§ 16 Abs. 2 Nr. 10 bis 12 BArtSchV i. V. m. § 69 Abs. 3 Nr. 27 lit. c BNatSchG	50 – 3.500

Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Besonderen Artenschutzes

Nr.	Ordnungswidrigkeit	streng geschützte Arten	besonders geschützte Arten	nicht besonders geschützte Arten	Bemerkungen
		Geldbuße EUR	Geldbuße EUR	Geldbuße EUR	
1	2	3	4	5	6
55.	Nachstellen, Fangen, Verletzen oder Töten eines wild lebenden Tiers einer besonders geschützten Art oder Entnehmen aus der Natur, Beschädigen oder Zerstören ihrer Entwicklungsformen § 69 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG	75 – 15.000	50 – 10.000		Strafttatbestände: § 71 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG (streng geschützte Art), § 71a Abs. 1 Nr. 1 und 1a BNatSchG (Europäische Vogelarten), § 71a Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, § 69 Abs. 1 Nr. 4 PflSchG (streng geschützte Art), § 69 Abs. 2 Nr. 1 PflSchG (Europäische Vogelart), § 17 TierSchG; siehe auch Nr. 17.2, 37
56.	Erhebliche Störung eines wild lebenden Tiers einer streng geschützten Art und der europäischen Vogelarten § 69 Abs. 2 Nr. 2 BNatSchG	75 – 10.000			Strafttatbestände: § 71 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (streng geschützte Art), § 71a Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, § 69 Abs. 1 Nr. 4 PflSchG (streng geschützte Art)
57.	Entnahme aus der Natur, Beschädigung oder Zerstörung einer Fortpflanzungs- oder Ruhestätte eines wild lebenden Tiers einer besonders geschützten Art § 69 Abs. 2 Nr. 3 BNatSchG	75 – 15.000	50 – 10.000		Strafttatbestände: § 71 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (streng geschützte Art), § 71a Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, § 69 Abs. 1 Nr. 4 PflSchG (streng geschützte Art), § 69 Abs. 2 Nr. 1 PflSchG (Europäische Vogelart)

1	2	3	4	5	6
58.	Entnahme einer wild lebenden Pflanze einer besonders geschützten Art oder ihrer Entwicklungsformen aus der Natur oder Beschädigung oder Zerstörung der Pflanze, ihrer Entwicklungsformen oder ihres Standorts § 69 Abs. 2 Nr. 4 BNatSchG	75 – 15.000	50 – 10.000		Straftatbestände: § 71 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG (streng geschützte Art), § 71a Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, siehe auch Nr. 17.1, 38
59.	In Besitz oder Gewahrsam nehmen, in Besitz oder Gewahrsam haben oder Be- oder Verarbeiten von Tieren oder Pflanzen einer besonders geschützten Art nach § 69 Abs. 3 Nr. 5 lit. a BNatSchG oder einer Ware nach § 69 Abs. 3 Nr. 5 lit. b BNatSchG oder fahrlässiges Nichterkennen, dass sich die Handlung auf Tiere und Pflanzen oder Waren der genannten Vorschriften bezieht § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG	100 – 15.000	75 – 10.000		Straftatbestände: § 71a Abs. 1 Nr. 2 lit. a (dort genannte streng geschützte Art) und b (dort genannte besonders geschützte Art) BNatSchG
60.	Verkaufen, Kaufen, zum Verkauf oder Kauf anbieten, zum Verkauf vorrätig Halten oder Befördern, Tauschen, entgeltlich zum Gebrauch oder zur Nutzung überlassen, zu kommerziellen Zwecken erwerben, zur Schau Stellen oder auf andere Weise Verwenden von Tieren oder Pflanzen einer besonders geschützten Art oder Ware nach § 44 Abs. 3 BNatSchG § 69 Abs. 3 Nr. 21 BNatSchG	100 – 15.000	75 – 10.000		Straftatbestände: § 71 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (streng geschützte Art), § 71a Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG
61.	Entgegen Art. 8 Abs.1, auch i. V. m. Abs. 5 der Verordnung (EG) Nr. 338/97 ein Exemplar einer dort genannten Art kaufen, zum Kauf anbieten, zu kommerziellen Zwecken erwerben, zur Schau stellen oder verwenden oder ein Exemplar verkaufen, zu Verkaufszwecken vorrätig halten, anbieten oder befördern § 69 Abs. 4 Nr. 3 BNatSchG	100 – 15.000	75 – 10.000		Straftatbestände: § 71 Abs. 2 BNatSchG (Art nach Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97), § 71a Abs. 2 BNatSchG (Art nach Anhang B der Verordnung (EG) Nr. 338/97)
62.	Entgegen Art. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3254/91 ein Tellereisen verwenden § 69 Abs. 5 Nr. 1 BNatSchG	150 – 15.000	100 – 10.000	50 – 7.000	Straftatbestände: § 71 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (streng geschützte Art), § 71a Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG
63.	Nachstellen, Anlocken, Fangen oder Töten eines wild lebenden Tieres einer besonders geschützten Art oder der nicht besonders geschützten Wirbeltierarten in nach § 4 BArtSchV bezeichneter Weise § 16 Abs. 2 Nr. 1 BArtSchV i. V. m. § 69 Abs. 3 Nr. 27 lit. c BNatSchG	150 – 10.000	100 – 10.000	50 – 7.000	Straftatbestand: § 17 TierSchG

1	2	3	4	5	6
64.	Beringen oder Kennzeichnung auf anderer Weise eines wild lebenden Tieres einer besonders geschützten Art entgegen § 23 Abs. 1 LNatSchG, Beseitigung einer ordnungsgemäßen Beringung oder Kennzeichnung eines wild lebenden Tieres einer besonders geschützten Art ohne Berechtigung	100 – 5.000	50 – 3.500		
	§ 37 Abs. 1 Nr. 8 LNatSchG				
65.	Aufsuchen, Filmen, Fotografieren von Nestern des Schwarzstorchs, Fischadlers, Baum- und Wanderfalkens, Uhus, von Weihen, des Rot- und Schwarzmilans, Wespenbussards und Eisvogels und ähnliche Handlungen, die die Fortpflanzung oder Aufzucht beeinträchtigen können, Abtreiben von Bestockungen oder sonstige Maßnahmen, die den Charakter der Umgebung im unmittelbaren Bereich von 100 Metern um das Nest grundlegend verändern				siehe auch Nr. 56
	§ 37 Abs. 1 Nr. 9 LNatSchG		50 – 5.000		

II.

Sachbereich Gewässerschutz

Vorbemerkung:

Die Bußgeldandrohungen in den Fällen des Bußgeldkatalogs sollen dazu dienen, die Ordnung des Wasserhaushalts gegen Handlungen zu sichern, die nach allgemeinen gesellschaftlichen Auffassungen nicht als strafwürdig gelten oder Fälle mit geringem Unrechtgehalt sind. Sie knüpfen an die materiellen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (§ 103 WHG), des Landeswassergesetzes (§ 118 LWG) und an die jeweils dazu ergangenen Rechtsverordnungen an. Bei der Bemessung des Rahmens wurden die Empfehlungen der Umweltministerkonferenz zugrunde gelegt. Aufgrund von Besonderheiten kann im Einzelfall abweichend von den hier vorgesehenen Bußgeldrahmen der gesetzliche Rahmen des § 103 Abs. 2 WHG bzw. § 118 Abs. 2 WHG ausgeschöpft werden.

Führt der Verstoß gegen einen im Bußgeldkatalog aufgeführten Tatbestand zu nachteiligen Veränderungen der Eigenschaften eines Gewässers, so ist nur § 324 StGB anzuwenden, soweit eine Strafe verhängt wird. Ebenso treten Zuwiderhandlungen gegen die im Bußgeldkatalog aufgeführten Tatbestände gegenüber Straftaten z. B. nach §§ 326 Abs. 1, 329 Abs. 3 Nr. 3 StGB zurück. Bei Zuwiderhandlungen gegen gemeindliche Wasserversorgungs- und Entwässerungssatzungen kommt § 24 Abs. 5 GemO in Betracht, soweit diese Satzungen Bußgeldbestimmungen enthalten.

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
Teil I: Allgemeiner Gewässerschutz			
1.	Unbefugtes Einbringen fester Stoffe in ein oberirdisches Gewässer (§ 103 Abs. 1 Nrn. 1, 3a und 4 Wasserhaushaltsgesetz WHG)		a) Straftat nach §§ 324, 326, 330, 330a StGB prüfen b) Tateinheit mit Verstößen gegen die Abfallgesetze prüfen c) Verstoß gegen Rechtsverordnungen nach § 103 Abs. 1 Nr. 3a WHG bezogen auf solche, die Anforderungen an Gewässerbenutzung regeln
1.1	Einbringen von Altautos in Gewässer	1.500 – 50.000	
1.2	Einbringen von Behältern mit wassergefährdenden Stoffen sowie Einbringen von wassergefährdenden Stoffen, die nicht in einem Behälter gefasst sind	1.500 – 50.000	
1.3	Einbringen von Abfall in geringen Mengen oder von geringer Gefährlichkeit (z.B. Papier-, Picknickabfälle u. ä.)	50 – 1.000	
1.4	Einbringen von Abfall in größeren Mengen oder von erhöhter Gefährlichkeit	1.500 – 50.000	
2.	Unbefugtes Einleiten von (flüssigen) Stoffen in ein oberirdisches Gewässer oder in eine Abwasseranlage (§ 103 Abs. 1 Nrn. 1, 3a und 9 WHG)		Straftat nach den §§ 324, 326, 330, 330a StGB prüfen
2.1	Einleiten von wassergefährdenden Flüssigkeiten der WGK 2 und 3, z. B. Mineralöl, Pflanzenschutzmitteln		
2.1.1	in unbedeutenden Mengen	50 – 5.000	
2.1.2	in bedeutenden Mengen	1.500 – 50.000	
2.2	Einleiten sonstiger wassergefährdender Flüssigkeiten, auch Jauche, Gülle, Silagesickersaft		
2.2.1	in unbedeutenden Mengen	50 – 5.000	
2.2.2	in bedeutenden Mengen	1.500 – 50.000	
2.3	Einleiten von Abwasser		
2.3.1	Niederschlagswasser aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Grundstücken	250 – 10.000	
2.3.2	Niederschlagswasser aus landwirtschaftlichen und gewerblichen Hof- und Verkehrsflächen	250 – 20.000	
2.3.3	gewerbliches Abwasser	1.000 – 50.000	
2.3.4	mit Giftstoffen	1.000 – 50.000	
2.3.5	häusliches Abwasser nach Vorklärung	250 – 10.000	
2.3.6	häusliches Abwasser ohne Vorklärung	250 – 30.000	
2.3.7	Kraftfahrzeugwaschwasser	250 – 10.000	
2.3.8	beim Waschen am Gewässer	250 – 10.000	
2.3.9	Sonstiges Einleiten von Abwasser	250 – 30.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
3.	Unbefugtes Einleiten von Stoffen in das Grundwasser (§ 103 Abs. 1 Nrn. 1, 3a und 4WHG)		a) Straftat nach §§ 324, 326, 330, 330a StGB prüfen b) Tateinheit mit Verstößen gegen die Abfallgesetze prüfen c) Verstoß gegen Rechtsverordnungen nach § 103 Abs. 1 Nr. 3a WHG bezogen auf solche, die Anforderungen an Gewässerbenutzung regeln
3.1	Einleiten von giftigen Stoffen	1.500 – 50.000	
3.2	Einleiten sonstiger wassergefährdender Stoffe	1.500 – 50.000	Nach Menge und Wassergefährlichkeit staffeln
3.3	Einleiten von Abwasser		
3.3.1	Einleiten von Niederschlagswasser aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Grundstücken	250 – 10.000	
3.3.2	Niederschlagswasser aus landwirtschaftlichen und gewerblichen Hof- und Verkehrsflächen	250 – 20.000	
3.3.3	gewerbliches Abwasser	1.000 – 50.000	
3.3.4	mit Giftstoffen	1.000 – 50.000	
3.3.5	häusliches Abwasser nach Vorklärung	250 – 10.000	
3.3.6	häusliches Abwasser ohne Vorklärung	250 – 30.000	
3.3.7	Sonstiges Einleiten von Abwasser	250 – 30.000	
3.4	Einleiten von Jauche, Gülle oder Silagesickersaft		
3.4.1	einmalig	250 – 30.000	
3.4.2	über eine längere Zeit	500 – 50.000	
4.	Sonstige unbefugte Benutzung eines Gewässers (§ 103 Abs. 1 Nr. 1 und 3a WHG)	500 – 50.000	soweit nicht von Ziffern 1-3 erfasst Straftat nach den §§ 324, 326, 330, 330a StGB prüfen.
5.	Zu widerhandlung gegen vollziehbare Auflagen (§ 103 Abs. 1 Nr. 2 WHG)	300 – 50.000	Zwangsmittel prüfen
5.2.1	Grenzwerte über Menge und Beschaffenheit nicht beachtet	1.000 – 30.000	
5.2.2	Anzeigepflichten nicht beachtet	500 – 30.000	
5.2.3	Auflagen über Bauausführung nicht beachtet	1.000 – 50.000	
5.2.4	Messungen nicht durchgeführt	1.000 – 10.000	
5.2.5	Betriebsanweisungen nicht gefertigt	300 – 10.000	
5.2.6	Betriebsdokumentation, Betriebstagebuch, Jahresbericht, betriebliches Abwasserkataster oder Anlagenkataster nicht oder unvollständig geführt	300 – 10.000	
5.2.7	Auflagen über Betrieb und Unterhaltung der Anlagen nicht beachtet	1.000 – 50.000	
5.2.8	Auflagen zum Schutz von Natur und Landschaft oder der Fischerei nicht beachtet	500 – 50.000	
6.	Unbefugtes Zutageleiten von Grundwasser, unbefugter Gewässer Ausbau (§ 103 Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 15 WHG)		
6.1	Unbefugtes Zutageleiten von Grundwasser oder Herstellen eines Gewässers bei Sand- und Kiesgruben	500 – 20.000	Straftat nach §§ 324, 330 StGB prüfen
6.2	Ausbau eines Gewässers ohne einen nach § 68 Abs. 1 oder 2 WHG festgestellten oder genehmigten Plan	500 – 50.000	
6.3	Abweichen von einem nach § 68 Abs. 1 oder 2 WHG festgestellten oder genehmigten Plan	500 – 50.000	
7.	Rechtswidriges Errichten, Betreiben, Unterhalten oder Stilllegen von Abwasser- und Wasserversorgungsanlagen		

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
7.1	Errichten, Betreiben, Unterhalten oder Stilllegen einer Wassergewinnungsanlage oder Abwasseranlage entgegen § 50 Abs. 4 oder § 60 Abs. 1 Satz 2 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 7 WHG)	500 – 50.000	
7.2	Errichtung, wesentliche Änderung oder Betrieb einer Abwasserbehandlungsanlage ohne Genehmigung nach § 60 Abs. 3 Satz 1 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 10 WHG)	5.000 – 50.000	
8.	Verstoß gegen Vorschriften einer Wasser- oder Heilquellenschutzgebietsverordnung (§§ 51-53 i. V. m. § 103 Abs. 1 Nrn. 7a, und 8a WHG)	500 – 50.000	Voraussetzung ist, dass in der genannten Verordnung für die genannten Tatbestände auf § 103 Abs. 1 Nr. 7a oder Nr. 8 und 8a WHG bzw. auf § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG alte Fassung oder § 128 Abs. 1 Nr. 4 LWG alte Fassung verwiesen wird Straftat nach §§ 324, 326, 330, 330a StGB prüfen
8.1	im Fassungsbereich oder in der engeren Schutzzone		
8.1.1	natürliche (organische) Düngung, landwirtschaftliche Abwasserbeseitigung	500 – 20.000	bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.2	Einsatz chemischer Mittel zur Unkraut- oder Schädlingsbekämpfung oder von Wachstumsreglern	1.000 – 20.000	bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.3	Veränderung oder Aufschlüsse der Erdoberfläche	500 – 50.000	bei Freilegung von Grundwasser mindestens 15.000 €
8.1.4	Ablagern von Abfällen	1.000 – 20.000	a) Tateinheit mit Verstößen gegen die Abfallgesetze prüfen b) bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.5	Wegschütten von Öl, Benzin, Giften	1.000 – 50.000	
8.1.6	Lagern, Ablagern, Vergraben sonstiger wassergefährdender Stoffe	1.000 – 30.000	Bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.7	Errichtung oder Erweiterung von Sickergruben oder -schächten	500 – 20.000	Bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.8	Errichtung oder Erweiterung von Dung- oder Jauchegruben, Gärfutterbehältern oder -mieten, Trockenaborten	500 – 20.000	Bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.9	Entleeren von Fäkalienwagen	500 – 20.000	Bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.10	Wagenwaschen und Ölwechsel	500 – 20.000	Bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.11	Einrichten von Sport-, Zelt- oder Bade und Parkplätzen sowie Abstellen von Wohnwagen	500 – 5.000	
8.1.12	Unbefugte Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen	500 – 30.000	Bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.1.13	Unbefugtes Betreten des Fassungsbereichs	250 – 3.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
8.2	in der weiteren Schutzzone (Tatbestände wie bei Nr. 7.1)	Halbierung der Bußgelder der Nr. 7.1	Bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
8.3	Verstoß gegen die Bedingungen und vollziehbaren Auflagen, die mit einer Ausnahme von den Verboten der Verordnung verbunden wurden	250 – 20.000	Bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers eines Trinkwasserspeichers bis 50.000 €
9.	Verbotene Handlungen in Überschwemmungsgebieten		
9.1	Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage nach den §§ 30, 33, 34 und 35 des Baugesetzbuches entgegen § 78 Abs. 4 Satz 1 WHG, auch in Verbindung mit Absatz 8 (§ 103 Abs. 1 Nr. 16 WHG)	500 – 50.000	
9.2	Zu widerhandlung gegen eine Vorschrift des § 78a Abs. 1 Satz 1 WHG, auch in Verbindung mit Absatz 6, über eine untersagte Handlung in einem dort genannten Gebiet (§ 103 Abs. 1 Nr. 16a WHG)	500 – 50.000	
9.3	Nicht oder nicht rechtzeitige Entfernung eines Gegenstands im Falle einer unmittelbar bestehenden Hochwassergefahr (§ 103 Abs. 1 Nr. 17 i. V. m. § 78a Abs. 3 WHG)	500 – 10.000	
9.4	Errichtung neuer Heizölverbraucheranlagen entgegen § 78c Abs. 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 18 WHG)	1.000 – 10.000	
9.5	Nachrüstung einer Heizölverbraucheranlage entgegen § 78c Abs. 3 WHG nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig (§ 103 Abs. 1 Nr. 19 WHG)	500 – 5.000	
10.	Sonstige Verstöße gegen das WHG		
10.1	Nichtbestellen von mindestens einem Gewässerschutzbeauftragten entgegen § 64 Abs. 1 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 13 WHG)	1.000 – 50.000	Zwangsmittel prüfen
10.2	Handlung zu wider einer vollziehbaren Anordnung nach § 64 Abs. 2 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 14 WHG)	1.000 – 50.000	
10.3	Handlungen zu wider gewässeraufsichtlicher Maßnahmen		
10.3.1	Handlung zu wider einer vollziehbaren Anordnung nach § 101 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 WHG (§ 193 Abs. 1 Nr. 20 WHG)	1.000 – 10.000	
10.3.2	Verstöße gegen § 101 Abs. 2 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 21 WHG)	250 – 10.000	
10.4	Behinderung, Verstärkung oder sonstige Veränderung des natürlichen Ablaufs wild abfließenden Wassers entgegen § 37 Abs. 1 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 5 WHG)	500 – 50.000	
10.5	Ausführung verbotener Handlungen im Gewässerrandstreifen entgegen § 38 Abs. 4 Satz 2 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 6 WHG)	500 – 50.000	Die Verbote des § 38 Abs. 4 Satz 2 WHG gelten in Rheinland-Pfalz erst, wenn ein Gewässerrandstreifen durch Rechtsverordnung festgesetzt worden ist.
11.	Verstöße gegen das LWG		soweit nicht an anderer Stelle, insbesondere unter Ziffer 13 erfasst
11.1	Zu widerhandlung gegen eine Verordnung nach § 20 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 1 LWG)	500 – 40.000	
11.2	Zu widerhandlung gegen die Anzeigepflicht oder eine Untersagung des Vorhabens nach § 22 Abs. 2 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 2 LWG)	500 – 20.000	
11.3	Zu widerhandlung gegen eine Regelung oder eine vollziehbare Anordnung aufgrund einer Regelung des Gemeindegebrauchs (§ 118 Abs. 1 Nr. 3, 4 und 5 LWG)	500 – 50.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
11.4	Zu widerhandlung gegen eine Regelung oder eine vollziehbare Anordnung aufgrund einer Regelung des Eigentümer- oder Anliegergebrauchs (§ 118 Abs. 1 Nr. 6 und 7 LWG)	500 – 50.000	
11.5	Zu widerhandlung gegen eine Anordnung zum Betrieb einer Anlage nach § 27 Abs. 2 oder Abs. 3 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 8 LWG)	500 – 40.000	
11.6	Errichtung, Betrieb oder wesentliche Änderung von Anlagen in, an, über oder unter oberirdischen Gewässern ohne Genehmigung entgegen § 31 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 9 LWG)	1.000 – 50.000	
11.7	Zu widerhandlung gegen eine Verordnung zur Festsetzung eines Gewässerrandstreifens nach § 33 LWG (§ 118 Nr. 10 LWG)	500 – 40.000	
11.8	Befahren eines nichtschiffbaren Gewässers mit einem Wasserfahrzeug entgegen § 42 Abs. 2 oder Abs. 4 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 11 LWG)	500 – 50.000	
11.9	Zu widerhandlung gegen eine Verordnung zur Ausübung der Schifffahrt nach § 42 Abs. 3 LWG oder über den Betrieb von Schifffahrtsanlagen und Fähren nach § 43 Abs. 5 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 12 und 14 LWG)	500 – 50.000	
11.10	Unbefugte Errichtung, Betreibung oder wesentliche Änderung von Schifffahrtsanlagen entgegen § 43 Abs. 1 und 3 LWG oder Zu widerhandlung gegen die erteilte Zulassung bzgl. für den Betrieb der Schifffahrtsanlage ordnungsgemäßen und verkehrssicheren Zustand entgegen § 43 Abs. 4 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 13 LWG)	500 – 50.000	
11.11	Zu widerhandlung gegen die Anzeigepflicht oder eine Untersagung des Vorhabens nach § 44 Abs. 1 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 15 LWG)	250 – 10.000	
11.12	Errichtung oder Betreiben von Erdwärmesonden ohne Erlaubnis entgegen § 46 Abs. 1 Nr. 2 LWG (§ 118 Nr. 16 LWG)	1.500 – 50.000	
11.13	Zu widerhandlung gegen die Pflicht zum Einstellen der Arbeiten bei der Erschließung von Grundwasser entgegen § 46 Abs. 4 LWG (§ 118 Nr. 17 LWG)	1.500 – 50.000	
11.14	Bauen, Errichten, Betreiben oder wesentliche Änderung einer Wasserversorgungsanlage entgegen § 50 Abs. 1 LWG oder einer Abwasseranlage entgegen § 62 Abs. 1 LWG ohne Genehmigung (§ 118 Abs. 1 Nr. 18 und 20 LWG)	1.500 – 50.000	soweit nicht von Nr. 6.2 erfasst
11.15	Zu widerhandlung entgegen § 52 LWG gegen die Verpflichtung zur Selbstüberwachung von Wasserversorgungsanlagen oder gegen die getroffenen Festlegungen oder gegen die Vorlagepflicht der Überwachungsergebnisse oder gegen die aufgrund einer Verordnung nach § 52 Abs. 2 LWG getroffenen Regelungen (§ 118 Abs. 1 Nr. 19 LWG)	300 – 50.000	
11.16	Zu widerhandlung entgegen § 63 LWG gegen die Verpflichtung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen oder gegen die getroffenen Festlegungen oder gegen die Vorlagepflicht der Überwachungsergebnisse oder gegen die aufgrund einer Verordnung nach § 63 Abs. 2 LWG getroffenen Regelungen (§ 118 Abs. 1 Nr. 21 LWG in Verbindung mit SÜVOA und i. V. m. § 103 Abs. 1 Nr. 11 WHG)		
11.16.1	als Betreiber einer Abwasserbehandlungsanlage die vorgeschriebenen Probenahmen, Messungen, Überwachungsmaßnahmen und behördlich festgelegten weitergehenden Untersuchungen nicht oder unrichtig durchführen oder durchführen lassen (§ 2 Abs. 2, 3 und 5 SÜVOA)	300 – 10.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
11.16.2	als Betreiber einer Abwasseranlage, aus der Kühlwasser direkt in ein Gewässer eingeleitet wird, die vorgeschriebene Überwachung auf schädliche Veränderungen, Dokumentation und behördlich festgelegten weitergehenden Untersuchungen nicht oder unrichtig durchführen oder durchführen lassen (§ 2 Abs. 4 und 5 SÜVOA)	300 – 10.000	
11.16.3	Nicht durchgeführte, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Überprüfung des Zustands der Abwasseranlagen nach § 4 SÜVOA	300 – 10.000	
11.16.4	Versäumnis der Führung eines Betriebstagebuches (§ 5 Abs. 1 SÜVOA)	200 – 7.500	
11.16.5	Eintragungen in das Betriebstagebuch nicht oder unrichtig vorgenommen (§ 5 Abs. 1 SÜVOA)	200 – 7.500	
11.16.6	Eintragungen in das Betriebstagebuch nicht vom Betriebsleiter überprüft und gegengezeichnet (§ 5 Abs. 2 SÜVOA)	200 – 7.500	
11.16.7	Nichtbeachtung der Aufbewahrungspflicht des Betriebstagebuches (§ 5 Abs. 3 SÜVOA)	200 – 7.500	
11.16.8	Selbstüberwachungsbericht nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorgelegt (§ 6 Abs. 1 und 2 SÜVOA)	200 – 7.500	
11.17	Verstoß gegen die Pflicht zur Erhaltung von Staumarken oder gegen die Anzeigepflicht nach § 74 Abs. 2 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 24 LWG)	250 – 30.000	
11.18	Verstoß gegen die Pflicht zur Bekämpfung von Wühltieren oder Nichtbeachtung des Arten- und Jagdrechts sowie des Tierschutzes bei der Bekämpfung von Wühltieren entgegen § 76 Abs. 3 Satz 4 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 25 LWG)	250 – 10.000	
11.19	Zu widerhandlung gegen eine Verordnung zur Sicherung und Erhaltung öffentlicher Hochwasserschutzanlagen nach § 79 Abs. 3 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 26 LWG)	1.000 – 50.000	
11.20	Lagerung oder Ablagerung von Gegenständen in festgesetzten Überschwemmungsgebieten entgegen § 84 Abs. 1 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 27 LWG)	500 – 50.000	
11.21	Inbetriebnahme einer Anlage vor der Bauabnahme entgegen einem nach § 100 Satz 3 LWG in der wasserrechtlichen Zulassung bestimmten Vorbehalt (§ 118 Abs. 1 Nr. 28 LWG)	5.000 – 50.000	
12.	Schwerwiegende, beharrliche oder wiederholte Zu widerhandlung gegen die sonstigen vollziehbaren Anordnungen, die zum Vollzug des WHG oder des LWG erlassen sind (§ 118 Abs. 1 Nr. 29 LWG)	500 – 50.000	
13.	Zu widerhandlung gegen eine aufgrund des WHG oder des LWG, auch in den alten Fassungen, ergangene Rechtsverordnung oder gegen eine vollziehbare Anordnung aufgrund einer solchen Rechtsverordnung, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf die Bußgeldbestimmungen des § 103 WHG oder § 118 LWG oder deren Vorgängervorschriften (§ 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG alte Fassung oder § 128 Abs. 1 Nr. 4 LWG alte Fassung) verweist	500 – 50.000	soweit nicht bereits von einer anderen Nummer erfasst in den Fällen des § 103 Abs. 1. Nr. 3 Buchst. b), 7a Buchst. b), 8a Buchst. b) maximal 10.000 EUR (§ 103 Abs. 2 WHG)
14.	Verstöße gegen Vorschriften nach dem Abwasserabgabengesetz und dem Landesabwasserabgabengesetz sowie dem Landeswasserentnahmeentgeltgesetz		
14.1	Leichtfertige Verkürzung der Abwasserabgabe durch den Abgabepflichtigen oder durch Dritte bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Abgabepflichtigen (§ 14 AbwAG i.V. m. § 378 AO)	1.500 – 50.000	Straftat nach § 14 AbwAG i. V. m. § 370 AO prüfen
14.2	Verletzung der Pflicht zur Vorlage von Berechnungen oder Unterlagen nach § 11 Abs. 2 Satz 1 AbwAG durch den Abgabepflichtigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 AbwAG)	500 – 2.500	
14.3	Verletzung der Pflicht zur Überlassung der notwendigen Daten oder Unterlagen nach § 11 Abs. 2 Satz 2 AbwAG durch den Einleiter (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 AbwAG)	500 – 2.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
14.4	Verletzung der Anzeigepflicht über die Inbetriebnahme einer Abwasseranlage nach § 3 Abs. 2 LABwAG (§ 17 Abs. 1 Nr. 1 LABwAG)	100 – 2.500	
14.5	Verletzung der Vorlage- oder Erklärungspflicht nach § 11 Abs. 1 und 2 LABwAG (§ 17 Abs. 1 Nr. 2 LABwAG)	500 – 2.500	
14.6	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 12 Abs. 2 Satz 2 LABwAG (§ 17 Abs. 1 Nr. 3 LABwAG)	500 – 2.500	
14.7	Verletzung der Erklärungspflicht nach § 3 Abs. 2 LWEntG (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 LWEntG)	500 – 2.500	
14.8	Verletzung der Erklärungspflicht nach § 4 Abs. 3 LWEntG (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 LWEntG)	500 – 2.500	
Teil II: Verstöße gegen Vorschriften über den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen			
1.	Verstöße gemäß der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen § 65 AwSV i. V. m. § 103 Abs. 1 Nr. 3a und 3b WHG		Obergrenze bei Verstoß gegen Pflichten zur Beschaffung, Bereitstellung und Übermittlung von Informationen sowie Berichtspflichten im Sinne von § 23 Abs. 1 Nr. 11 WHG: 10.000 €
1.1	Eine Mitteilung oder eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht/erstattet - § 65 Nrn. 1, 5 und 21 i. V. m. § 7 Abs. 2, § 13 Abs. 3, § 24 Abs. 2 Satz 1, auch i. V. m. Satz 2 oder Satz 3 und § 40 Abs. 1 und Anlage 7 Nr. 6.1 Satz 1 AwSV	100 – 10.000	
1.2	Eine Anlage nicht richtig errichtet oder nicht richtig betrieben - §§ 65 Nr. 2, 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 2.2 und 65 Nr. 14, § 17 Abs. 1 AwSV	5.000 – 50.000	
1.3	Einen Vorgang nicht überwacht oder sich nicht oder nicht rechtzeitig vom ordnungsgemäßen Zustand einer Sicherheitseinrichtung überzeugt - §§ 65 Nr. 3, 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 5.1 Buchstabe a AwSV und §§ 65 Nr. 17, 23 Abs. 1 Satz 1 AwSV	1.000 – 50.000	
1.4	Eine Belastungsgrenze einer Anlage oder einer Sicherheitseinrichtung nicht einhält - §§ 65 Nr. 4, 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 5.1 Buchstabe b AwSV und §§ 65 Nr. 18, 23 Abs. 1 Satz 2 AwSV	1.000 – 50.000	
1.5	Eine Maßnahme nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig ergreift - §§ 65 Nr. 6, 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 6.2 Satz 2 oder Nr. 6.3 AwSV	1.000 – 50.000	
1.6	Eine Benachrichtigung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vornimmt - §§ 65 Nr. 7, 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 6.2 Satz 3 AwSV	500 – 10.000	
1.7	Eine Anlage nicht oder nicht rechtzeitig prüfen lässt - §§ 65 Nr. 8, 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 6.4 AwSV und §§ 65 Nr. 26, 46 Abs. 2, Abs. 3 oder Abs. 5 AwSV	1.000 – 30.000	
1.8	Einen Prüfbericht nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt - § 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 6.5 Satz 1 und § 47 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 65 Nr. 9 und Nr. 29 AwSV	500 – 10.000	
1.9	Einen Mangel nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig beseitigt - § 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 6.7 Satz 1 oder Satz 2 und § 48 Abs. 1 Satz 1 oder Satz 2 i. V. m. § 65 Nr. 10 und Nr. 30 AwSV	1.000 – 50.000	
1.10	Eine Anlage nicht oder nicht rechtzeitig außer Betrieb nimmt oder nicht oder nicht rechtzeitig entleert - § 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 6.7 Satz 4, § 24 Abs. 1 Satz 2 und § 48 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 65 Nr. 11, Nr. 20 und Nr. 31 AwSV	5.000 – 50.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1	2	3	4
1.11	Eine Anlage entgegen § 13 Abs. 3, Anlage 7 Nr. 6.7 Satz 5 und § 48 Abs. 2 Satz 2 wieder in Betrieb nimmt (§ 65 Nr. 12 und Nr. 32 AwSV)	5.000 – 50.000	
1.12	Einer vollziehbaren Anordnung nach § 16 Abs. 1 oder 46 Abs. 4 AwSV zuwiderhandelt - § 65 Nr. 13 AwSV und § 65 Nr. 27 AwSV	1.000 – 50.000	
1.13	Bei der Stilllegung einer Anlage oder von Anlagenteilen alle in der Anlage oder in den Anlagenteilen enthaltenen wassergefährdenden Stoffe, soweit technisch möglich, nicht oder nicht rechtzeitig entfernt - §§ 65 Nr. 15, 17 Abs. 4 Satz 1 AwSV	5.000 – 50.000	
1.14	Eine Anlage nicht oder nicht rechtzeitig gegen missbräuchliche Nutzung sichert - §§ 65 Nr. 16, 17 Abs. 4 Satz 2 AwSV	1.000 – 50.000	
1.15	Einen Behälter entgegen § 23 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 1 befüllt (§ 65 Nr. 19 AwSV)	1.000 – 50.000	
1.16	Nichtvorhalten einer Betriebsanweisung - §§ 65 Nr. 22, 44 Abs. 1 Satz 1 AwSV	500 – 30.000	
1.17	Nicht oder nicht rechtzeitige Unterweisung von Betriebspersonal - §§ 65 Nr. 23, 44 Abs. 2 Satz 1 AwSV	500 – 30.000	
1.18	Ein Merkblatt nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht für die vorgeschriebene Dauer anbringt - §§ 65 Nr. 24, 44 Abs. 4 Satz 2 AwSV	500 – 10.000	
1.19	Errichtung, Reinigung, Instandsetzung oder Stilllegung einer Anlage entgegen § 45 Abs. 1 (§ 65 Nr. 25 AwSV)	5.000 – 50.000	
1.20	Durchführung einer Prüfung entgegen §§ 47 Abs. 1 AwSV (65 Nr. 28 AwSV)	5.000 – 30.000	
1.21	Eine Anlage entgegen § 49 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 oder § 50 Abs. 1 errichtet, betreibt oder erweitert (§ 65 Nr. 33 AwSV)	5.000 – 50.000	
1.22	Entgegen § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AwSV eine Person als Sachverständigen bestellt (§ 65 Nr. 34 AwSV)	5.000 – 30.000	
1.23	Nichteinhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik nach § 62 Abs. 2 WHG bei Beschaffenheit, Errichtung, Unterhaltung, Betrieb oder Stilllegung von Anlagen nach § 62 Abs. 1 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 7 WHG)	250 – 50.000	Verstoß gegen Bau- und Arbeitsschutzrecht prüfen
1.24	Errichtung oder Betrieb von Anlagen, Anlagenteilen oder technischen Schutzvorkehrungen, deren Eignung nicht nach § 63 WHG festgestellt ist (§ 103 Abs. 1 Nr. 12 WHG)	250 – 50.000	Verstoß gegen Bau- und Arbeitsschutzrecht prüfen
2.	Verstöße beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen gegen §§ 32 Abs. 2 und 48 Abs. 2 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 4 WHG)	500 – 50.000	a) Tateinheit mit Verstößen gegen die Abfallgesetze prüfen b) Straftat nach §§ 324, 326, 327 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 3 Nr. 2, §§ 330, 330a StGB prüfen
3.	Verstöße gegen das LWG		
3.1	Zuwiderhandlung gegen die Anzeigepflicht nach § 65 Abs. 1 LWG oder gegen eine Untersagung des Vorhabens nach § 65 Abs. 2 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 22 LWG)	1.000 – 50.000	
3.2	Zuwiderhandlung gegen eine Verordnung nach § 65 Abs. 4 LWG (§ 118 Abs. 1 Nr. 23 LWG)	1000 – 50.000	

III.

Sachbereich Fischereiwesen

Vorbemerkung:

Die Bußgeldanordnungen sollen dazu dienen, eine möglichst gleichmäßige Behandlung von Verstößen von vergleichbarem Erheblichkeitsgrad zu gewährleisten. Sie knüpfen an die materiellen Vorschriften des Landesfischereigesetzes (§ 62 LFischG) und der Landesfischereiordnung (§ 49 LFischO) an.

Die genannten Beträge haben nur die Bedeutung einer Richtlinie. Die Verwaltungsbehörde muss in jedem Einzelfall prüfen, ob Besonderheiten des Sachverhalts eine Abweichung von diesen Beträgen erfordern.

Nr.	Ordnungswidrigkeit	in EUR	Bemerkungen
1	Landesfischereigesetz		
1.1	Verstoß gegen die Pflicht nach § 4 Abs. 1 Satz 1 LFischG zur nachhaltigen Hege und Erhaltung eines der Größe und Beschaffenheit des Gewässers entsprechenden artenreichen, heimischen Fischbestandes oder Zuwiderhandlung gegen die Durchführung von Besatzmaßnahmen mit heimischen Fischarten in Abhängigkeit von der Ertragsfähigkeit, Artenzusammensetzung und Artenvielfalt des Gewässers nach § 4 Abs. 1 Satz 2 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 1 LFischG)	1.000	
1.2	Unzulässige Fischereinutzung durch juristische Personen entgegen § 15 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 2 LFischG)	1.000	Straftat nach § 293 Nr. 1 StGB prüfen
1.3	Unterlassung der Anzeige des Abschlusses oder Verhinderung eines Fischereipachtvertrages nach § 17 Abs. 1 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 3 LFischG)	500	
1.4	entgegen § 22 Abs. 3 LFischG Durchführung von Maßnahmen, die die Rückkehr der Fische in ein Gewässer oder das Fischen auf den überfluteten Grundstücken erschweren oder verhindern (§ 62 Abs. 1 Nr. 4 LFischG)	1.000	
1.5	Fischereiausübung ohne Mitführen des Fischereischeins oder Fischereierlaubnisscheins entgegen § 33 Abs. 1 und 2 oder § 41 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 5 LFischG)	500	
1.6	Nichtaushändigung des Fischereischeins oder/und Fischereierlaubnisscheins bei einer Kontrolle entgegen § 33 Abs. 1 und 2 oder § 41 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 6 LFischG)	500	
1.7	Fischereiausübung durch Jugendliche ohne Begleitung eines Fischereischeininhabers entgegen § 35 Abs. 3 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 7 LFischG)	250	
1.8	Unbefugter Abschluss von Erlaubnisverträgen und Verstoß gegen festgesetzte Beschränkungen		
1.8.1	Entgegen § 18 Abs. 1 LFischG Abschluss von Erlaubnisverträgen mit Personen, die nicht Inhaber eines Fischereischeins sind (§ 62 Abs. 1 Nr. 8 LFischG)	1.200	
1.8.2	Überschreitung der festgesetzten Höchstzahl von Fischereierlaubnisscheinen oder/und Verstoß des Berechtigten oder Pächters gegen festgesetzte Fangerlaubnisbeschränkungen entgegen § 18 Abs. 2 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 8 LFischG)	1.200	
1.9	Ausstellung von Erlaubnisscheinen mit unrichtigen oder unvollständigen Angaben entgegen § 42 Abs. 1 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 9 LFischG)	500	
1.10	Fischereiausübung mit Fanggeräten oder Fahrzeugen entgegen § 42 Abs. 1 Nr. 5 LFischG, die im Erlaubnischein nicht aufgeführt sind (§ 62 Abs. 1 Nr. 10 LFischG)	1.000	Einziehung gemäß § 22 ff. OWiG möglich
1.11	entgegen § 43 LFischG Fischereiausübung mit verbotenen Mitteln (§ 62 Abs. 1 Nr. 11 LFischG)	2.000	Einziehung gemäß § 22 ff. OWiG möglich
1.12	Unterlassene, nicht formgerechte oder nicht vollständig erstattete Anzeige zum Ablassen eines Gewässers entgegen § 45 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 12 LFischG)	2.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	in EUR	Bemerkungen
1.13	Errichtung von Vorrichtungen in einem offenen Gewässer, die den Wechsel der Fische verhindern entgegen § 47 Abs. 1 LFischG sowie ein Gewässer versperren entgegen § 47 Abs. 2 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 13 LFischG)	1.500	
1.14	Unterlassung der Beseitigung oder des Abstellens ständiger Fischereivorrichtungen in einem offenen Gewässer während der Dauer der Schonzeiten entgegen § 47 Abs. 6 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 14 LFischG)	1.500	
1.15	Unterlassung der Sicherstellung einer für den Fischwechsel ausreichenden Mindestwasserführung bei der Nutzung von Wasser entgegen § 47 Abs. 7 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 15 LFischG)	1.500	
1.16	Unbefugter Fischfang in Fischwegen		
1.16.1	Fischereiausübung in Fischwegen entgegen § 51 Abs. 1 LFischG (§ 62 Abs. 1 Nr. 16 LFischG)	2.500	
1.16.2	entgegen § 51 Abs. 2 LFischG Fischereiausübung auf den von den oberen Fischereibehörden bestimmten Strecken während der Zeit, in der der Fischweg geöffnet werden muss (§ 62 Abs. 1 Nr. 16 LFischG)	1.000	
1.17	entgegen § 52 LFischG Mitführen von fangfertigen Fischereigeräten an oder auf Gewässern, für die keine Berechtigung zur Fischereiausübung vorliegt (§ 62 Abs. 1 Nr. 17 LFischG)	500	
1.18	entgegen § 59 Abs.1 LFischG Nichtvorzeigen der beim Fischfang gebrauchten Fanggeräte, der Fische und Fanggeräte in Fischereifahrzeugen sowie Fischbehälter in offenen Gewässern auf Verlangen der Fischereiaufsichtspersonen oder entgegen § 59 Abs. 2 LFischG den Anordnungen der Fischereiaufsichtspersonen nicht nachkommt (§ 62 Abs. 1 Nr. 18 LFischG)	500	
1.19	Nichterfüllung von Auflagen, mit denen eine auf diesem Gesetz oder den aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen beruhende Genehmigung, Erlaubnis, Bewilligung oder Befreiung verbunden ist (§ 62 Abs. 1 Nr. 20 LFischG)	1.500	
2.	Landesfischereiordnung		
2.1	Unbefugte Ausübung der Elektrofischerei entgegen § 12 Abs. 1 und 3 LFischO (§ 49 Nr.1 LFischO)		
2.1.1	Ausübung der Elektrofischerei ohne Genehmigung der oberen Fischereibehörde (§ 49 Nr.1 Buchst. a LFischO)	7.500	
2.1.2	Ausübung der Elektrofischerei in anderen als den genehmigten Gewässern (§ 49 Nr.1 Buchst. b LFischO)	7.500	
2.1.3	Ausübung der Elektrofischerei zu anderen als den genehmigten Zwecken (§ 49 Nr.1 Buchst. c LFischO)	1.500	
2.1.4	Ausübung der Elektrofischerei ohne Einhaltung der in der Genehmigung gesetzten Frist (§ 49 Nr.1 Buchst. d LFischO)	7.500	
2.1.5	Ausübung der Elektrofischerei mit anderen als den zugelassenen Geräten (§ 49 Nr.1 Buchst. e LFischO)	1.500	Einziehung gemäß § 22 ff. OWiG möglich
2.1.6	Nichterfüllung bei Ausübung der Elektrofischerei vorgeschriebenen Sorgfaltspflicht entgegen § 14 Abs. 1 LFischO (§ 49 Nr. 2 LFischO)	1.000	
	oder Unterlassung der Hinzuziehung einer Hilfskraft entgegen § 14 Abs. 1 LFischO (§ 49 Nr. 2 LFischO)	1.500	
2.1.7	Nichtmitführen des Berechtigungsscheins, Bedienungsscheins, des Zulassungsscheins und des Nachweises einer durchgeführten Überprüfung bei Ausübung der Elektrofischerei entgegen § 15 Abs. 1 LFischO (§ 49 Nr. 3 Alt. 1 LFischO)	500	
	oder Verweigerung der Aushändigung vorgenannter Papiere (§ 49 Nr. 3 Alt 2 LFischO)	1.000	
2.1.8	Unterlassung der vorgeschriebenen Buchführung entgegen § 16 Satz 1 LFischO (§ 49 Nr. 4 LFischO)	750	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	in EUR	Bemerkungen
2.2	Nichtbeachtung von Fangverboten		
2.2.1	Fangausübung auf untermäßige Fische entgegen § 17 LFischO (§ 49 Nr. 5 LFischO)	500	Einziehung gemäß § 22 ff. OWiG möglich
2.2.2	Ausübung des Fischfangs unter Nichtbeachtung der Schonzeiten, der Fangverbote oder der Anlande- pflichtung entgegen §§ 18, 19, 20 oder 21 LFischO (§ 49 Nr. 6 LFischO)	1.000	
2.3	entgegen § 23 Abs. 1 LFischO Unterlassung des unver- züglichen Zurücksetzens einem Fangverbot unterliegen- der Fische ins Gewässer, wenn sie nach dem Fang noch überlebensfähig sind, oder mangelnde Vorsicht beim Zur- rücksetzen ins Gewässer (§ 49 Nr. 7 LFischO)	500	
2.4	Inverkehrbringen von Fischen, die einem Fangverbot unterliegen entgegen § 24 Satz 1 LFischO (§ 49 Nr. 8 LFischO)	1.000	
2.5	Gebrauch unzulässiger Fanggeräte		
2.5.1	Verwendung eines Stell- oder Staknetzes, Stoßhamens, Treib-, Senk-, Wurf- oder Zugnetzes mit kleineren Ma- schenweiten als 2,5 cm entgegen § 25 Abs. 1 Satz 1 LFischO (§ 49 Nr. 9 LFischO)	1.000	Einziehung gemäß § 22 ff. OWiG möglich
2.5.2	entgegen § 26 Satz 1 LFischO unsachgemäßes Haltern von Fischen in Setzkeschern, die nicht aus Textilien her- gestellt sind oder entgegen Satz 2 in Gewässern, in de- nen Schiffsverkehr stattfindet (§ 49 Nr. 10 LFischO)	500	
2.5.3	Verwendung kleinerer Lattenweiten als 2,5 cm für ständi- ge Fischereivorrichtungen entgegen § 27 Abs. 1 LFischO (§ 49 Nr. 11 LFischO)	1.000	
2.5.4	Absperrung von mehr als der halben Breite der Was- serfläche durch ständige Fischereivorrichtungen, die mit Stauanlagen verbunden sind, entgegen § 27 Abs. 1 LFischO (§ 49 Nr. 11 LFischO)	1.000	
2.5.5	Nichtbeachtung der Vorschriften über die Schokkerfi- scherei entgegen § 28 LFischO (§ 49 Nr. 12 LFischO)	1.000	
2.5.6	Ausübung des Fischfangs mit dem lebenden Köderfisch entgegen § 29 LFischO (§ 49 Nr. 13 LFischO)	1.000	
2.6	Verletzung sonstiger Schutzbestimmungen		
2.6.1	Werbung von Wasserpflanzen entgegen § 30 LFischO (§ 49 Nr. 14 LFischO)	250	Einziehung gemäß § 22 ff. OWiG möglich
2.6.2	Beschädigung oder unbefugte Entnahme von Fischlaich entgegen § 31 LFischO (§ 49 Nr. 15 LFischO)	1.000	Straftat nach § 293 Nr. 1 StGB prüfen
2.6.3	Beschädigung oder unbefugte Entnahme von Fischnähr- tieren entgegen § 31 LFischO (§ 49 Nr. 15 LFischO)	250	Straftat nach § 293 Nr. 1 StGB prüfen
2.6.4	entgegen § 32 LFischO Einlassen zahmen Wasserge- flügels während der Winterschonzeit in die der Winter- schonzeit unterliegenden Gewässer oder ohne Zustim- mung des Fischereiberechtigten oder Fischereipächters in sonstige Gewässer (§ 49 Nr. 16 LFischO)	1.000	Einziehung gemäß § 22 ff. OWiG möglich
2.6.5	Aussetzen in der Landesfischereiordnung nicht genann- ter Fischarten ohne Zustimmung der oberen Fische- reibehörde entgegen § 33 Abs. 1 LFischO (§ 49 Nr. 17 LFischO)	1.000	
2.6.6	Nachteilige Veränderung der Zusammensetzung des Fischbestandes durch Aussetzen von Fischen entgegen § 33 Abs. 2 LFischO (§ 49 Nr. 17 LFischO)	1.500	
2.7	Störung anderer Fischer bei der Ausübung des Fisch- fangs entgegen § 34 Abs. 1 LFischO (§ 49 Nr. 18 LFischO)	250	

IV.

Sachbereich Immissionsschutz

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1.	Genehmigungsbedürftige Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes		
1.1	Errichtung einer Anlage ohne Genehmigung nach § 4 Abs. 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG)		Bei weiterer Errichtung erneute Verhängung nach dem gesamten Wert der errichteten Anlagen (-teile)
1.1.1	Errichtung von Anlagen, die im Anhang zur 4. BImSchV aufgeführt sind, wenn der Wert der tatsächlich errichteten Anlagen (Anlagenteile)		
1.1.1.1	bis zu 50.000 EUR	250 – 2.500	
1.1.1.2	über 50.000 EUR bis 500.000 EUR	500 – 5.000	
1.1.1.3	über 500.000 EUR bis 5 Mio. EUR	1.000 – 25.000	
1.1.1.4	über 5 Mio. EUR beträgt	2.500 – 50.000	
1.1.2	Errichtung von Versuchsanlagen, die nach § 2 Abs. 3 der 4. BImSchV im vereinfachten Verfahren zu genehmigen sind	500 – 5.000	
1.2	Störfallrelevante Änderung einer Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist, ohne Genehmigung nach § 16a Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 4a BImSchG), wenn der Wert der tatsächlich durchgeführten Änderung Aufwendungen		
1.2.1	bis zu 50.000 EUR	250 – 2.500	
1.2.2	über 50.000 EUR bis 500.000 EUR	500 – 5.000	
1.2.3	über 500.000 EUR bis 5 Mio. EUR	1.000 – 25.000	
1.2.4	über 5 Mio. EUR erfordert hat	2.500 – 50.000	
1.3	Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG)		Höhe der Geldbuße: mindestens die durch die Nicht-, nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsgemäße Ausführung ersparten Aufwendungen (§ 17 Abs. 4 OrdnungswidrigkeitenG - OWiG)
1.3.1	Verstoß gegen eine Auflage, die der Luftreinhaltung dient, wenn dadurch		
1.3.1.1	keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden	250 – 2.500	
1.3.1.2	kurzzeitig (bis zu einer Woche) erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden	500 – 5.000	
1.3.1.3	kurzzeitig (bis zu einer Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können	2.500 – 15.000	
1.3.1.4	langfristig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden	5.000 – 25.000	
1.3.1.5	langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können	10.000 – 50.000	
1.3.2	Verstoß gegen eine Auflage, die der Lärmbekämpfung dient,		
1.3.2.1	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte nicht überschritten werden	250 – 2.500	
1.3.2.2	wenn bei Überschreitung der Immissionswerte keine Erhöhung der Gesamtgeräuschbelastung eintritt	250 – 4.000	
1.3.2.3	wenn dadurch die in der Genehmigung festgelegten Immissionswerte kurzzeitig (bis zu einer Woche) um höchstens 3 dB(A) überschritten werden	500 – 5.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1.3.2.4	wenn dadurch die in der Genehmigung festgelegten Immissionswerte kurzzeitig (bis zu einer Woche) um höchstens 10 dB(A) überschritten werden	1.000 – 10.000	An die Stelle der in der Genehmigung festgelegten Immissionswerte treten die Immissionswerte der TA Lärm, sofern in der Genehmigung keine Werte bestimmt sind. Bei der Prüfung der Frage, ob die Immissionswerte überschritten sind, sind die nach der TA Lärm ermittelten Beurteilungspegel mit den Immissionswerten (nach Genehmigung oder TA Lärm) zu vergleichen.
1.3.2.5	wenn dadurch die in der Genehmigung festgelegten Immissionswerte kurzzeitig (bis zu einer Woche) um mehr als 10 dB(A) überschritten werden	2.500 – 15.000	
1.3.2.6	wenn dadurch die in der Genehmigung festgelegten Immissionswerte langfristig um höchstens 3 dB(A) überschritten werden	2.500 – 15.000	
1.3.2.7	wenn dadurch die in der Genehmigung festgelegten Immissionswerte langfristig um höchstens 10 dB(A) überschritten werden	5.000 – 25.000	
1.3.2.8	wenn dadurch die in der Genehmigung festgelegten Immissionswerte langfristig um mehr als 10 dB(A) überschritten werden	10.000 – 50.000	
1.3.3	Verstoß gegen sonstige Auflagen		
1.3.3.1	wenn sie der Einhaltung des § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG dienen und		
1.3.3.1.1	die Vermeidung der Abfälle betreffen	500 – 10.000	
1.3.3.1.2	die Verwertung der Abfälle betreffen	500 – 10.000	
1.3.3.1.3	die Beseitigung von Abfällen betreffen	5.000 – 25.000	
1.3.3.2	wenn sie der Einhaltung des § 5 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG dienen	250 – 2.500	
1.3.3.3	wenn sie der Einhaltung des § 5 Abs. 3 BImSchG dienen und dadurch sichergestellt werden soll, dass auch nach einer Betriebseinstellung		
1.3.3.3.1	von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteile und erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können	500 – 15.000	
1.3.3.3.2	vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder	500 – 5.000	
1.3.3.3.3	Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden	2.500 – 10.000	
1.3.3.3.4	die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustands des Anlagengrundstücks gewährleistet ist	2.500 – 10.000	
1.3.3.4	wenn sie dem Arbeitsschutz dienen	250 – 5.000	
1.3.3.5	wenn sie der Einhaltung sonst. öffentlich-rechtlicher Vorschriften dienen	500 – 5.000	
1.3.3.6	wenn sie ausschließlich die Beibringung von Nachweisen zum Gegenstand haben	150 – 1.500	
1.3.3.7	wenn sie die Gestaltung der Maßnahmen zur Prüfung der Betriebstüchtigkeit betreffen	250 – 2.500	
1.4	Wesentliche Änderung einer Anlage ohne die Genehmigung nach § 16 Abs. 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG) Wesentliche Änderung von Anlagen, die im Anhang zur 4. BImSchV aufgeführt sind, wenn die durchgeführte Änderung Aufwendungen		Siehe 1.1
1.4.1	bis zu 50.000 EUR	250 – 2.500	
1.4.2	über 50.000 EUR bis zu 500.000 EUR	500 – 5.000	
1.4.3	über 500.000 EUR bis 5 Mio. EUR	1.000 – 25.000	
1.4.4	über 5 Mio. EUR erfordert hat.	2.500 – 50.000	
1.5	Verstoß gegen vollziehbare Anordnung nach § 17 Abs. 1 Satz 1 oder 2, auch in Verbindung mit Abs. 5 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)		Siehe 1.3
1.5.1	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG ergebenden Pflichten dient, wenn infolge des Verstoßes		

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1.5.1.1	kurzzeitig (bis zu einer Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen nicht zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen weniger als 3 dB(A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	500 – 5.000	
1.5.1.2	kurzzeitig (bis zu einer Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen mindestens 3 dB(A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	1.000 – 10.000	
1.5.1.3	langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen nicht zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen weniger als 3 dB(A) über den bei Durchführung der Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	2.500 – 15.000	
1.5.1.4	langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen mindestens 3 dB(A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	5.000 – 25.000	
1.5.2	Verstoß gegen eine Anordnung, die ausschließlich der Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG ergebenden Pflichten dient	250 – 10.000	
1.5.3	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG ergebenden Pflichten dient und		
1.5.3.1	die Vermeidung von Abfällen betrifft	500 – 10.000	
1.5.3.2	die Verwertung von Abfällen betrifft	500 – 10.000	
1.5.3.3	die Beseitigung Abfällen betrifft	5.000 – 25.000	
1.5.4	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG ergebenden Pflichten dient	250 – 2.500	
1.5.5	Verstoß gegen eine Anordnung, die zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 3 BImSchG ergebenden Pflichten sicherstellen soll, dass auch nach einer Betriebseinstellung		
1.5.5.1	von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteile und erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können	500 – 15.000	
1.5.5.2	vorhandene Abfälle		
1.5.5.2.1	ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder	500 – 5.000	
1.5.5.2.2	ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden	2.500 – 10.000	
1.5.5.3	die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustands des Anlagengrundstücks gewährleistet ist	2.500 – 10.000	
1.6	Verstoß gegen die Anzeigepflicht nach § 15 Abs. 1 oder 3 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 1 BImSchG) bzw. Vornahme einer Änderung entgegen § 15 Abs. 2 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 1a BImSchG)		
1.6.1	Unterlassen der Anzeige	500 – 5.000	
1.6.2	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Anzeige	500 – 5.000	
1.6.3	Verspätete Abgabe einer Anzeige	250 – 2.500	
1.6.4	Vornahme einer Änderung entgegen § 15 Abs. 2 Satz 2	500 – 10.000	
1.7	Ermittlung von Emissionen und Immissionen		

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1.7.1	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach §§ 26, 28 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG) (Einzelmessungen)		Siehe 1.3 Bemerkung 2
1.7.1.1	Nichterteilung des Auftrages	500 – 5.000	
1.7.1.2	Verspätete Erteilung des Auftrages	250 – 2.500	
1.7.1.3	Nichtbeachtung von Anforderungen nach § 26 Satz 2 BImSchG	250 – 2.500	
1.7.2	Verstoß gegen die Verpflichtung zur Abgabe oder Ergänzung einer Emissionserklärung nach § 27 Abs. 1 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 2 BImSchG)		Siehe 1.3 Bemerkung 2
1.7.2.1	Unterlassen der Abgabe der Emissionserklärung	500 – 5.000	
1.7.2.2	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Emissionserklärung	500 – 5.000	
1.7.2.3	Verspätete Abgabe der Emissionserklärung	250 – 2.500	
1.7.2.4	Unterlassen der Ergänzung der Emissionserklärung	500 – 5.000	
1.7.2.5	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Ergänzung der Emissionserklärung	500 – 5.000	
1.7.2.6	Verspätete Ergänzung der Emissionserklärung	250 – 2.500	
1.7.3	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 29 Abs. 1 BImSchG (kontinuierliche Messungen) (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)		Siehe 1.3
1.7.3.1	Nichtausführung der Anordnung	2.500 – 25.000	
1.7.3.2	Unrichtige oder verspätete Ausführung der Anordnung	500 – 10.000	
1.7.4	Verstoß gegen die Vorlagepflicht nach § 31 Abs. 1 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 3 BImSchG)		
1.7.4.1	Unterlassen der Vorlage der Zusammenfassung oder Daten	500 – 2.500	
1.7.4.2	Abgabe unrichtiger oder unvollständiger Zusammenfassung oder Daten	500 – 2.500	
1.7.4.3	Verspätete Abgabe der Zusammenfassung oder Daten	250 – 1.500	
1.8	Verstoß gegen die Mitteilungs- und Aufbewahrungspflicht nach § 31 Abs. 5 Satz 1 BImSchG (§ 62 Abs. 2 Nr. 3a BImSchG)		
1.8.1	Unterlassen einer Mitteilung	250 – 2.500	
1.8.2	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Mitteilung	250 – 2.500	
1.8.3	Verspätete Abgabe einer Mitteilung	150 – 1.500	
1.9	Überwachung		Obergrenze bei konkreten Anhaltspunkten, dass Verweigerung der Aufrechterhaltung von Verstößen dient
1.9.1	Verweigerung des Zutritts und der Vornahme von Prüfungen nach § 52 Abs. 2 Satz 1, auch i. V. m. Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 4 BImSchG)	500 – 5.000	
1.9.2	Verstoß gegen die Auskunftspflicht oder Pflicht zur Vorlage von Unterlagen nach § 52 Abs. 2 Satz 1, auch i. V. m. Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 4 BImSchG)		
1.9.2.1	Verweigerung von Auskünften oder Unterlagen, die die zuständige Behörde oder deren Beauftragter		
1.9.2.1.1	anderweitig nicht einholen kann	500 – 2.500	
1.9.2.1.2	anderweitig einholen kann	150 – 500	
1.9.2.2	Erteilung unrichtiger oder unvollständiger Auskünfte	250 – 1.500	
1.9.2.3	Verspätete Auskunftserteilung	150 – 500	
1.9.3	Erschwerung von Überwachungsmaßnahmen nach § 52 Abs. 2 Satz 3 und 4, auch i. V. m. Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 4 BImSchG)		
1.9.3.1	Weigerung, den Immissionsschutzbeauftragten oder den Störfallbeauftragten zu einer Überwachungsmaßnahme auf Verlangen hinzuzuziehen	250 – 1.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
1.9.3.2	Unterlassen der Bereitstellung von Arbeitskräften oder Hilfsmitteln	150 – 500	
1.9.4	Verweigerung der Entnahme von Stichproben entgegen § 52 Abs. 3 Satz 2 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 5 BImSchG)	500 – 5.000	
1.10	Anzeigen		
1.10.1	Verstoß gegen die Anzeigepflicht nach § 67 Abs. 2 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 6 BImSchG)		
1.10.1.1	Unterlassen der Anzeige	500 – 5.000	
1.10.1.2	Erstattung einer unrichtigen oder unvollständigen Anzeige	250 – 1.000	
1.10.1.3	Verspätete Anzeige	500 – 2.500	
1.10.2	Verstoß gegen die Pflicht zur Vorlage von Unterlagen nach § 67 Abs. 2 Satz 2 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 7 BImSchG)		
1.10.2.1	Unterlassen der Vorlage	250 – 1.000	
1.10.2.2	Vorlage unrichtiger oder unvollständiger Unterlagen	150 – 1.000	
1.10.2.3	Verspätete Vorlage von Unterlagen	100 – 500	
2.	Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen, Beschaffenheit von Anlagen, Stoffen, Erzeugnissen, Betrieb von Fahrzeugen nach dem Bundes-Immissionschutzgesetz		
2.1	Störfallrelevante Errichtung oder störfallrelevante Änderung einer Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist, ohne Genehmigung nach § 23b Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 4 a BImSchG), wenn der Wert der tatsächlich errichteten bzw. geänderten Anlage (Anlagenteile)		
2.1.1	bis zu 50.000 EUR	250 – 2.500	
2.1.2	über 50.000 EUR bis 500.000 EUR	500 – 5.000	
2.1.3	über 500.000 EUR bis 5 Mio. EUR	1.000 – 25.000	
2.1.4	über 5 Mio. EUR beträgt.	2.500 – 50.000	
2.2	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Anzeige entgegen § 23a Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 1b BImSchG)		
2.2.1	Unterlassen der Anzeige	500 – 5.000	
2.2.2	Erstattung einer nicht richtigen oder nicht vollständigen Anzeige	500 – 5.000	
2.2.3	Verspätete Anzeige	250 – 2.500	
2.3	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 24 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)		Höhe der Geldbuße: mindestens die durch die Nicht-, nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsgemäße Ausführung ersparten Aufwendungen (§ 17 Abs. 4 OWiG)
2.3.1	Nichtbefolgung einer Anordnung zur Verhinderung von Luftverunreinigungen		
2.3.1.1	wenn noch keine schädlichen Umwelteinwirkungen eintreten	150 – 5.000	
2.3.1.2	wenn erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen eintreten	500 – 15.000	
2.3.1.3	wenn darüber hinaus die Gesundheit anderer oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden können	1.500 – 25.000	
2.3.2	Verstoß gegen eine Anordnung, die beim Betrieb der Anlage entstehenden Abfälle ordnungsgemäß zu beseitigen		
2.3.2.1	wenn die Abfälle für Gesundheit und Sachen ungefährlich sind	150 – 5.000	
2.3.2.2	wenn erhebliche Belästigungen oder Nachteile entstehen	500 – 15.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
2.3.2.3	wenn die Gesundheit anderer oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden können	1.500 – 25.000	Siehe 2.3.1.3
2.4	Betrieb einer Anlage entgegen einer vollziehbaren Untersagung nach § 25 Abs. 1 BlmSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 6 BlmSchG)		
2.4.1	wenn keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen entstehen	150 – 5.000	
2.4.2	wenn erhebliche Nachteile oder Belästigungen entstehen	500 – 15.000	
2.4.3	wenn die Gesundheit anderer oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden können	1.500 – 25.000	Siehe 2.3.1.3
2.5	Verstoß gegen eine vollziehbare Messanordnung nach § 26 oder § 29 Abs. 2 BlmSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BlmSchG)		Siehe 2.3 und 2.3.1.3
2.5.1	Nichterteilung des Auftrags nach § 26	250 – 2.500	
2.5.2	Verspätete Erteilung des Auftrags	150 – 1.500	
2.5.3	Nichtbeachtung von Anforderungen nach § 26 Satz 2	150 – 1.500	
2.5.4	Nichtausführung der Anordnung nach § 29 Abs. 2	250 – 2.500	
2.5.5	Unrichtige oder verspätete Ausführung der Anordnung	150 – 1.500	
2.6	Verstoß gegen die Mitteilungs- und Aufbewahrungspflicht nach § 31 Abs. 1 Satz 1 BlmSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 3 BlmSchG)	250 – 2.500	
2.6.1	Unterlassen der Vorlage der Zusammenfassung oder Daten	250 – 2.500	
2.6.2	Abgabe unrichtiger oder unvollständiger Zusammenfassung oder Daten	250 – 2.500	
2.6.3	Verspätete Abgabe der Zusammenfassung oder Daten	150 – 1.500	
2.7	Verstoß gegen die Mitteilungs- und Aufbewahrungspflicht nach § 31 Abs. 5 Satz 1 BlmSchG (§ 62 Abs. 2 Nr. 3a BlmSchG)		
2.7.1	Unterlassen einer Mitteilung	250 – 2.500	
2.7.2	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Mitteilung	250 – 2.500	
2.7.3	Verspätete Abgabe einer Mitteilung	150 – 1.500	
2.8	Überwachung		
2.8.1	Verweigerung des Zutritts und der Vornahme von Prüfungen nach § 52 Abs. 2 Satz 1 auch i. V. m. Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 BlmSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 4 BlmSchG)	250 – 10.000	Obergrenze bei konkreten Anhaltspunkten, dass Verweigerung der Aufrechterhaltung von Verstößen dient
2.8.2	Verstoß gegen die Auskunftspflicht oder Pflicht zur Vorlage von Unterlagen nach § 52 Abs. 2 Satz 1, 3 oder 4 auch i. V. m. Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 BlmSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 4 BlmSchG)		
2.8.2.1	Verweigerung von Auskünften oder Unterlagen, die die zuständige Behörde oder deren Beauftragter		
2.8.2.1.1	anderweitig nicht einholen kann	250 – 10.000	
2.8.2.1.2	anderweitig einholen kann	150 – 1.000	
2.8.2.2	Erteilung unrichtiger oder unvollständiger Auskünfte	100 – 10.000	
2.8.2.3	Verspätete Auskunftserteilung	150 – 1.000	
2.8.3	Erschwerung von Überwachungsmaßnahmen nach § 52 Abs. 2 Satz 3 oder 4, auch i. V. m. Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 BlmSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 4 BlmSchG)		
2.8.3.1	Weigerung, den Immissionsschutzbeauftragten zu einer Überwachungsmaßnahme auf Verlangen hinzuzuziehen	250 – 1.000	
2.8.3.2	Unterlassen der Bereitstellung von Arbeitskräften oder Hilfsmitteln	150 – 10.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
2.8.4	Verweigerung der Entnahme von Stichproben entgegen § 52 Abs. 3 Satz 2 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 5 BImSchG)	500 – 10.000	
2.9	Betrieb eines Fahrzeugs unter Verstoß gegen die Pflicht nach § 38 Abs. 1 Satz 2 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 7a BImSchG)	50 – 250	
3.	Benzinbleigesetz - BzBIG -		
3.1	Herstellen, Einführen, sonst in den Geltungsbereich des Benzinbleigesetzes verbringen oder in Verkehr bringen von Ottokraftstoffen, die nicht den Anforderungen gem. § 2 Abs. 1 Benzinbleigesetz entsprechen (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Abs. 1 Nr. 1a Benzinbleigesetz) – nur gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen		
3.1.1	bei Mengen bis zu 1.000 m ³	500 – 5.000	
3.1.2	bei Mengen über 1.000 m ³	2.500 – 25.000	
3.2	Herstellen, Einführen, sonst in den Geltungsbereich des Benzinbleigesetzes verbringen oder in Verkehr bringen von Ottokraftstoffen, die an Stelle von Bleiverbindungen nicht zugelassene Zusätze mit anderen Metallverbindungen entgegen § 2 Abs. 2 Benzinbleigesetz enthalten (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Abs. 1 Nr. 1b des Benzinbleigesetzes) - nur gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen		
3.2.1	bei Mengen bis zu 1.000 m ³	250 – 2.500	
3.2.2	bei Mengen über 1.000 m ³	2.500 – 25.000	
3.3	Verstöße gegen Pflichten nach § 2a Abs. 1 Satz 1, § 2 a Abs. 1 Satz 2 oder § 2a Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Benzinbleigesetzes)		
3.3.1	Nichtkenntlichmachung der Mindestqualität, Nichtunterrichtung des Kennzeichnungspflichtigen oder Nichtbekanntgabe der empfohlenen Kraftstoffqualitäten	250 – 2.500	
3.3.2	Nicht richtige Kenntlichmachung der Mindestqualität oder nicht richtige Unterrichtung des Kennzeichnungspflichtigen	250 – 2.500	
3.4	Verstöße gegen Pflichten nach § 4 Abs. 1 Satz 2, § 5 Abs. 1 oder § 5 Abs. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 des Benzinbleigesetzes)		
3.4.1	Nichtaufbewahrung der schriftlichen Erklärung des Herstellers	100 – 2.500	
3.4.2	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Erteilung einer Auskunft	100 – 2.500	
3.4.3	Verweigerung einer Prüfung oder Besichtigung oder der Entnahme von Stichproben	500 – 5.000	Obergrenze, wenn konkrete Anhaltspunkte für Verschleierung eines rechtswidrigen Zustandes
3.4.4	Verweigerung der Einsicht in geschäftliche Unterlagen	100 – 2.500	
4.	Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen - 1. BImSchV -		
4.1	Einsatz von anderen als in § 3 Abs. 1 aufgeführten Brennstoffen (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	100 – 1.000	
4.2	Betrieb einer Feuerungsanlage für feste Brennstoffe mit anderen als den nach Herstellerangaben geeigneten Brennstoffen entgegen § 4 Abs. 1 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 1.500	
4.3	Betrieb einer Feuerungsanlage für feste Brennstoffe ohne Nachweis über die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte durch eine Typprüfung des Herstellers entgegen § 4 Abs. 3 oder Abs. 7 (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 2.500	
4.4	Errichtung oder Betrieb von Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe mit einer Nennwärmeleistung von 4 Kilowatt oder mehr unter Überschreitung der zulässigen Massenkonzentration entgegen § 5 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	100 – 2.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
4.5	Errichtung oder Betrieb von Ölf Feuerungsanlagen mit Verdampfungsbrenner entgegen § 7, so dass (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 3 i. V.m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
4.5.1	bei Anlagen mit einer Nennwärmeleistung von 11 Kilowatt oder weniger die Rußzahl 3 überschritten wird und/oder die Abgase nicht frei von Ölderivaten sind	50 – 500	
4.5.2	bei Anlagen mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 11 Kilowatt die Rußzahl 2 überschritten wird und/oder die Abgase nicht frei von Ölderivaten sind	100 – 1.000	
4.5.3	die Grenzwerte für die Abgasverluste nach § 10 Abs. 1 nicht eingehalten werden	50 – 500	
4.5.4	die Kohlenstoffmonoxidemissionen einen Wert von 1300 Milligramm je Kilowattstunde überschreiten	100 – 1.000	
4.6	Errichtung oder Betrieb von Ölf Feuerungsanlagen mit Zerstäubungsbrenner entgegen § 8, so dass (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
4.6.1	die maßgebende Rußzahl überschritten wird und/oder die Abgase nicht frei von Ölderivaten sind	100 – 1.000	
4.6.2	die Grenzwerte für die Abgasverluste nach § 10 Abs. 1 nicht eingehalten werden	50 – 500	
4.6.3	die Kohlenstoffmonoxidemissionen einen Wert von 1300 Milligramm je Kilowattstunde überschreiten	100 – 1.000	
4.7	Errichtung oder Betrieb von Gasfeuerungsanlagen, so dass die Grenzwerte für die Abgasverluste nach § 10 Abs. 1 entgegen § 9 Abs. 2 nicht eingehalten werden (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	50 – 500	
4.8	Einsatz von Brennstoffen entgegen § 5 Abs. 2 oder Abs. 3 in anderen als den dort bezeichneten Feuerungsanlagen oder Betrieben (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 5.000	
4.9	Einsatz eines Heizkessels in einer Feuerungsanlage entgegen § 6 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 2.500	
4.10	Verweigerung der Herstellung einer Messöffnung entgegen § 12 Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 7, § 12 Satz 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	50 – 500	
4.11	Verweigerung oder nicht rechtzeitige Gestattung der Feststellung, Überprüfung oder Überwachung der Einhaltung der in § 14 Abs. 2, § 15 Abs. 1, 2 oder 3 oder § 25 Abs. 4 Satz 1 oder Satz 2 genannten Anforderungen (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
4.11.1	im ersten Falle	50 – 500	
4.11.2	im Wiederholungsfalle	100 – 1.000	
4.12	Fehlende Versendung der genannten Nachweise entgegen § 20 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 15 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	50 – 5.000	
4.13	Weiterbetrieb einer Feuerungsanlage entgegen § 25 Abs. 1 Satz 1 oder § 26 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 16 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	100 – 2.500	
4.14	Nicht oder nicht rechtzeitiges Überwachenlassen der festgelegten Anforderungen entgegen § 25 Abs. 4 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 24 Nr. 17 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
5.	Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen - 2. BImSchV -		
5.1	Einsatzstoffe		

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
5.1.1	Nicht oder nicht rechtzeitig Ersetzen eines Stoffes oder eines Gemischs entgegen § 2 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
5.1.2	Einsatz von Stoffen entgegen § 2 Abs. 2 Satz 1 oder 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 1a i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
5.1.3	Zusatz von Stoffen entgegen § 2 Abs. 2 Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 1b i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
5.2	Errichtung oder Betrieb		
5.2.1	einer Oberflächenbehandlungsanlage entgegen den Vorschriften nach § 3 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 oder Abs. 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 2a i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 5.000	
5.2.2	einer Chemischreinigungs- oder Textilausrüstungsmaschine entgegen § 4 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 2b i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	100 – 1.000	
5.2.3	einer Chemischreinigungs- oder Textilausrüstungsmaschine entgegen § 4 Abs. 6 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 2c i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	50 – 2.500	
5.2.4	einer Extraktionsanlage entgegen den Vorschriften nach § 5 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 2d i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
5.3	Keine Zuführung der abgesaugten Abgase an einen vorgeschriebenen Abscheider entgegen § 3 Abs. 2 Satz 1 oder § 4 Abs. 2 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
5.4	Keine Zurückgewinnung von Stoffen entgegen § 3 Abs. 2 Satz 2, § 4 Abs. 2 Satz 2 oder § 5 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 1.500	
5.5	Nichteinhaltung der zulässigen Werte für den Massenstrom oder die Massenkonzentration an leichtflüchtigen Halogenkohlenwasserstoffen im Abgas entgegen § 3 Abs. 2 Satz 3, § 4 Abs. 2 Satz 3 oder § 5 Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 4a i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
5.6	Zuwiderhandlungen gegen § 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 5-8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
5.6.1	Desorbieren eines Abscheiders mit Frischluft oder Raumluft entgegen § 4 Abs. 2 Satz 4	50 – 500	
5.6.2	Kein Einsatz regenerierbarer Filter entgegen § 4 Abs. 3	100 – 1.000	
5.6.3	Lüften eines Betriebsraumes entgegen § 4 Abs. 4	100 – 2.500	
5.6.4	Einsatz von Stoffen entgegen § 4 Abs. 5	250 – 2.500	
5.7	Nichteinrichtung einer Messöffnung entgegen § 10 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	100 – 1.000	
5.8	Zuwiderhandlungen gegen die Eigenüberwachungspflichten nach § 11 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 11 bis 13 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
5.8.1	Keine oder nicht vollständige Führung von Aufzeichnungen entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1, 2	100 – 1.500	
5.8.2	Keine Erfassung der Betriebsstunden durch einen Betriebsstundenzähler entgegen § 11 Abs. 1 Satz 4	150 – 1.500	
5.8.3	Keine oder nicht rechtzeitige Prüfung eines Abscheiders oder keine schriftliche oder elektronische Festhaltung des Ergebnisses der Prüfung entgegen § 11 Abs. 2	100 – 1.000	
5.9	Zuwiderhandlungen gegen die Überwachungspflichten nach § 12 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Abs. 1 Nr. 13 a bis 16 b i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
5.9.1	Nicht oder nicht rechtzeitige Anzeige entgegen § 12 Abs. 1	100 – 1.500	
5.9.2	Keine oder nicht rechtzeitige Feststellung der Einhaltung der festgelegten Anforderungen durch Messungen entgegen § 12 Abs. 4 oder Abs. 5 Satz 1	100 – 1.500	
5.9.3	Keine oder nicht rechtzeitige Durchführung einer Wiederholungsmessung entgegen § 12 Abs. 6	100 – 1.000	
5.9.4	Keine oder nicht rechtzeitige Kalibrierung nach § 12 Abs. 9 Satz 2	100 – 1.500	
5.9.5	Unterlassen der Prüfung auf Funktionsfähigkeit nach § 12 Abs. 9 Satz 2	50 – 750	
5.9.6	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Mitteilung entgegen § 12 Abs. 11 Satz 1	150 – 2.500	
5.9.7	Kein, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Treffen der nach § 12 Abs. 11 Satz 2 erforderlichen Maßnahmen	250 – 5.000	
5.10	Zu widerhandlungen gegen § 13 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 17 bis 19 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
5.10.1	Befüllung oder Entnahme einer Anlage entgegen § 13 Abs. 1	250 – 2.500	
5.10.2	Entnahme von Rückständen entgegen § 13 Abs. 2	150 – 1.500	
5.10.3	Lagerung, Transport oder Handhabung von Stoffen oder Rückständen in geschlossenen Behältnissen entgegen § 13 Abs. 3	150 – 1.500	
5.11	Ableitung der angesaugten Abgase entgegen § 14 Satz 1, auch i. V. m. Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 20 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
5.12	Betreiben einer Anlage nach § 1 Abs. 1 entgegen § 16 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 21 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
5.13	Fehlende oder verspätete Information entgegen § 17 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 22 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 1.500	
5.14	Keine Aufbewahrung von Aufzeichnungen, Berichten oder Unterlagen entgegen § 11 Abs. 1 Satz 3 oder Abs. 2 Satz 2, § 12 Abs. 8 Satz 3 oder Abs. 9 Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 1.500	
6.	Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub - 7. BImSchV -		
6.1	Nichtausrüstung einer Anlage entgegen des § 2 mit einer Abluftreinigungsanlage, die ein Überschreiten des Emissionswertes nach § 4 ausschließt (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
6.2	Nicht ordnungsgemäßes Lagern von Holzstaub oder Spänen in Bunkern, Silos oder sonstigen geschlossenen Räumen entgegen § 3 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
6.3	Nichtdurchführung regelmäßiger Füllstandskontrollen an Bunkern oder Silos entgegen § 3 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 500	
6.4	Nicht ordnungsgemäße Entleerung von Bunkern, Silos oder sonstigen geschlossenen Räumen sowie von Filteranlagen entgegen § 3 Abs. 3, so dass Emissionen so weit wie möglich vermieden werden (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 500	
6.5	Überschreitung des zulässigen Gehalts an Staub in der Abluft entgegen § 4 oder § 8 (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
6.5.1	bei geringfügigen Überschreitungen im Wiederholungsfall	250 – 500	Definition „geringfügig“ siehe 1.3.1.2
6.5.2	bei bedeutenden oder langfristigen Überschreitungen	500 – 2.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
7.	Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen - 10. BlmSchV - nur gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen		
7.1	Inverkehrbringen von Kraft- oder Brennstoff, der nicht den Anforderungen in § 2 Abs. 1, § 4 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 oder Abs. 4 oder § 10 Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 1 entspricht (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 1a i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)		
7.1.1	Kraftstoff, der entgegen § 2 Abs. 1 Chlor- oder Bromverbindungen als Kraftstoffzusatz enthält		
7.1.1.1	bei Mengen bis 1000 m ³	1.000 – 10.000	
7.1.1.2	bei Mengen über 1000 m ³	5.000 – 50.000	
7.1.2	Kraftstoff, der nicht den Anforderungen gemäß § 4 Abs. 2, Abs. 3 oder Abs. 4 entspricht		
7.1.2.1	bei Mengen bis 1.000 m ³	250 – 10.000	
7.1.2.2	bei Mengen über 1.000 m ³	1.000 – 50.000	
7.1.3	Brennstoff mit einem höheren als dem zulässigen Schwefelgehalt entgegen § 10 Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 1		
7.1.3.1	bei Überschreitungen des zulässigen Gehalts bis zu 20 % und Mengen bis 1000 m ³	500 – 5.000	
7.1.3.2	bei Überschreitungen des zulässigen Gehalts über 20 % und Mengen bis 1000 m ³	1.500 – 15.000	
7.1.3.3	bei Überschreitungen des zulässigen Gehalts bis 20 % und Mengen über 1000 m ³	2.500 – 25.000	
7.1.3.4	bei Überschreitungen des zulässigen Gehalts über 20 % und Mengen über 1000 m ³	5.000 – 50.000	
7.2	Inverkehrbringen von Kraftstoff, der nicht Anforderungen in § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1, §§ 5 bis 9 oder § 9a, jeweils auch i. V. m. § 11 entspricht (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 1b i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)		
7.2.1	bei Mengen bis 1000 m ³	250 – 15.000	
7.2.2	bei Mengen über 1000 m ³	1.000 – 50.000	
7.3	Inverkehrbringen von Chlor- oder Bromverbindungen als Zusatz zu Kraftstoffen entgegen § 2 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)		
7.3.1	bei Mengen bis 10 m ³	1.000 – 10.000	
7.3.2	bei Mengen über 10 m ³	5.000 – 50.000	
7.4	Nichtanbieten eines Kraftstoffs entgegen § 3 Abs. 2 oder Abs. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	1.000 – 25.000	
7.5	Verwenden eines Kraftstoffes entgegen § 4 Abs. 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)		
7.5.1	bei Mengen bis 1.000 m ³	250 – 10.000	
7.5.2	bei Mengen über 1.000 m ³	1.000 – 50.000	
7.6	Nicht oder nicht ausreichende Sichtbarmachung der gewährleisteteten Qualität entgegen § 13 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 2.500	
7.7	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht in der vorgeschriebenen Weise erfolgte Anbringung eines Hinweises entgegen § 13 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 2.500	
7.8	Nicht richtige, nicht rechtzeitige oder nicht erfolgte Unterrichtung des Aufzeichnungspflichtigen entgegen § 14 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 2.500	
7.9	Zuwiderhandlung gegen die Pflichten nach § 14 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)		

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
7.9.1	Keine Führung der Tankbelegbücher	100 – 5.000	
7.9.2	Nicht ordnungsgemäße Führung der Tankbelegbücher	100 – 1.000	
7.9.3	Nicht oder nicht rechtzeitige Vorlage der Tankbelegbücher	100 – 1.000	
7.10	Keine oder nicht rechtzeitige Vorlage eines Unterrichtsnachweises oder einer Erklärung entgegen § 18 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs.1 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs.1 Nr. 7 BlmSchG)	100 – 5.000	
7.11	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Meldung der Sendung entgegen § 19 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	100 – 5.000	
7.12	Keine oder nicht ausreichend lange Verfügbarkeit der Qualitäts- oder Analysezertifikate entgegen § 19 Abs. 2 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	100 – 1.000	
7.13	Keine oder nicht ausreichend lange Aufbewahrung der Qualitäts- oder Analysezertifikate entgegen § 19 Abs. 2 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 12 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	100 – 1.000	
8.	Störfall-Verordnung - 12. BlmSchV -		
8.1	Zu widerhandlung entgegen eine vollziehbare Anordnung nach § 1 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 10.000	
8.2	Nichtlieferung oder nicht richtige, nicht vollständig oder nicht rechtzeitige Lieferung einer Information entgegen § 6 Abs. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 2.500	
8.3	Nichterstattung oder nicht richtige, nicht vollständige, nicht vorschriftsgemäße oder nicht rechtzeitige Erstattung einer Anzeige entgegen § 7 Abs. 1, Abs. 2 oder Abs. 3 oder § 20 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 Nr. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 2.500	
8.4	Nichtsicherstellung der Umsetzung eines Konzepts entgegen § 8 Abs. 3 oder § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 10.000	
8.5	Nicht oder nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Aktualisierung eines Konzepts oder eines Alarm- oder Gefahrenabwehrplans entgegen § 8 Abs. 4, § 10 Abs. 4 Satz 3 oder § 20 Abs. 1 Nr. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 10.000	
8.6	Nicht, nicht richtiges, nicht vollständiges, nicht in der vorgeschriebenen Weise erfolgtes Zugänglichmachen einer Angabe oder eines Sicherheitsberichts entgegen § 8a Abs. 1 Satz 1 oder § 11 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 5.000	
8.7	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitige Vorlage eines Sicherheitsberichts oder von dessen aktualisiertem Teil oder einer Mitteilung entgegen § 9 Abs. 4 oder Abs. 5 Satz 3 oder § 20 Abs. 2 Nr. 1 oder Abs. 4 Nr. 1 oder § 19 Abs. 2 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2)	250 – 10.000	
8.8	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Erstellung eines Alarm- oder Gefahrenabwehrplans oder nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Übermittlung der erforderlichen Informationen entgegen § 10 Abs. 1 Satz 1, auch i. V. m. § 20 Abs. 2 Nr. 2 oder Abs. 4 Nr. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 8 i. V. m. § 21 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 10.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
8.9	Nichtunterrichtung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Unterrichtung oder Nichtanhörung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Anhörung eines Beschäftigten entgegen § 10 Abs. 3 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 9 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 5.000	
8.10	Nichtunterweisung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Unterweisung eines Beschäftigten entgegen § 10 Abs. 3 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 5.000	
8.11	Nichterprobung, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Erprobung eines Alarm- oder Gefahrenabwehrplans entgegen § 10 Abs. 4 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 5.000	
8.12	Nichtinformation, nicht richtige, nicht vollständige, nicht in der vorgeschriebenen Weise erfolgte oder nicht rechtzeitige Information entgegen § 11 Abs. 3 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 12 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 10.000	
8.13	Nichteinrichtung, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Einrichtung einer Verbindung entgegen § 12 Abs. 1 Nr. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 13 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 10.000	
8.14	Nichtaufbewahrung einer Unterlage oder Nichtaufbewahrung einer Unterlage bis zur nächsten Vor-Ort-Besichtigung, jedoch nicht mindestens fünf Jahre, entgegen § 12 Abs. 2 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 14 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 5.000	
8.15	Nichtmitteilung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Mitteilung entgegen § 19 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 15 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 10.000	
8.16	Nichtergänzung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Ergänzung oder Nichtberichtigung, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Berichtigung einer Mitteilung entgegen § 19 Abs. 2 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 Nr. 16 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 10.000	
8.17	Begehung einer in § 21 Abs. 1 bezeichneten Handlung in Bezug auf eine nicht genehmigungsbedürftige Anlage, die Teil eines Betriebsbereichs ist (Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 10.000	
9.	Verordnung über Großfeuerungs- und Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen - 13. BlmSchV -		
9.1	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiges Betreiben einer Anlage entgegen § 4 Abs. 1 Satz 1, § 5 Abs. 1 Satz 1, § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 7 Abs. 1 Satz 1, § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Satz 1 oder § 10 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 20.000	
9.2	Nichtführung, nicht richtige oder nicht vollständige Führung eines Nachweises, Nichtvorlage oder nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage oder Nichtaufbewahrung für mindestens 5 Jahre entgegen § 4 Abs. 12, § 5 Abs. 8 Satz 3 oder Satz 4, § 6 Abs. 11, § 8 Abs. 12, § 9 Abs. 4, § 20 Abs. 2 Satz 3 oder Satz 4, § 20 Abs. 4 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 1 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 2 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 3 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 4 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 5 Satz 2 oder Satz 3, § 23 Abs. 5 Satz 2 oder Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	250 – 5.000	
9.3	Zu widerhandlung entgegen eine vollziehbare Anordnung nach § 8 Abs. 2 Satz 2, § 20 Abs. 6 Satz 2 und § 22 Abs. 1 Satz 6 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 7.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
9.4	Nichtanzeige, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Anzeige entgegen § 12 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 2.500	
9.5	Nichtfreihaltung einer Fläche entgegen § 14 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 5.000	
9.6	Nichtergreifung einer Maßnahme oder nicht rechtzeitige Ergreifung einer Maßnahme entgegen § 17 Abs. 2 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 7.500	
9.7	Nichteinschränkung oder nicht rechtzeitige Einschränkung des Betriebs einer Anlage, nicht erfolgte oder nicht rechtzeitige Außerbetriebnahme einer Anlage entgegen § 17 Abs. 2 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 7.500	
9.8	Nichtunterrichtung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Unterrichtung entgegen § 17 Abs. 2 Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 5.000	
9.9	Nichteinrichtung oder nicht richtige Einrichtung eines Messplatzes entgegen § 18 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 9 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 5.000	
9.10	Nichtsicherstellung entgegen § 19 Abs. 1 Satz 1, dass ein dort genanntes Messverfahren angewendet oder eine dort genannte Messeinrichtung verwendet wird (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 5.000	
9.11	Nichtsicherstellung entgegen § 19 Abs. 2 Satz 1, dass eine Probenahme oder Analyse oder die Qualitätssicherung nach dort genannten Normen durchgeführt wird (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 5.000	
9.12	Nichterbringung oder nicht rechtzeitige Erbringung eines Nachweises über den ordnungsgemäßen Einbau von Messeinrichtungen entgegen § 19 Abs. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 12 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	200 – 1.000	
9.13	Nichtprüfung oder nicht rechtzeitige Prüfung von Messeinrichtungen auf Funktionsfähigkeit oder Nichtkalibrierung oder nicht rechtzeitig durchgeführte Kalibrierung von Messeinrichtungen entgegen § 19 Abs. 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 13 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 5.000	
9.14	Nichtvorlage, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage oder Nichtaufbewahrung oder nicht mindestens fünfjährige Aufbewahrung eines Berichts, einer Aufstellung oder einer Übersicht über das Ergebnis der Kalibrierung, der Prüfung der Funktionsfähigkeit von Messeinrichtungen, von kontinuierlichen Messungen oder Einzelmessungen oder der jährlichen Emissionen entgegen § 19 Abs. 6, § 22 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 2, § 24 Abs. 1 Satz 1, § 25 Abs. 1 oder Abs. 2, § 30 Abs. 2 Satz 2 oder § 30 Abs. 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 14 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	200 – 2.500	
9.15	Nicht erfolgte, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Ermittlung, Registrierung, Auswertung oder Übermittlung von Massenkonzentration, Volumen-gehalt oder sonstiger genannter Betriebsgröße entgegen § 20 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 15 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	200 – 2.500	
9.16	Nichtausrüstung, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Ausrüstung einer Anlage mit geeigneten Mess- und Auswerteeinrichtungen entgegen § 20 Abs. 1 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 16 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 5.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
9.17	Nichtdurchführung, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Durchführung einer Messung entgegen § 21 Abs. 1 S. 2, § 21 Abs. 4 Satz 2, § 21 Abs. 5 Satz 2 oder § 23 Abs. 1, Abs. 2 oder Abs. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 17 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
9.18	Nichtvorlage oder nicht rechtzeitige Vorlage einer Aufstellung oder Übersicht entgegen § 30 Abs. 2 Satz 2 oder Abs. 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 18 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 2.500	
9.19	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiges Betreiben einer Anlage entgegen § 11 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3 oder Abs. 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	500 – 20.000	
9.20	Nichtführung, nicht richtige oder nicht vollständige Führung eines Nachweises, Nichtvorlage, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage oder eine Nichtaufbewahrung oder nicht mindestens über fünfjährige Aufbewahrung von Nachweisen entgegen § 11 Abs. 6 oder § 22 Abs. 4 Satz 1 oder Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 29 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	200 – 2.500	
10.	Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17. BlmSchV -		
10.1	Nichtausrüstung, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Ausrüstung einer Übergabestelle oder Anlage entgegen § 3 Abs. 6 Satz 3, § 4 Abs. 2 Satz 1, § 4 Abs. 3 Satz 1, § 4 Abs. 7 Satz 1, § 4 Abs. 8 oder § 16 Abs. 1 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 20.000	
10.2	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiges Betreiben einer Abfallverbrennungs- oder Abfallmitverbrennungsanlage entgegen § 4 Abs. 1 Satz 1, § 5 Abs. 1, § 5 Abs. 4, § 6 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 8 oder Abs. 9 Satz 1, § 7 Abs. 1, Abs. 2 oder Abs. 3, § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Satz 1, § 13 Satz 1 oder Satz 2, oder § 28 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 20.000	
10.3	Nicht getrennte Erfassung von Abfällen entgegen § 12 Abs. 2 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
10.4	Beförderung oder Zwischenlagerung von Abfällen in nicht geschlossenen Behältnissen entgegen § 12 Abs. 4 Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
10.5	Keine Stromerzeugung aus Wärme entgegen § 13 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 7.500	
10.6	Nichteinrichtung oder nicht richtige Einrichtung eines Messplatzes entgegen § 14 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
10.7	Nichtsicherstellung entgegen § 15 Abs. 1 Satz 1, dass ein dort genanntes Messverfahren angewendet oder eine dort genannte Messeinrichtung verwendet wird (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
10.8	Nichtsicherstellung entgegen § 15 Abs. 2 Satz 1, dass eine Probenahme oder Analyse oder die Qualitätssicherung nach den dort genannten Normen durchgeführt wird (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
10.9	Nichtvorlage oder nicht rechtzeitige Vorlage des Nachweises entgegen § 15 Abs. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 9 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 1.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
10.10	Nichtkalibrierung oder nicht rechtzeitige Kalibrierung einer Messeinrichtung oder Nichtprüfung oder nicht rechtzeitige Prüfung einer Messeinrichtung auf Funktionsfähigkeit entgegen § 15 Abs. 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
10.11	Nichtvorlage, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage eines Berichts entgegen § 15 Abs. 6, § 17 Abs. 2 Satz 1, § 19 Abs. 1 Satz 1 oder § 22 Abs. 1 oder Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 2.500	
10.12	Nicht erfolgte, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Ermittlung, Registrierung, Auswertung oder Dokumentation von Massenkonzentration der Emissionen, des Volumengehalts an Sauerstoff, einer Temperatur oder einer sonstigen genannten Betriebsgröße entgegen § 16 Abs. 1 Satz 1, § 16 Abs. 5 oder § 20 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 12 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 2.500	
10.13	Nichtführung, nicht richtige oder nicht vollständige Führung, Nichtvorlage oder nicht rechtzeitige Vorlage oder Nichtaufbewahrung oder nicht mindestens fünfjährige Aufbewahrung eines Nachweises entgegen § 16 Abs. 3 Satz 2 oder Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 13 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 2.500	
10.14	Zuwerhandlung einer vollziehbaren Anordnung nach § 16 Abs. 7 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 14 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
10.15	Umrechnung eines Messwertes entgegen § 17 Abs. 1 Satz 2 für andere als die dort genannten Zeiten (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 15 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 5.000	
10.16	Nichtaufbewahrung oder nicht mindestens fünfjährige Aufbewahrung eines Berichts oder einer Aufzeichnung entgegen § 17 Abs. 2 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 16 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 2.500	
10.17	Nicht oder nicht rechtzeitiges Überprüfenlassen der Verbrennungsbedingungen entgegen § 18 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 17 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 3.000	
10.18	Nichtdurchführung, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig durchgeführte Messungen entgegen § 18 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 18 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	500 – 5.000	
10.19	Nichtmitteilung, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Mitteilung entgegen § 21 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 19 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 2.500	
10.20	Nichtveröffentlichung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Veröffentlichung entgegen § 23 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 1 Nr. 20 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 1.500	
10.21	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiges Betreiben einer Anlage entgegen § 10 Abs. 1 oder Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	500 – 20.000	
10.22	Nichtführung, nicht richtige oder nicht vollständige Führung eines Nachweises, Nichtvorlage, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage oder Nichtaufbewahrung oder nicht mindestens fünfjährige Aufbewahrung eines Nachweises entgegen § 17 Abs. 4 Satz 2 oder Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	500 – 2.500	
11.	Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen und Lagern von Ottokraftstoffen, Kraftstoffgemischen oder Rohbenzin - 20. BlmSchV -		

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
11.1	Genehmigungsbedürftige Anlagen		
11.1.1	Errichtung oder Betrieb entgegen den Vorschriften nach § 3 Abs. 1 Satz 1, § 4 Abs. 1, Abs. 3 Nr. 2, Abs. 4 oder Abs. 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)		
11.1.1.1	eines oberirdischen Lagertanks entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1	500 – 5.000	
11.1.1.2	einer Anlage entgegen § 4 Abs. 1 oder einer Abgas-einrichtung entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 2	2.500 – 25.000	
11.1.1.3	eines Tanklagers entgegen § 4 Abs. 4	1.500 – 15.000	
11.1.1.4	einer Anlage entgegen § 4 Abs. 5	2.500 – 25.000	
11.1.2	Zu widerhandlungen gegen die Pflichten nach § 3 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 1 zur Ausstattung oder zum Betrieb eines Schwimmdachtanks oder Festdachtanks (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	1.500 – 15.000	
11.1.3	Errichtung oder Betrieb eines Lagertanks entgegen § 3 Abs. 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 2.500	
11.2	Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen		
11.2.1	Errichtung oder Betrieb entgegen den Vorschriften nach § 3 Abs. 1 Satz 1, § 4 Abs. 1, Abs. 3 Nr. 1, Abs. 4 oder 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 2 Nr. 1a i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
11.2.1.1	eines oberirdischen Lagertanks entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1	250 – 1.500	
11.2.1.2	einer Anlage entgegen § 4 Abs. 1 oder einer Abgas-einrichtung entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 1	1.500 – 15.000	
11.2.1.3	eines Tanklagers entgegen § 4 Abs. 4	1.000 – 10.000	
11.2.1.4	einer Anlage entgegen § 4 Abs. 5	1.500 – 15.000	
11.2.2	Zu widerhandlungen gegen die Pflichten nach § 3 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 1 zur Ausstattung oder zum Betrieb eines Schwimmdachtanks oder Festdachtanks (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 2 Nr. 1b i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	1.000 – 10.000	
11.2.3	Errichtung oder Betrieb entgegen den Vorschriften nach § 3 Abs. 4, § 5 Abs. 1 Satz 1 oder § 6 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 2 Nr. 1c i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
11.2.3.1	eines Lagertanks entgegen § 3 Abs. 4	250 – 1.500	
11.2.3.2	eines beweglichen Behältnisses entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 oder einer Anlage entgegen § 6 Abs. 1 Satz 1	1.500 – 15.000	
11.2.4	Nicht, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Erstattung einer Anzeige entgegen § 8 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
11.2.4.1	Unterlassen der Anzeige	150 – 1.500	
11.2.4.2	Erstattung einer unrichtigen Anzeige	100 – 1.000	
11.2.4.3	Verspätete Anzeige	100 – 1.000	
11.2.5	Entgegen § 8 Abs. 2 nicht oder nicht rechtzeitiges Feststellenlassen der dort genannten Anforderungen oder nicht oder nicht rechtzeitiges Beseitigenlassen festgestellter Mängel (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
11.2.5.1	Keine oder nicht rechtzeitige Feststellung entgegen § 8 Abs. 2 Satz 1	150 – 1.500	
11.2.5.2	Keine oder nicht rechtzeitige Beseitigung festgestellter Mängel entgegen § 8 Abs. 2 Satz 3	500 – 2.500	
11.2.6	Entgegen § 8 Abs. 3 nicht oder nicht rechtzeitiges Feststellenlassen der dort genannten Anforderungen (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 1.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
11.2.7	Nicht oder nicht mindestens fünfjährige Aufbewahrung eines Berichts entgegen § 8 Abs. 5 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	150 – 1.500	
11.2.8	Keine oder nicht rechtzeitige Zuleitung einer Durchschrift oder keine oder nicht rechtzeitige Vorlage eines Berichts entgegen § 8 Abs. 5 Satz 3 oder Satz 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Abs. 2 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	100 – 1.000	
12.	Verordnung zur Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen bei der Betankung von Kraftfahrzeugen - 21. BlmSchV -		
12.1	Errichtung oder Betrieb einer Tankstelle entgegen § 3 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	500 – 10.000	
12.2	Betrieb einer Tankstelle entgegen § 3 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	150 – 2.500	
12.3	Nichtvorlage oder nicht rechtzeitige Vorlage einer Unterlage entgegen § 3 Abs. 2 Satz 2 oder § 5 Abs. 6 Satz 3, Abs. 8 oder Abs. 9 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	150 – 1.500	
12.4	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiges Betreiben eines Gasrückführungssystems entgegen § 3 Abs. 3 oder Abs. 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	500 – 10.000	
12.5	Nichteinrichtung oder nicht rechtzeitige Einrichtung einer Messöffnung entgegen § 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 1.500	
12.6	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Erstattung einer Anzeige entgegen § 5 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	100 – 1.500	
12.7	Nichtfeststellenlassen oder nicht rechtzeitiges Feststellenlassen der Einhaltung einer Anforderung entgegen § 5 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 2.500	
12.8	Nichtinstandsetzung oder nicht rechtzeitige Instandsetzung einer Tankstelle oder nicht Durchführenlassen oder nicht rechtzeitiges Durchführenlassen einer Wiederholungsprüfung entgegen § 5 Abs. 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 2.500	
12.9	Nichtaufbewahrung oder eine nicht mindestens über die vorgeschriebene Dauer anhaltende Aufbewahrung entgegen § 5 Abs. 5 Satz 2, Abs. 8 oder Abs. 9 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 9 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	150 – 1.500	
12.10	Nichtzuleitung oder nicht rechtzeitige Zuleitung einer Durchschrift entgegen § 5 Abs. 5 Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	150 – 1.500	
12.11	Nicht oder nicht rechtzeitiges Überprüfen oder nicht oder nicht rechtzeitiges Instandsetzenlassen eines Gasrückführsystems entgegen § 5 Abs. 6 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 11 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 2.500	
12.12	Nichtsicherstellung der unverzüglichen Behebung einer signalisierten Störung entgegen § 5 Abs. 7 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 12 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	250 – 2.500	
12.13	Nichterfassung, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Erfassung des jährlichen Durchsatzes entgegen § 5 Abs. 9 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 13 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	150 – 1.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
12.14	Nicht, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Anbringen eines Schildes, eines Aufklebers oder einer Mitteilung entgegen § 6 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 14 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 1.500	
13.	Verordnung zur Begrenzung von Emissionen aus der Titandioxid-Industrie - 25. BImSchV -		
13.1	Überschreitung von Emissionsgrenzwerten entgegen § 3 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3, § 4 Abs. 1 oder Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
13.1.1	bis zu 50 vom Hundert	150 – 500	je Tag der Überschreitung
13.1.2	bis zu 100 vom Hundert	250 – 1.000	
13.1.3	über 100 vom Hundert	500 – 2.500	
13.2	Überschreitung des Massenverhältnisses nach § 3 Abs. 2 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 400	
13.3	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Überwachung der Emissionen entgegen § 5 Abs. 1 oder Abs. 2	150 – 1.500	
14.	Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BImSchV -		
14.1	Errichtung oder Betrieb einer Anlage entgegen § 2 Satz 1, auch i. V. m. Satz 2, § 3 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1 oder § 3a Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 15.000	
14.2	Wesentliche Änderung einer Niederfrequenzanlage entgegen § 4 Abs. 1 - (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 1.500	
14.3	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Anzeige entgegen § 7 Abs. 2 Satz 1 oder entgegen § 10 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
14.3.1	Unterlassen der Anzeige	150 – 1.500	
14.3.2	Erstattung einer unrichtigen oder unvollständigen Anzeige	100 – 1.000	
14.3.3	Verspätete Anzeige	50 – 5.000	
15.	Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung - 27. BImSchV -		
15.1	Errichtung oder Betrieb einer Anlage entgegen § 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 14 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
15.1.1	Überschreitung der Grenzwerte für Emissionen von Kohlenmonoxid		
15.1.1.1	bis zu 50 vom Hundert	100 – 250	je Stundenmittelwert
15.1.1.2	bis zu 100 vom Hundert	150 – 350	
15.1.1.3	über 100 vom Hundert	250 – 750	
15.1.2	Überschreitung der Grenzwerte für Emissionen von Gesamtstaub und organischen Stoffen		
15.1.2.1	bis zu 50 vom Hundert	100 – 250	je Stundenmittelwert
15.1.2.2	bis zu 100 vom Hundert	150 – 350	
15.1.2.3	über 100 vom Hundert	250 – 750	
15.1.3	Überschreitung der Grenzwerte für Emissionen von Dioxinen und Furanen nach § 4 Nr. 3 (gebildet als Mittelwert über die jeweilige Probenahmezeit)		
15.1.3.1	bis zu 50 vom Hundert	150 – 400	je Mittelwert
15.1.3.2	bis zu 100 vom Hundert	250 – 750	
15.1.3.3	über 100 vom Hundert	500 – 750	
15.2	Nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise Ableitung von Abgasen entgegen § 5 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 14 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 2.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
15.3	Nicht, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Erstattung einer Anzeige entgegen § 6 (Ordnungswidrigkeit nach § 14 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
15.3.1	Unterlassen der Anzeige	150 – 1.500	
15.3.2	Erstattung einer unrichtigen Anzeige	200 – 1.000	
15.3.3	Verspätete Anzeige	50 – 500	
15.4	Betrieb einer Anlage entgegen § 7 Abs. 1 oder Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 14 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	1.500 – 15.000	
15.5	Nicht oder nicht rechtzeitige Kalibrierung, Prüfung oder Wiederholung einer Kalibrierung einer Messeinrichtung entgegen § 7 Abs. 3 Satz 1 oder Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 14 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
15.5.1	Nicht oder nicht rechtzeitige Kalibrierung bzw. Wiederholung der Kalibrierung	150 – 1.500	
15.5.2	Nicht oder nicht rechtzeitige Prüfung auf Funktionsfähigkeit	250 – 2.500	
15.6	Nicht, nicht richtige, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitige Prüfung oder Wiederholung der Prüfung der Einhaltung der genannten Anforderungen entgegen § 9 Satz 1 oder 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 14 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
16.	Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen - 30. BImSchV -		
16.1	Fehlerhafte Errichtung oder fehlerhafter Betrieb einer Anlage entgegen § 6 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)		
16.1.1	bei Überschreiten der Werte nach § 6 um bis zu 50%	100 – 200	je Bezugswert
16.1.2	bei Überschreiten der Werte nach § 6 um bis zu 100%	150 – 500	
16.1.3	bei Überschreiten der Werte nach § 6 um über 100%	250 – 1.500	
16.2	Nicht erfolgte oder nicht rechtzeitige Kalibrierung, Prüfung oder Wiederholung der Kalibrierung der Messeinrichtung entgegen § 8 Abs. 4 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	1.000 – 10.000	
16.3	Fehlender oder verspäteter Bericht entgegen § 8 Abs. 4 Satz 2, § 10 Abs. 3 Satz 1 oder § 12 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	200 – 5.000	
16.4.	Zuwerhandlung gegen die Auswertungspflichten des § 9 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 5.000	
16.5.	Zuwerhandlung gegen die Aufbewahrungspflicht des § 10 Abs. 3 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 2.500	
16.6.	Nicht oder nicht rechtzeitig erfolgte Messung entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1 oder 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	200 – 5.000	
16.7	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Mitteilung entgegen § 13 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 10.000	
16.8	Fehlende, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit entgegen § 15 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 18 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 2.500	
17.	Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen - 31. BImSchV -		
17.1	Genehmigungsbedürftige Anlagen		

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
17.1.1	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiger Betrieb entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder § 4 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 25.000	
17.1.2	Nicht, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Feststellenlassen der Einhaltung der genannten Anforderungen entgegen § 6 Satz 3 i. V. m. § 5 Abs. 6 Satz 1, Satz 3 oder Satz 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 5.000	
17.1.3	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage eines Reduzierungsplans entgegen § 6 Satz 3 i. V. m. § 5 Abs. 7 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 10.000	
17.1.4	Nicht, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Mitteilung entgegen § 6 Satz 3 i. V. m. § 5 Abs. 9 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 10.000	
17.1.5	Nicht oder nicht für die vorgeschriebene Dauer erfolgende Aufbewahrung einer Ausfertigung des Reduzierungsplans oder eines Berichts entgegen § 6 Satz 3 i. V. m. § 5 Abs. 7 Satz 3 oder Abs. 8 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 2.500	
17.1.6	Nicht, nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht rechtzeitiges Erstellen oder Erstellenlassen eines Berichts entgegen § 6 Satz 3 i. V. m. § 5 Abs. 8 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 10.000	
17.1.7	Nicht, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Treffen einer Maßnahme entgegen § 6 Satz 3 i. V. m. § 5 Abs. 9 S. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 25.000	
17.1.8	Nicht oder nicht richtiges Ableiten von Abgasen entgegen § 7 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	500 – 15.000	
17.1.9	Nicht oder nicht rechtzeitige Zuleitung einer Information entgegen § 8 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 9 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	250 – 5.000	
17.2	Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen		
17.2.1	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiger Betrieb entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder § 4 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 25.000	
17.2.2	Nicht, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Erstattung einer Anzeige entgegen § 5 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
17.2.3	Nicht, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Feststellenlassen der genannten Anforderungen entgegen § 5 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1, Satz 3 oder Satz 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 10.000	
17.2.4	Nicht oder nicht rechtzeitige Ausstattung einer Anlage entgegen § 5 Abs. 5 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
17.2.5	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage eines Reduzierungsplans entgegen § 5 Abs. 7 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	100 – 2.500	
17.2.6	Nicht, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Mitteilung entgegen § 5 Abs. 7 Satz 2 oder Abs. 9 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 10.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
17.2.7	Nicht oder nicht für die vorgeschriebene Dauer erfolgende Aufbewahrung einer Ausfertigung des Reduzierungsplans oder eines Berichts entgegen § 5 Abs. 7 Satz 4 oder Abs. 8 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
17.2.8	Nicht, nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht rechtzeitiges Erstellen oder Erstellenlassen eines Berichts entgegen § 5 Abs. 8 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 10.000	
17.2.9	Nicht, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Treffen einer Maßnahme entgegen § 5 Abs. 9 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 9 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 25.000	
17.2.10	Nicht oder nicht richtiges Ableiten von Abgasen entgegen § 7 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 15.000	
17.2.11	Nicht oder nicht rechtzeitige Zuleitung einer Information entgegen § 8 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 12 Abs. 2 Nr. 11 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 1.000	
18.	Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV -		
18.1	Inverkehrbringen oder Inbetriebnahme eines Geräts oder einer Maschine entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 39 Abs. 1 Nr. 7a des Produktsicherheitsgesetzes)	250 – 50.000	
18.2	Anbringung eines Zeichens oder einer Aufschrift entgegen § 3 Abs. 1 Satz 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Abs. 1 Nr. 1a i. V. m. § 39 Abs. 1 Nr. 7a Produktsicherheitsgesetzes)	250 – 50.000	
18.3	Nichtübermittlung oder nicht rechtzeitige Übermittlung einer Kopie entgegen § 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 39 Abs. 1 Nr. 7a des Produktsicherheitsgesetzes)	250 – 10.000	
18.4	Nichtaufbewahrung oder eine nicht mindestens zehnjährige Aufbewahrung entgegen § 5 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Abs. 1a i. V. m. § 39 Abs. 1 Nr. 7b des Produktsicherheitsgesetzes)	250 – 10.000	
18.5	Betreiben eines Geräts oder einer Maschine entgegen § 7 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 des BImSchG)	50 – 1.500	
18.6	Nichtunterrichtung, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Unterrichtung entgegen § 7 Abs. 2 Satz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 des BImSchG)	250 – 1.000	
19.	Verordnung über Verdunstungskühlanlagen, Kühltürme und Nassabscheider - 42. BImSchV -		
19.1	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiger Betrieb einer dort genannten Anlage entgegen § 3 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 10.000	
19.2	Betrieb einer Anlage mit Betriebsstoffen entgegen § 3 Abs. 3, die mit den in der Anlage vorhandenen Werkstoffen nicht verträglich sind (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 5.000	
19.3	Keine Sicherstellung entgegen § 3 Abs. 4 Satz 1, 1. Hs., dass eine Gefährdungsbeurteilung erstellt wird (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
19.4	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Erstellung einer Dokumentation entgegen § 3 Abs. 4 Satz 2, Abs. 6 Satz 2 oder Abs. 7 Satz 4, § 4 Abs. 1 Satz 6 oder Abs. 5 Satz 2, § 5 Abs. 2, § 6 Abs. 4, § 7 Abs. 4 Satz 2, § 8 Abs. 3, § 9 Abs. 3 oder § 11 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
19.5	Keine Sicherstellung entgegen § 3 Abs. 5 Satz 1, dass ein Prüfwert nicht überschritten wird (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
19.6	Keine Sicherstellung entgegen § 3 Abs. 6 Satz 1, dass die dort genannten Prüfschritte durchgeführt werden (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500 – 5.000	
19.7	Nicht, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Durchführen oder Durchführenlassen einer in dort genannten Untersuchung oder Überprüfung entgegen § 3 Abs. 7 Satz 1, Satz 2 oder Satz 3, § 4 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 oder Abs. 3, § 6 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 4, § 7 Abs. 1 oder Abs. 2, § 8 Abs. 1 oder § 9 Abs. 1 Nr. 1 oder Nr. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	250 – 2.500	
19.8	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Festlegung der Art der Bestimmung des Referenzwertes entgegen § 4 Abs. 1 Satz 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 1.500	
19.9	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Ergreifung einer dort genannten Maßnahme entgegen § 5 Abs. 1 Nr. 2, § 6 Abs. 2 Nr. 2 oder Abs. 3 Nr. 2, § 8 Abs. 2 Nr. 2 oder Nr. 3, § 9 Abs. 2 oder § 11 Satz 1 Nr. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 9 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 10.000	
19.10	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Information einer der Behörde entgegen in § 10 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 2.500	
19.11	Keine, nicht richtige oder nicht vollständige Führung eines Betriebstagebuchs entgegen § 12 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 11 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 2.500	
19.12	Keine oder nicht mindestens fünfjährige Aufbewahrung eines Betriebstagebuchs entgegen § 12 Abs. 3 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 12 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 2.500	
19.13	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Erstattung einer Anzeige entgegen § 13 Abs. 1 bis 3 oder Abs. 4 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 13 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 2.500	
19.14	Nicht, nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht rechtzeitiges Durchführenlassen einer Überprüfung entgegen § 14 Abs. 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 14 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 5.000	
19.15	Nicht, nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht rechtzeitiges Tätigen einer Mitteilung entgegen § 14 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 19 Nr. 15 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	150 – 500	
20.	Verordnung über mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen - 44. BImSchV -		
20.1	Genehmigungsbedürftige Anlage		
20.1.1	Keine, nicht richtige oder nicht vollständige Führung einer Aufzeichnung oder eines Nachweises entgegen § 7 Abs. 1, § 20 Abs. 2, § 22 Abs. 1 oder § 24 Abs. 3, Abs. 6 oder Abs. 7 Satz 1 (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	100 – 5.000	
20.1.2	Keine oder nicht mindestens fünfjährige Aufbewahrung einer Genehmigung oder eines Nachweises entgegen § 7 Abs. 2 Satz 2 (§ 35 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	100 – 5.000	
20.1.3	Keine oder nicht mindestens sechsjährige Aufbewahrung einer Unterlage, eines Nachweises oder eines Berichts entgegen § 7 Abs. 2 Satz 3, § 29 Abs. 4 Satz 4 oder Abs. 5 Satz 2 oder § 30 Abs. 2 Satz 2 (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)	100 – 5.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
20.1.4	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage einer Unterlage oder eines Berichts entgegen § 7 Abs. 3 Satz 1, § 28 Abs. 5, § 30 Abs. 2 Satz 1 oder § 31 Abs. 6 Satz 1 (§ 35 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 3.000	
20.1.5	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiger Betrieb einer in dort genannten Anlage oder einer Misch- oder Mehrstofffeuerung entgegen § 10 Abs. 1, § 11 Abs. 1, § 13 Abs. 1, § 15 Abs. 1, § 16 Abs. 1 oder § 18 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 10.000	
20.1.6	Zuwiderhandeln gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 15 Abs. 3 Satz 2 oder Abs. 4 Satz 2 (§ 35 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 4.000	
20.1.7	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage einer Prüfbescheinigung, eines Nachweises oder eines Berichts entgegen § 16 Abs. 5 Satz 3, § 28 Abs. 2 Satz 2 oder Abs. 5, § 29 Abs. 4 Satz 3 oder Abs. 5 Satz 2 oder § 31 Abs. 6 Satz 1 (§ 35 Abs. 1 Nr. 7 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	100 – 2.000	
20.1.8	Nicht richtige Ableitung von Abgasen entgegen § 19 Abs. 1 (§ 35 Abs. 1 Nr. 8 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 2.500	
20.1.9	Nicht, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Ergreifen einer dort genannten Maßnahme entgegen § 20 Abs. 3 Satz 1 (§ 35 Abs. 1 Nr. 9 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 4.000	
20.1.10	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Einschränkung des Betriebs einer Anlage oder Außerbetriebnahme einer Anlage entgegen § 20 Abs. 3 Satz 2 (§ 35 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 4.000	
20.1.11	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Unterrichtung entgegen § 20 Abs. 3 Satz 3 (§ 35 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 3.000	
20.1.12	Betrieb einer dort genannten Anlage entgegen § 20 Abs. 4 (§ 35 Abs. 1 Nr. 12 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 5.000	
20.1.13	Keine, nicht richtige oder nicht vollständige Führung oder keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage eines Nachweises entgegen § 23 Abs. 6 (§ 35 Abs. 1 Nr. 13 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	100 – 3.000	
20.1.14	Keine oder nicht rechtzeitige Errichtung eines Messplatzes entgegen § 27 Satz 1 (§ 35 Abs. 1 Nr. 14 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 3.000	
20.1.15	Keine Sicherstellung entgegen § 28 Abs. 1, dass eine Mess- oder Auswerteeinrichtung nach der Anlage 2 Nr. 1 oder 2 verwendet wird (§ 35 Abs. 1 Nr. 15 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 3.000	
20.1.16	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Kalibrierung oder Prüfung auf Funktionsfähigkeit einer Messeinrichtung entgegen § 28 Abs. 3 (§ 35 Abs. 1 Nr. 16 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 3.000	
20.1.17	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Ausrüstung einer Anlage entgegen § 29 Abs. 1 Satz 3 (§ 35 Abs. 1 Nr. 17 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG)	200 – 3.000	
20.2	Nicht genehmigungsbedürftige Anlage		
20.2.1	Keine, nicht richtige, nicht vollständige, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitige Erstattung einer Anzeige entgegen § 6 Abs. 1, Abs. 2 oder Abs. 5 Satz 1 (§ 35 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	100 – 2.000	
20.2.2	Nicht richtige Errichtung oder nicht richtiger Betrieb einer in § 12 Abs. 1 Satz 1 oder § 14 Abs. 1 Satz 1 genannten Anlage (§ 35 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG)	100 – 10.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
20.2.3	Begehen einer in Abs. 1 Nr. 1 bis 5, 8, 9, 11 bis 15 oder 17 bezeichneten Handlung in Bezug auf eine nicht genehmigungsbedürftige Anlage, die Teil eines Betriebsbereichs ist (§ 35 Abs. 2 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	100 – 10.000	
21.	Landes-Immissionsschutzgesetz - LImSchG -		
21.1	Begehen einer in § 15 Abs. 2a, § 16a, § 17, § 19 Abs. 4, § 20 Abs. 1a, § 23, § 23a, § 23b, § 23c, § 24, § 25 Abs. 1a, § 25a, § 31 Abs. 2a oder § 52 BImSchG bezeichneten Handlung für Betriebsbereiche nach § 3 Abs. 5a BImSchG, die nicht gewerblichen Zwecken dienen und die nicht im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 4a, 5, Abs. 2 Nr. 1b, 4, 5 BImSchG)	250 – 50.000	Die Bußgeldrahmen für § 62 Abs. 1 Nr. 4a, 5, Abs. 2 Nr. 1b, 4, 5 BImSchG sind anzuwenden (siehe lfd. Nrn. 1.2, 1.5, 2.2, 2.5, 2.8.1)
21.2	Begehen einer in §§ 1 bis 20 der 12. BImSchV bezeichneten Handlung für Betriebsbereiche nach § 3 Abs. 5a BImSchG, die nicht gewerblichen Zwecken dienen und die nicht im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 3 i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 2, 7 BImSchG i. V. m. § 21 der 12. BImSchV)	250 – 10.000	Die Bußgeldrahmen für § 62 Abs. 1 Nr. 2, 7 BImSchG i. V. m. § 21 der 12. BImSchV sind anzuwenden (siehe lfd. Nrn. 8.)
21.3	Ausüben von Betätigungen in der Nachtzeit entgegen § 4 Abs. 1, die zu einer Störung der Nachtruhe führen (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 1)	50 – 5.000	
21.4	Verursachen von vermeidbaren Geräuschen oder Luftverunreinigung bei der Benutzung oder dem Betrieb von Fahrzeugen entgegen § 5, durch die eine andere Person erheblich belästigt wird (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 2)	25 – 250	
21.5	Benutzen von Tongeräten in einer solchen Lautstärke entgegen § 6 Abs. 1, dass unbeteiligte Personen erheblich belästigt werden oder die natürliche Umwelt beeinträchtigt wird (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 3)	25 – 250	
21.6	Benutzen von pressluft- oder druckgasbetriebenen Lärmfanfaren außerhalb von Sportanlagen entgegen § 6 Abs. 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 4)	25 – 250	
21.7	Benutzen von Tongeräten entgegen § 6 Abs. 3 in einer Weise, dass andere hierdurch erheblich belästigt werden oder die natürliche Umwelt beeinträchtigt wird (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 5)	25 – 250	
21.8	Betreiben von Sirenen oder anderen akustischen Signal- oder Alarmgeräten entgegen § 7 Abs. 1 in einer solchen Lautstärke, dass sie außerhalb des Geländes, auf dem sie sich befinden, erheblich belästigend wirken (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 6)	25 – 250	
21.9	Betreiben der dort genannten akustischen Einrichtungen oder Geräte ohne Erlaubnis entgegen § 7 Abs. 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 7)	25 – 250	
21.10	Betrieb eines der dort genannten Gerätes oder einer dort genannten Maschine während einer Ruhezeit entgegen § 8 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 8)	50 – 1.500	
21.11	Halten von Tieren entgegen § 10, dass Dritte durch Immissionen, die durch sie hervorgerufen werden, erheblich belästigt werden (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 9)	50 – 500	
21.12	Zuwiderhandeln entgegen eine vollziehbaren Auflage nach § 4 Abs. 3 Satz 2 oder Abs. 4 Satz 4 oder § 6 Abs. 5 S. 2 oder einer vollziehbaren Anordnung nach § 14 (Ordnungswidrigkeit nach § 13 Nr. 10)	25 – 5.000	

V.

Sachbereich Abfallentsorgung

Vorbemerkung:

Im Interesse des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere zum Schutz der in § 15 Abs. 2 KrWG genannten Rechtsgüter, ist – neben den präventiven Maßnahmen der Verwaltung – der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 69 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und nach § 22 des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes (LKrWG) besondere Beachtung zu schenken.

Wesentliches Element der materiellen Gerechtigkeit ist dabei eine möglichst gleichmäßige Behandlung gleichgelagerter Sachverhalte. Die in dem Verwarnungs- und Bußgeldkatalog genannten Beträge und Rahmensätze für die Bemessung des Verwarnungsgeldes und der Geldbuße haben allerdings nur die Bedeutung einer Richtlinie. Die Verwaltungsbehörde muss in jedem Einzelfall prüfen, ob Besonderheiten des Sachverhalts eine Abweichung von diesen Beträgen und Rahmensätzen verlangen. So nennt der Tatbestandskatalog auch nur die Begehungsweise in üblicher Umgebung, ohne auf die Bedeutung einzugehen, die Verstößen an Orten zukommt, die z. B. in Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebieten liegen. Ferner berücksichtigen die Regel- und Rahmensätze nicht die jeweils unterschiedlichen wirtschaftlichen Vorteile, die die Täter daraus ziehen, dass sie die Abfälle nicht den dafür bestimmten Abfallentsorgungsanlagen zuführen; die Geldbuße muss grundsätzlich die dadurch eingesparten Aufwendungen (Entsorgungsgebühren bzw. -entgelte, Transportkosten) übersteigen (siehe hierzu Abschnitt A).

Das Kernstück des Verwarnungs- und Bußgeldkataloges bildet die Aufzählung der verschiedenen Tatbestände in Spalte 2. Die in sie aufgenommenen Zuwiderhandlungen sind nach Abfallarten gegliedert und dort weiter unterteilt in Gruppen, in denen Beispiele aufgeführt sind, die nach Art, Größe und Menge Anhaltspunkte geben für die Einreihung weiterer Einzelgegenstände des Abfalls.

In Spalte 1 sind Kennzeichen für die einzelnen Tatbestände enthalten, die sich aus der Gliederung ergeben.

Die Spalte 2 enthält in Kurzfassung den Tatbestand, zu dem jeweils das vorangestellte Tatbestandsmerkmal „außerhalb einer dafür bestimmten Abfallentsorgungsanlage“ gehört.

Spalte 3 ist für die Geldbuße und ein eventuelles Verwarnungsgeld vorgesehen.

Spalte 4 ist Bemerkungen vorbehalten, auf die die zuständigen Verwaltungsbehörden zu achten haben, insbesondere soweit die Handlung gleichzeitig eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit nach anderen Gesetzen ist.

Bei den mit einem Sternchen (*) gekennzeichneten Bußgeldsätzen kann auch eine Verwarnung in Betracht kommen.

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Höhe der Geldbuße	Bemerkungen
		in EUR	
	Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 Nr. 2 und 8 KrWG Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig außerhalb einer dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage		Umweltgefährdende Abfallentsorgung: § 326, 330, 330 a StGB; Unerlaubtes Betreiben von Abfallentsorgungsanlagen: § 327 Abs. 2 Nr. 1 und 3, Abs. 3 Nr. 2, § 330 StGB Bodenverunreinigungen: § 324a und § 330 StGB; Gewässerverunreinigung: a) Straftat § 324 StGB b) Ordnungswidrigkeit § 103 Abs. 1 Nr. 1 und 2 WHG; Straßenverkehrs- und straßenrechtliche Bestimmungen: a) Verkehrsgefährdende Straßenverschmutzung: § 49 Abs. 1 Nr. 27 StVO; b) Straßenverunreinigung und unerlaubte Sondernutzung: § 7 Abs. 3, § 8 Abs. 1, § 23 Abs. 1 Nr. 1 FStrG; § 40 Abs. 1, § 41, § 53 Abs. 1 Nr. 4 und 5 LStrG
1.	Gegenstände des Hausmülls (ohne Sperrmüll) behandelt, lagert oder ablagert z. B. durch Wegwerfen, Liegenlassen, Vergraben, Wegschütten, Verbrennen (vgl. Spalte Bemerkungen),		
1.1	soweit sie unbedeutender Art oder von geringer Menge sind, wie z. B. Zigarettkippen, Zigarettenschachteln, Kaugummis, Gebrauchsgegenstände (Becher, Teller etc.) Taschentücher, Inhalt von Aschenbechern, Kleidungsstücke, Verpackungen, Obst- oder Lebensmittelreste (Bananenschale etc.), flüssige Abfälle bis 2 l (Spülmittel, Farbreste etc.)	*50 bis 250	
1.2	Gegenstände nach Nr. 1.1 in einer Menge über 2 kg bzw. über 2 l	100 bis 800	
1.3	scharfkantige, ätzende oder schneidende Gegenstände, wie z. B. Glasflasche, Glasscherben, Nägel, Blech- und Eisenreste	100 bis 800	
2.	Gegenstände des Sperrmülls (mit Ausnahme von Fahrzeugen, Autoreifen, Bauschutt und pflanzlichen Abfällen) behandelt, lagert oder ablagert		
2.1	Einzelstücke kleineren Umfangs, wie z. B. Radio, Fernseher, Küchenmaschine, Koffer, Rasenmäher, Fahrrad, Kinderwagen, Kinderauto, Dreirad, Waschschüssel, Fensterladen, Stuhl, Schränkchen, Bilderrahmen, Kisten, Schlitten, Korb	100 bis 500	
2.2	mehrere Einzelstücke kleineren Umfangs bzw. Einzelstücke größeren Umfangs, wie z. B. Kühlschrank, Waschmaschine, Nähmaschine, Ofen, Heizkörper, Boiler, Schrank, Kommode, Bettgestell, Matratze, Badewanne, Tür, Leiterwagen bis 1 m ³ bzw. unter 2 Zentner	200 bis 800	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Höhe der Geldbuße		Bemerkungen
		in EUR		
2.3	Sperrmüll über 1 m ³ bzw. über 2 Zentner	500 bis	2.500	
3.	Altreifen behandelt, lagert oder ablagert			
3.1	Mengen bis 5 Stück	100 bis	500	
3.2	größere Mengen	500 bis	3.000	
4.	Autowracks und ähnliches			
4.1	lagert oder ablagert			
4.1.1	ein Moped oder Motorrad			
4.1.1.1	bei sofortiger Beseitigung des rechtswidrigen Zustandes vor Aufforderung durch die zuständige Behörde	100 bis	200	
4.1.1.2	sonst	200 bis	1.500	
4.1.2	ein Pkw			
4.1.2.1	bei sofortiger Beseitigung des rechtswidrigen Zustandes vor Aufforderung durch die zuständige Behörde	200 bis	400	
4.1.2.2	sonst	400 bis	3.000	
4.1.3	ein Lkw, Anhänger, Traktor, Wohnwagen, Omnibus			
4.1.3.1	bei sofortiger Beseitigung des rechtswidrigen Zustandes vor Aufforderung durch die zuständige Behörde	400 bis	3.000	
4.1.3.2	sonst	3.000 bis	5.000	
4.2	Fahrzeuge behandelt (z. B. ausbrennt)			
4.2.1	Einzelfall	1.500 bis	2.500	
4.2.2	sonst	2.500 bis	5.000	
5.	Erdaushub oder Bauschutt behandelt, lagert oder ablagert			
5.1	Menge bis 1 m ³	50 bis	500	
5.2	Menge bis 5 m ³	250 bis	1.000	
5.3	Menge über 5 m ³	500 bis	10.000	
6.	Schlammige Stoffe behandelt, lagert oder ablagert (z. B. Fäkalien, Klärschlamm und Abfälle aus Massentierhaltungen)			
6.1	Verunreinigung durch Kleinmengen an Fäkalien (z. B. Hundekot) an Orten, an denen besondere Beeinträchtigungen auftreten, insbesondere Gehwege und Kinderspielplätze	*50 bis	250	
6.2	Menge bis 1 m ³	100 bis	500	
6.3	Menge bis 5 m ³	500 bis	1.000	
6.4	Menge über 5 m ³	1.000 bis	10.000	
7.	Schlachtabfälle und Tierkadaver behandelt, lagert oder ablagert			soweit nicht das Tierkörperbeseitigungsgesetz Anwendung findet
7.1	Menge bis 20 kg	50 bis	500	
7.2	Menge über 20 kg	250 bis	3.000	
8.	Pflanzliche Abfälle behandelt, lagert oder ablagert			
8.1	Menge bis 1 Handwagen, Kofferraum	*50 bis	250	
8.2	Menge bis 1 Lastwagenfuhrer	250 bis	1.000	
8.3	Menge darüber	1.000 bis	1.500	
9.	Verstöße gegen die Landesverordnung über die Verbrennung pflanzlicher Abfälle außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen (BS 2129-2)			
9.1	Anzeigepflichtverletzung (§ 5 Nr. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2)	*50 bis	2.000	
9.2	Verstoß gegen Anordnungen (§ 5 Nr. 2 i. V. mit § 2 Abs. 2)	*50 bis	500	
9.3	Verstoß gegen Untersagung der Verbrennung (§ 5 Nr. 2 i. V. mit § 2 Abs. 2)	500 bis	2.000	
9.4	Nichteinhaltung der Mindestabstände (§ 5 Nr. 3 i. V. mit § 2 Abs. 3 Nr. 2)	*50 bis	1.000	
9.5	Verstoß gegen Zeitvorschriften (§ 5 Nr. 3 i. V. m. § 2 Abs. 3 Nr. 3)	*50 bis	1.000	

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Höhe der Geldbuße in EUR	Bemerkungen
9.6	Unterlassung der Zusammenfassung in Haufen oder Schwaden oder der Anlegung eines Bodenbearbeitungsstreifens (§ 5 Nr. 4 i. V. mit § 2 Abs. 4)	*50 bis 1.000	
9.7	Gefährlicher Funkenflug und Verkehrsbehinderung oder sonstige erhebliche Belästigung durch Rauchentwicklung (§ 5 Nr. 5 i. V. mit § 2 Abs. 5)	250 bis 2.000	
9.8	Vorzeitiges Verlassen der Feuerstelle oder Unterlassung der Einarbeitung der Verbrennungsreste in den Boden (§ 5 Nr. 6 i. V. mit § 2 Abs. 6)	250 bis 2.000	
9.9	Unzulässiges Verbrennen forstlicher Abfälle (§ 5 Nr. 7 i. V. mit § 3)	*50 bis 2.000	
9.10	Unzulässiges Verbrennen von Rebabfällen oder pflanzlichen Abfällen (§ 5 Nr. 8 i. V. mit § 4)	*50 bis 2.000	

VI.

Sachbereich Bodenschutz und Altlasten

Vorbemerkung:

Die Bußgeldandrohungen dienen dazu, den Schutz der Böden und die in § 2 Abs. 2 BBodSchG genannten Bodenfunktionen gegen Handlungen zu sichern, die nach allgemeinen gesellschaftlichen Auffassungen nicht als strafwürdig gelten oder Fälle mit geringem Unrechtgehalt sind. Sie knüpfen dabei an die materiellen Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (§ 26 BBodSchG), des Landesbodenschutzgesetzes (§ 15 LBodSchG) und an die jeweils dazu ergangenen Rechtsverordnungen an.

Führt der Verstoß gegen einen im Bußgeldkatalog aufgeführten Tatbestand zu nachteiligen Veränderungen der Eigenschaften der Böden und der Bodenfunktionen, so sind die §§ 324, 324a, 330, 330a StGB anzuwenden. Ebenso treten Zuwiderhandlungen gegen die im Bußgeldkatalog aufgeführten Tatbestände gegenüber Straftaten z. B. nach §§ 326 StGB Abs. 1, 329 Abs. 3 Nr. 3 StGB zurück.

Nr.	Ordnungswidrigkeit	Geldbuße EUR	Bemerkungen
	Bodenschutz und Altlasten		
	Verstöße gegen den Schutz der Böden, der Bodenfunktionen und gegen Maßnahmen zur Abwehr schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten		
	Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig		
1.	einer vollziehbaren Anordnung nach § 10 Abs. 1 Satz 1 BBodSchG zuwiderhandelt, soweit sie sich auf eine Pflicht zu Sanierungs- und/oder Beschränkungsmaßnahmen nach § 4 Abs. 3, 5 oder 6 BBodSchG bezieht (§ 26 Abs. 1 Nr. 2 BBodSchG)	5.000 – 50.000	
2.	einer vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt (§ 26 Abs. 1 Nr. 3 BBodSchG)		
2.1	zur Durchführung von Sanierungsuntersuchungen oder zur Vorlage eines Sanierungsplans nach § 13 Abs. 1 BBodSchG	1.000 – 10.000	
2.2	zur Durchführung von Eigenkontrollmaßnahmen oder zur Einrichtung oder zum Betrieb von Messstellen nach § 15 Abs. 2 Satz 1 oder 4 BBodSchG	1.000 – 10.000	
2.3	zur längerfristigen Aufbewahrung der Ergebnisse der Eigenkontrollmaßnahmen nach § 15 Abs. 2 Satz 3 BBodSchG	300 – 10.000	
3.	entgegen § 15 Abs. 3 Satz 1 BBodSchG eine Mitteilung der Ergebnisse der Eigenkontrollmaßnahmen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht (§ 26 Abs. 1 Nr. 4 BBodSchG)	300 – 10.000	
4.	einer vollziehbaren Anordnung nach § 3 Abs. 2 LBodSchG zuwiderhandelt (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 LBodSchG)	1.000 – 50.000	
5.	entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 LBodSchG eine Meldung nicht oder nicht unverzüglich erstattet (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 LBodSchG)	300 – 10.000	
6.	entgegen § 5 Abs. 1 Satz 2 LBodSchG erforderliche Auskünfte nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder erforderliche Unterlagen nicht vorlegt (§ 15 Abs. 1 Nr. 3 LBodSchG)	300 – 10.000	
7.	entgegen § 5 Abs. 2 LBodSchG den Zutritt zu Grundstücken, Geschäfts- und Betriebsräumen nicht gestattet sowie die Vornahme von Ermittlungen, die Einrichtung von Messstellen und die Durchführung von Beprobungen nicht duldet (§ 15 Abs. 1 Nr. 4 LBodSchG)	300 – 10.000	
8.	einer vollziehbaren Anordnung nach § 6 LBodSchG i. V. m. § 13 Abs. 1 oder § 15 Abs. 2 Satz 1, 3 oder 4 BBodSchG zuwiderhandelt (§ 15 Abs. 1 Nr. 5 LBodSchG)	1.000 – 10.000	
9.	entgegen § 6 LBodSchG i. V. m. § 15 Abs. 3 Satz 1 BBodSchG eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht (§ 15 Abs. 1 Nr. 6 LBodSchG)	1.000 – 10.000	

23301 Wohnen in Orts- und Stadtkernen

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen
vom 17. November 2020 (5151-0401#2020/0001-0401-4514)

Teil 1**Allgemeines und Fördergrundsätze****Abschnitt 1****Förderzweck und Förderziele, Allgemeines, Gegenstände der Förderung****1 Förderzweck und Förderziele, Allgemeines**

1.1 Das Land bietet zusammen mit der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) auf der Grundlage des Landeswohnraumförderungsgesetzes (LWoFG) vom 22. November 2013 (GVBl. S. 472, BS 233-3) und der landesrechtlichen Durchführungsbestimmungen sowie nach Maßgabe des jeweiligen Landeshaushalts und dieser Verwaltungsvorschrift eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Orts- und Stadtkernen an.

Förderzweck ist es, durch ein entsprechendes Angebot an bedarfs- und zeitgemäßem bezahlbaren Mietwohnraum die Attraktivität von innerörtlichen und innerstädtischen Gebieten für das Wohnen zu erhöhen und damit die soziale, kulturelle und freizeitbezogene Infrastruktur sowie die Versorgungsinfrastruktur in den Orts- und Stadtkernen erhalten und verbessern zu können.

1.2 Förderziele sind:

1.2.1 bedarfsgerechten, barrierefreien, bezahlbaren Mietwohnraum herzustellen,

1.2.2 gemeinschaftliches Wohnen zu fördern,

1.2.3 städtebauliche Missstände zu beseitigen, insbesondere Brachflächen zu reaktivieren und die baukulturelle Identität zu stärken.

1.3 Die Förderung wird auf der Grundlage dieser Verwaltungsvorschrift, die die Fördervoraussetzungen und -konditionen abschließend definiert, durch Förderzusagen nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel jeweils für einzelne Projekte gewährt. Förderempfängerin oder Förderempfänger können dabei sowohl inländische als auch ausländische Investoren (z. B. Unternehmen, Privatpersonen) sein. Die Förderung steht allen zu gleichen Konditionen offen, die ein nach dem Förderprogramm beschriebenes Vorhaben erstellen oder entsprechend erstellten Wohnraum im Rahmen des Ersterwerbs erwerben und bei der anschließenden Überlassung des Wohnraums die geforderten Belegungs- und Mietbindungen einhalten. Die Förderung stellt eine Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen (ABl. EU Nr. L 114 S. 8) geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2018/1923 vom 7. Dezember 2018 (ABl. EU Nr. L 313 S. 2) dar.

1.4 Die Förderentscheidung (Förderzusage) bestimmt insbesondere den Förderzweck, die Höhe und Einsatzart der Zuwendungen sowie Art und Dauer der von der Förderempfängerin oder dem Förderempfänger einzuhaltenden Belegungs- und Mietbindungen.

1.5 Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht, selbst wenn alle Fördervoraussetzungen vorliegen. Die für die Förderzusage zuständige Stelle (Förderstelle) entscheidet auch nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Gegenstände der Förderung

2.1 Gefördert werden solche Mietwohnungsbauvorhaben in innerörtlichen und innerstädtischen Lagen von rhein-

land-pfälzischen Gemeinden, die einem oder mehreren der in Nummer 1.2 genannten Förderziele entsprechen.

2.2 Förderfähige Bauvorhaben sind der Umbau, der Ausbau, die Erweiterung und die Umwandlung von bestehenden Gebäuden und Gebäudeflächen sowie damit einhergehende Modernisierungsmaßnahmen.

2.3 Weitere förderfähige Bauvorhaben sind der Neubau, wenn dieser im Zusammenhang mit einem der vorgenannten Bestandsvorhaben auf demselben Grundstück erfolgt oder eine Baulücke geschlossen wird, sowie der Ersatzneubau.

2.4 Förderfähig sind zudem die mit einem Bauvorhaben nach den Nummern 2.2 und 2.3 im Zusammenhang stehenden

2.4.1 Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung auf den im Eigentum der antragstellenden Person befindlichen Flächen der Wohnanlage (nicht öffentliche Flächen)

2.4.2 Kosten für vorbereitende Maßnahmen der Projektentwicklung, Abrissmaßnahmen sowie Mehraufwendungen für besondere grundstücksbezogene oder baukulturelle Anforderungen.

2.4.3 Die förderfähigen Kosten nach den Nummern 2.4.1 und 2.4.2 sind zusammen auf die Höhe der Kosten des damit verbundenen Bauvorhabens gedeckelt.

2.5 Ebenfalls förderfähig ist der erstmalige Erwerb neu geschaffenen Wohnraums innerhalb von 18 Monaten nach Bezugsfertigkeit (Ersterwerb), sofern der Wohnraum anschließend zur Mietnutzung an Haushalte nach der Nummer 5 überlassen wird.

Abschnitt 2**Begriffsbestimmungen und allgemeine Fördergrundsätze****3 Begriffsbestimmungen und allgemeine Fördergrundsätze**

3.1 Umbau ist die Veränderung von Wohnraum, um Schäden zu beseitigen, eine dauernde Nutzung wieder zu ermöglichen oder die Ausstattung an geänderte Bedürfnisse anzupassen.

3.2 Ausbau ist die Herrichtung von Dachgeschossen oder anderer Gebäudeteile zu Wohnraum, wenn der Gebäudeteil hierzu vorbereitet ist.

3.3 Erweiterung ist die Aufstockung oder der Anbau bei bestehenden Gebäuden.

3.4 Umwandlung ist die bauliche Umgestaltung von Räumen in Wohnraum, die bisher anderen als Wohnzwecken dienen.

3.5 Modernisierungsmaßnahmen sind bauliche Veränderungen, durch die in Bezug auf die Mietsache Endenergie nachhaltig eingespart wird (energetische Modernisierung), nicht erneuerbare Primärenergie nachhaltig eingespart oder das Klima nachhaltig geschützt wird, sofern nicht eine energetische Modernisierung vorliegt, der Wasserverbrauch nachhaltig reduziert wird, der Gebrauchswert der Wohnung nachhaltig erhöht wird oder die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessert werden.

3.6 Neubau ist die Neuschaffung von Wohnraum.

3.7 Ersatzneubau ist die Neuschaffung eines Wohngebäudes nach Abriss eines Wohngebäudes auf demselben Grundstück. Der Abriss soll in der Regel nicht länger als 18 Monate zurückliegen. Werden von einem früheren Gebäude nur der Keller oder geringe Bausubstanz verwendet, gilt das Vorhaben als Neubau.

3.8 Eine Wohnung gilt als fertiggestellt, wenn sie soweit hergestellt ist, dass den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern der Bezug zugemutet werden kann (Bezugsfertigkeit).

- 3.9 Die Empfängerin oder der Empfänger der Fördermittel wird in dieser Verwaltungsvorschrift, gleichgültig ob es sich um eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen handelt, als „Förderempfängerin oder Förderempfänger“ bezeichnet.
- 3.10 Die Förderempfängerin oder der Förderempfänger ist für die Einhaltung der Förderzusage verantwortlich. Bei Übertragung ihrer oder seiner Verfügungsbefugnis auf einen Dritten gehen diese Rechte und Pflichten auf den Rechtsnachfolger über; die Förderempfängerin oder der Förderempfänger hat dies der ISB vorab anzuzeigen.
- 3.11 Als schwerbehinderte Menschen nach dieser Verwaltungsvorschrift gelten Personen, bei denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 (GdB 50) nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch vorliegt, oder pflegebedürftige Personen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch, wenn sie wegen ihrer Behinderung oder Pflegebedürftigkeit besondere Anforderungen an ihre bauliche Umgebung (z. B. Rollstuhlbenutzung) stellen müssen.
- 3.12 Die Norm DIN 18040 Teil 2 unter Beachtung des Merkmals „R“ (Anforderungen an Wohnungen für eine barrierefreie und uneingeschränkte Rollstuhlbenutzung) ist entsprechend den bauordnungsrechtlichen Bestimmungen bei der Planung von zu fördernden Wohnungen mit der Zweckbestimmung für Personen nach Nummer 3.11 zugrunde zu legen.
- 3.13 Gefördert werden abgeschlossene Wohnungen, die die Führung eines selbstständigen Haushalts erlauben.
- Abschnitt 3
Fördergrundsätze für Bauvorhaben**
- 4 Berechnung der Wohnflächen, Gesamtkosten und Baukosten**
- 4.1 Bei der Bestimmung der Wohnfläche einer Wohnung wird die Summe der Wohnflächen der zugehörigen Räume kaufmännisch auf ganze Quadratmeter gerundet.
- 4.2 Gesamtkosten sind die Kosten gemäß § 5 II. BV zuzüglich gegebenenfalls anfallender Abrisskosten.
- 4.3 Der Wert der Sach- und Arbeitsleistungen des Bauherrn (§ 9 II. BV) ist bei der Ermittlung der Baukosten gemäß § 5 Abs. 3 und 4 II. BV mit dem Aufwand für Unternehmerleistungen anzusetzen.
- Teil 2
Förderbedingungen**
- Abschnitt 1
Begünstigte Personen, Bindungsdauer,
Miet- und Wohnflächenobergrenzen**
- 5 Begünstigter Personenkreis**
- 5.1 Gefördert werden der Bau und der Ersterwerb von Mietwohnungen für Haushalte, deren Einkommen die Einkommensgrenze nach § 13 Abs. 2 LWoFG
- 5.1.1 nicht übersteigt (Haushalte mit geringem Einkommen),
- 5.1.2 um nicht mehr als 60 v. H. übersteigt (Haushalte mit Einkommen über der Einkommensgrenze).
- 6 Dauer der Belegungs- und Mietbindung**
- 6.1 Die Dauer der Belegungs- und Mietbindung (Bindungszeitraum) beträgt 10 Jahre.
- 6.2 Der Bindungszeitraum beginnt mit der Bezugsfertigkeit des Wohnraums.
- 7 Höchstzulässige Mieten – Mietobergrenze**
- 7.1 Die zulässige Miete ohne einen Betrag für Betriebskosten und sonstige Leistungen je Quadratmeter Wohnfläche (Nettokaltmiete) beträgt monatlich
- 7.1.1 5,40 EUR für geförderte Wohnungen mit der Zweckbestimmung für Haushalte mit geringem Einkommen (vgl. Nummer 5.1.1),
- 7.1.2 5,75 EUR für geförderte Wohnungen mit der Zweckbestimmung für Haushalte mit Einkommen über der Einkommensgrenze (vgl. Nummer 5.1.2)
- 7.2 Grundlage für die Berechnung der zulässigen Nettokaltmiete ist die tatsächliche, höchstens jedoch die in Nummer 8.1 und 8.2 genannte Wohnfläche, die der Förderzusage zugrunde liegt. In Fällen der Nummer 8.3 ist Grundlage für die Berechnung der Nettokaltmiete die von der ISB in der Förderzusage zugelassene Wohnfläche, höchstens jedoch die tatsächliche Wohnfläche.
- 7.3 In den Mietverträgen ist die Wohnfläche nach der Nummer 7.2 anzugeben.
- 7.4 Die Nettokaltmiete darf um 1,75 v. H. für jedes Jahr seit Beginn der Mietbindung – umgerechnet auf einen zurückliegenden Jahreszeitraum – erhöht werden.
- 7.5 Neben der Nettokaltmiete, den Betriebskosten und einer Sicherheitsleistung (Kautions) können mietvertragliche Nebenleistungen (z. B. für Einbauküche, Möblierung für Gemeinschaftsräume) auf vorherigen Antrag in der Förderzusage durch die ISB zugelassen werden; die Kosten müssen unter Berücksichtigung des Förderzwecks angemessen sein.
- 8 Wohnflächenobergrenzen**
- 8.1 Gefördert werden Wohnungen mit folgenden Flächenobergrenzen:
Ein-Raum-Wohnungen	bis zu 50 m ² ,
Zwei-Raum-Wohnungen	bis zu 60 m ² ,
Drei-Raum-Wohnungen	bis zu 80 m ² ,
Vier-Raum-Wohnungen	bis zu 90 m ² .
- Die Obergrenzen erhöhen sich für jeden weiteren Raum um 15 m². Küchen zählen nicht als Raum.
- 8.2 Die ISB kann Überschreitungen von den Obergrenzen nach Nummer 8.1 zulassen
- 8.2.1 um bis zu 5 m², wenn dies aus planerischen Gründen (z. B. wegen der Notwendigkeit der Schaffung von Kellerersatzräumen in der Wohnung, barrierefreier Ausstattung der Wohnung, Schließung von Baulücken oder vergleichbarer baulicher Besonderheiten) zweckmäßig ist oder
- 8.2.2 um bis zu 20 v. H. bei Wohnungen für wirtschaftlich leistungsfähigere Haushalte nach Nummer 5.1.2.
- 8.3 Wohnungen für Rollstuhlbenutzer, die für Schwerbehinderte im Sinne von Nummer 3.11 zweckbestimmt werden (vgl. Nummer 3.12), dürfen die vorstehend genannten Flächenobergrenzen nach Nummer 8.1 um bis zu 15 m² überschreiten.
- 8.4 Gefördert wird auch bei zugelassener Überschreitung bis zu den Obergrenzen nach Nummern 8.1 und 8.3.
- Abschnitt 2
Art und Höhe der Förderung, Bürgschaft**
- 9 Art und Höhe der Förderung**
- 9.1 Die Förderung erfolgt in der Regel in Ergänzung zur Finanzierung des Vorranggläubigers mit einem nachrangig durch Grundpfandrecht gesicherten Darlehen der ISB (ISB-Darlehen WOS). Für das Darlehen wird zusätzlich ein einmaliger Tilgungszuschuss des Landes Rheinland-Pfalz gewährt.
- 9.2 Die Höhe des Darlehens beträgt grundsätzlich 1.050 EUR je Quadratmeter förderungsfähiger Wohnfläche.
- 9.3 Für Wohnungen mit einer förderungsfähigen Wohnfläche bis 60 Quadratmetern beträgt das Darlehen 1.150 EUR je Quadratmeter.

- 9.4 Bei der Ermittlung der Darlehensbeträge sind die tatsächlichen, höchstens jedoch die nach den Nummern 8.1 und 8.3 genannten Flächenobergrenzen zugrunde zu legen.
- 9.5 Die Tilgungszuschüsse werden wie folgt gewährt:
- 9.5.1 Bei Wohnungen für Haushalte nach Nummer 5.1.1 beträgt der Tilgungszuschuss 25 v. H. des jeweiligen Darlehensbetrages nach den Nummern 9.2 und 9.3.
- 9.5.2 Bei Wohnungen für leistungsfähigere Haushalte gemäß Nummer 5.1.2 beträgt der Tilgungszuschuss 15 v. H. des jeweiligen Darlehensbetrages nach den Nummern 9.2 und 9.3.
- 9.5.3 Für die Errichtung von Wohnungen, die den Vorgaben der Norm DIN 18040 Teil 2 gemäß den bauordnungsrechtlichen Bestimmungen entsprechen, soweit die Barrierefreiheit nicht bereits nach der geltenden Landesbauordnung Rheinland-Pfalz verpflichtend ist, werden die Tilgungszuschüsse nach Nummer 9.5.1 auf 35 v. H. und nach Nummer 9.5.2 auf 25 v. H. erhöht.
- 9.5.4 Die erhöhten Tilgungszuschüsse gemäß Nummer 9.5.3 werden auch für Vorhaben mit baulichen Maßnahmen gewährt, die dem barrierefreien Wohnen dienen und dabei nicht den Bestimmungen der Landesbauordnung unterliegen. Bei der Planung und der Durchführung der Maßnahmen sollen die Anforderungen der DIN 18040 Teil 2 berücksichtigt werden.
- 9.6 Die Tilgungszuschüsse werden bei Leistungsbeginn (im Zeitpunkt des Beginns der Rückzahlung) vom gewährten Darlehen abgesetzt. Die festgelegten Zins- und Tilgungsleistungen werden vom entsprechend reduzierten Darlehen erhoben.
- 9.7 Die gewährten Tilgungszuschüsse sind im Falle
- 9.7.1 einer Rückforderung wegen Verstoßes gegen Bestimmungen der Förderzusage betreffend die Miet- und Belegungsbindungen vollständig im Zeitpunkt der Fälligkeit der Darlehensrückforderung,
- 9.7.2 einer sonstigen vorzeitigen Rückforderung der Fördermittel zeitanteilig im Zeitpunkt der Fälligkeit der Darlehensrückforderung für den Zeitraum zwischen Fälligkeit des Rückforderungsanspruchs und dem planmäßig vorgesehenen Bindungsende zu erstatten.
- 10 Bürgschaft des Landes**
- Das ISB-Darlehen WOS wird durch das Land bis zu 80 v. H. verbürgt. Die Bürgschaft des Landes gegenüber der ISB wird in einer gesonderten Vereinbarung festgelegt.

Teil 3

Finanzierungsgrundsätze

Abschnitt 1

Allgemeine Finanzierungsgrundsätze, Eigenleistung

- 11 Allgemeine Finanzierungsgrundsätze**
- 11.1 Gefördert wird nur, wenn die Finanzierung gesichert ist.
- 11.1.1 Die Finanzierung gilt als nicht gesichert, wenn die Einnahmen aus der zugelassenen Miete nicht ausreichen, die Aufwendungen für die vorrangigen Fremdmittel und die Fördermittel und einen Ansatz für Instandhaltung zu decken.
- 11.1.2 Ist kein höherer Ansatz für Instandhaltung vorgegeben, sind die Beträge nach § 28 Abs. 2 II. BV anzusetzen.
- 11.2 Fördermittel dürfen neben anderen Mitteln aus öffentlichen Haushalten eingesetzt werden. Neben der Förderung nach diesem Programm dürfen andere Förderangebote des Landes für denselben Zweck nicht in Anspruch genommen werden.

12 Eigenleistung

- 12.1 Die Eigenleistung beträgt für Mietwohnungsbaumaßnahmen 15 v. H. der Gesamtkosten.
- 12.2 Darlehen werden als Eigenleistungersatz anerkannt, wenn sie im Range nach den Fördermitteln besichert werden.

Abschnitt 2

Konditionen der Fördermittel, Sicherung der Mittel und Bindungen

13 Konditionen der Fördermittel

- 13.1 Das ISB-Darlehen WOS ist aufgrund einer Verbilligung durch das Land Rheinland-Pfalz bis zum Ablauf des fünften Jahres mit 0,0 v. H. und anschließend für die Dauer der Belegungs- und Mietbindungen mit einem Zinssatz in Höhe von 0,5 v. H. p. a. zu verzinsen.
- 13.2 Die Zinsbindung entspricht dem Bindungszeitraum der Belegungs- und Mietbindungen (Nummer 6). Nach Ablauf der Bindungen wird das Darlehen in marktüblicher Höhe verzinst.
- 13.3 Die Tilgung beträgt mindestens 1 v. H. jährlich (zuzüglich ersparter Zinsen).
- 13.4 Wird die Zustimmung zur Übertragung von Fördermitteln auf eine Erwerberin oder einen Erwerber nicht erteilt, wird die Förderung beendet.

14 Sicherung der Mittel und Bindungen

- 14.1 Die Fördermittel und der Anspruch auf Rückzahlung von Zuschüssen sind am Baugrundstück und in der Regel an allen Parzellen, die mit diesem eine wirtschaftliche Einheit bilden, nachrangig durch eine sofort vollstreckbare Buchgrundschuld zu sichern.
- 14.2 Soweit es sich bei vor- oder gleichrangigen Grundpfandrechten um Grundschulden handelt, hat die ISB das Aufrücken der für die Fördermittel eingetragenen Grundschuld entsprechend der Tilgung des vor- oder gleichrangig gesicherten Darlehens sicherzustellen.
- 14.3 ISB-Darlehen WOS und mögliche Rückforderungsansprüche unter 16.000 EUR müssen nicht durch die Eintragung einer Grundschuld besichert werden, wenn sich die Schuldnerin oder der Schuldner hinsichtlich dieser Ansprüche der sofortigen Zwangsvollstreckung gemäß § 794 Abs. 1 Nr. 5 der Zivilprozessordnung in ihr oder sein gesamtes Vermögen unterwirft oder andere Sicherheiten anbietet.
- 14.4 Von der dinglichen Sicherung der Fördermittel kann abgesehen werden, wenn eine inländische Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts oder ein Kreditinstitut die selbstschuldnerische Bürgschaft übernimmt.
- 14.5 Die ISB kann banküblich von den für die Sicherung vorgesehenen Bestimmungen abweichen oder auch zusätzliche Anforderungen stellen.
- 14.6 Werden Fördermittel vorzeitig vollständig zurückgezahlt, bleibt die Bindungsdauer unberührt, jedoch nicht über die Frist nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 LWoFG hinaus.

Teil 4

Verfahrensvorschriften

Abschnitt 1

Förderausschlüsse, Antragsverfahren, Schlussabrechnung und Hinweisschild

15 Förderausschlüsse

- 15.1 Wohnraum wird nicht gefördert, wenn
- 15.1.1 kein örtlicher Bedarf an entsprechendem Mietwohnraum besteht,

- 15.1.2 die betreffende Immobilie nach Abschluss des Vorhabens weniger als drei abgeschlossene Wohnungen umfasst,
- 15.1.3 die für das Wohnen nutzbare Fläche nach Fertigstellung weniger als 60 v. H. der gesamten Gebäudefläche beträgt,
- 15.1.4 die Wohnfläche weniger als 30 m² beträgt,
- 15.1.5 mit dem Bau nicht alsbald nach der Zusage der Mittel begonnen werden kann,
- 15.1.6 mit dem Bau begonnen wurde, bevor die Förderzusage erteilt ist,
- 15.1.7 der Abschluss des Kaufvertrages beim Ersterwerb länger als drei Monate zurückliegt,
- 15.1.8 der Wohnraum bereits von Nichtberechtigten belegt oder an Nichtberechtigte vermietet ist,
- 15.1.9 dieser nicht für eine dauernde und angemessene Wohnraumversorgung bestimmt und geeignet ist, wie zum Beispiel bei Zweitwohnungen oder Wochenendhäusern.
- 15.2 Die ISB kann in Fällen der Nummer 15.1.6 und 15.1.7 in den vorzeitigen Baubeginn bzw. vorzeitigen Vertragsabschluss einwilligen, wenn aus den vorgelegten Antragsunterlagen erkennbar ist, dass die Fördervoraussetzungen voraussichtlich eingehalten werden können, die beantragten Fördermittel zur Verfügung stehen und die Maßnahme objektiv dringlich ist. Die Einwilligung muss den Hinweis enthalten, dass aus dieser Einwilligung kein Rechtsanspruch auf die Förderung erwächst.
- 15.3 Aus der bauaufsichtlichen Zulässigkeit des Bauvorhabens kann nicht auf die Förderungswürdigkeit geschlossen werden.
- 16 Antragsverfahren**
- 16.1 Der Antrag auf Förderung ist von der Bauherrin oder dem Bauherrn oder von der Ersterwerberin oder dem Ersterwerber (Antragstellerin oder Antragsteller) unter Verwendung des entsprechenden Formblatts bei der ISB einzureichen. Das Formblatt ist auf der Internetseite der ISB (www.isb.rlp.de) abrufbar.
- 16.2 Zusammen mit dem Antrag sind von der Antragstellerin oder dem Antragsteller Bestätigungen der örtlich zuständigen Verwaltungen mittels Formblatt einzureichen, dass
- 16.2.1 ein örtlicher Bedarf (vgl. Nummer 15.1.1) für die zur Förderung beantragten Mietwohnungen besteht und
- 16.2.2 Baurecht am betreffenden Grundstück besteht oder innerhalb von sechs Monaten nach Gewährung der Förderungsmittel bestehen wird.
- 16.3 Zusammen mit dem Antrag ist eine individuelle Beratung zu barrierefreiem Planen und Bauen mit entsprechender Empfehlung für das Fördervorhaben nachzuweisen. Die Beratung kann von einer bauvorlageberechtigten Person, die nicht gleichzeitig die den Bau in Auftrag gebende Person ist, oder kostenfrei durch die Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen erbracht werden.
- 16.4 Dem Antrag zur Förderung ist, sofern Wohnungen nach Nummer 9.5.3 und 9.5.4 enthalten sind, eine von einer bauvorlageberechtigten Person, die nicht gleichzeitig die den Bau in Auftrag gebende Person ist, unterzeichnete Bestätigung beizufügen, dass diese Wohnungen den jeweiligen Anforderungen der DIN 18040 Teil 2 gemäß den bauordnungsrechtlichen Bestimmungen entsprechen bzw. die Anforderungen berücksichtigt wurden.
- 16.5 Die ISB prüft bankmäßig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers.
- 16.6 Die ISB erteilt nach Prüfung der Fördervoraussetzungen und der Kreditwürdigkeit der Antragstellerin oder dem Antragsteller eine Förderzusage und schließt den Vertrag über das ISB-Darlehen WOS.
- 16.7 In der Förderzusage wird der Tilgungszuschuss der Höhe nach vorläufig festgesetzt. Für die abschließende Ermittlung des Tilgungszuschusses ist die Höhe des Förderdarlehens zum Zeitpunkt der Vollauszahlung maßgeblich.
- 17 Schlussabrechnung, Verwendungsnachweiskontrolle**
- 17.1 Die Förderempfängerin oder der Förderempfänger hat für jedes geförderte Bauvorhaben eine Kostenaufstellung (Schlussabrechnung) nach Vordruck zu erstellen.
- 17.2 Die Schlussabrechnung muss alle Ausgaben für das Bauvorhaben in übersichtlicher Form nachweisen. Für diese Ausgaben müssen ordnungsgemäße Rechnungs- und Zahlungsbelege vorhanden sein. Kleinere Restarbeiten dürfen mit den veranschlagten Kosten in die Schlussabrechnung aufgenommen werden.
- 17.3 Die Schlussabrechnung ist innerhalb eines Jahres vom Tage der Bezugsfertigkeit des Bauvorhabens bei der für die Überwachung der Bindung zuständigen Stelle einzureichen. Diese bescheinigt auf dem Vordruck, dass gebundener Wohnraum im Sinne der Förderzusage entstanden ist. Sie übersendet die Schlussabrechnung der ISB.
- 17.4 Die Förderempfängerin oder der Förderempfänger hat die Rechnungs- und Zahlungsbelege sowie alle sonstigen das Bauvorhaben betreffenden Unterlagen jederzeit zur Einsichtnahme und zur Überprüfung durch das Ministerium der Finanzen, den Landesrechnungshof und die ISB bereitzuhalten und deren Beauftragten die Besichtigung zu gestatten. Darlehensnehmerinnen und Darlehensnehmer, Antragstellerinnen und Antragsteller, Erwerberinnen und Erwerber, Betreuerinnen und Betreuer sowie ihre Beauftragten haben die für die Überprüfung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- 17.5 Die Fördermittel können gekürzt werden, wenn die Schlussabrechnung ergibt, dass niedrigere Gesamtkosten entstanden sind, als sie dem Finanzierungsplan zugrunde gelegt wurden.
- 18 Hinweisschild**
- Bei Bauvorhaben, die mit ISB-Darlehen WOS in Höhe von mehr als 500.000 EUR gefördert werden, ist durch ein gut sichtbar angebrachtes Hinweisschild an der Baustelle auf die Förderung durch den Bund und das Land Rheinland-Pfalz hinzuweisen.
- Teil 5
Gemeinsame Vorschriften**
- 19 Mitteilungspflichten und Datenschutz**
- 19.1 Sind die Förderzusagen zur Gewährung von ISB-Darlehen WOS und Tilgungszuschüssen zustande gekommen, hat die ISB die für die Sicherung der Zweckbestimmung zuständige Stelle mittels Vordruck über die Förderung zu benachrichtigen. Dabei sind die Person der Förderempfängerin oder des Förderempfängers, die Lage und die Art des Grundstücks (einschließlich Grundbuchangaben) und die Zahl der darin enthaltenen Wohnungen mit der Angabe für welchen Zeitraum und für welche Haushalte (vgl. Nummer 6) sie gebunden

sind, anzugeben.

- 19.2 Die Aufhebung der Förderzusage, die Änderung der Förderzusage hinsichtlich der Angaben nach Nummer 19.1 sowie der Wegfall der Bindungen sind ebenfalls der für die Sicherung der Zweckbestimmung zuständigen Stelle mitzuteilen.
- 19.3 Die ISB berichtet dem Ministerium der Finanzen monatlich über das Förderergebnis, gegliedert nach Fördergegenstand und bezogen auf das Förderobjekt regionalisiert nach Landkreisen, großen kreisangehörigen Städten und kreisfreien Städten.
- 19.4 Die ISB berichtet dem Ministerium der Finanzen quartalsweise über ausfallgefährdete Forderungen, Inanspruchnahmen aufgrund der Bürgschaft des Landes und Regresszahlungen.
- 19.5 Die ISB ist berechtigt, die mit der Förderung entstehenden und zur Überwachung der Bindungen notwendigen Daten auf Datenträger zu speichern.

20 Pflichten

- 20.1 Wird der ISB eine Zweckänderung der geförderten Wohnung (z. B. gewerbliche Nutzung) bekannt, kann sie das ISB-Darlehen WOS kündigen.
- 20.2 Wird das Eigentum an der geförderten Wohnung übertragen (auch durch Zwangsversteigerung), wird das ISB-Darlehen WOS gekündigt, es sei denn, auf Antrag der Erwerberin oder des Erwerbers kann die Förderung mit ihr oder ihm fortgeführt werden, wenn sie oder er das ISB-Darlehen WOS übernimmt und die Fördervoraussetzungen erfüllen kann.

21 Vollzungsaufgaben der ISB

- 21.1 Die ISB soll die Auszahlung der Fördermittel von Nachweisen über den erreichten Baufortschritt oder die Bezugsfertigkeit abhängig machen.
- 21.2 Zugleich mit der Bezugsfertigkeit ist zu bestätigen, dass das Bauvorhaben den Plänen entsprechend ausgeführt wurde, die der Förderzusage zugrunde lagen. Insbesondere ist die ordnungsgemäße Herstellung der nach Nummer 9.5.3 und 9.5.4 geförderten Wohnungen von einer bauvorlageberechtigten Person, die nicht gleichzeitig die den Bau in Auftrag gebende Person ist, zu bestätigen.
- 21.3 Die ISB kann zusätzliche Anforderungen stellen.

22 Zulassung von Abweichungen

Über Abweichungen von dieser Verwaltungsvorschrift entscheidet das Ministerium der Finanzen.

23 Inkrafttreten

- 23.1 Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.
- 23.2 Die Verwaltungsvorschrift Förderprogramm Wohnen in Orts- und Stadtkernen vom 16. Mai 2017 (MinBl. S. 197, 207), wird mit Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift mit der Maßgabe aufgehoben, dass
 - 23.2.1 Förderanträge, die vor dem Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift gestellt wurden, nach den bisherigen Bestimmungen beschieden werden können und
 - 23.2.2 die bisherigen Bestimmungen hinsichtlich des Vollzugs der unter ihrer Geltung begründeten Förderverhältnisse in Kraft bleiben.

7920 Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus den Mitteln der Jagdabgabe

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten vom 2. November 2020 (105-63 303/2018-6#7)

- 1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage
 - 1.1 Zwecks Förderung des Jagdwesens gewährt das Land auf der Grundlage des § 22 Satz 2 des Landesjagdgesetzes (LJG) vom 9. Juli 2010 (GVBl. S. 149) und der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 20. Dezember 1971 (GVBl. 1972, S. 2) einschließlich der Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der LHO vom 20. Dezember 2002 (MinBl. 2003, S. 22ff), in der jeweils gültigen Fassung, nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift Zuwendungen aus dem Aufkommen der Jagdabgabe.
 - 1.2 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- 2 Gegenstand der Förderung
 - Gefördert werden können Vorhaben mit folgenden Zweckbestimmungen:
 - 2.1 Maßnahmen der jagdlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung
 - 2.1.1 Veranstaltungen zur überörtlichen Aus-, Fort- oder Weiterbildung
 - 2.1.2 Investive Maßnahmen der überörtlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung
 - 2.1.3 Lehr- und Informationsmaterial
 - 2.2 Jagdgebrauchshundewesen
 - 2.2.1 Lehrgänge zur Vorbereitung auf Jagdgebrauchshundeprüfungen
 - 2.3 Schweißhundewesen
 - 2.3.1 Anerkennung von Schweißhundeführerinnen und Schweißhundeführern gemäß § 43 LJVO
 - 2.3.2 Haltung und Einsatz von Schweißhunden durch anerkannte Schweißhundeführerinnen und Schweißhundeführer
 - 2.4 Jagdliches Schießwesen
 - 2.4.1 Neu- und Ausbau, Instandhaltung und Sanierung von Schießstätten, die dem jagdlichen Schießwesen dienen; einschließlich der für die Verwendung bleifreier Jagdmunition erforderlichen Nachrüstung sowie Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Einträgen in die Umwelt
 - 2.5 Jagdliches Brauchtum
 - 2.5.1 Ehrenpreise bei Jagdhornbläserwettbewerben von besonderer Bedeutung
 - 2.5.2 Veranstaltungen von landesweiter Bedeutung
 - 2.6 Untersuchung, Erhaltung und Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen des Wildes insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung seltener Wildarten, die Gesunderhaltung des Wildes oder auf die Vermeidung von Wildschäden
 - 2.6.1 Lebensraumgutachten
 - 2.6.2 Gestaltung, Pflege und Entwicklung von Wildtierbiotopen und -korridoren
 - 2.6.3 Wildbiologische und wildökologische Forschung
 - 2.6.4 Erfassung von Wildbeständen und ihrer Entwicklung (Monitoring)
 - 2.6.5 Schutz von gefährdeten Wildarten
 - 2.6.6 Maßnahmen zur Akzeptanzbildung für Großkarnivoren als wichtige Bestandteile der biologischen Vielfalt

- 2.6.7 Entwicklung und Pflege von Verfahren zur Feststellung von Wildschäden
- 2.7 Weiterentwicklung von Jagdarten, Jagdwaffen, Jagdmunition, sonstige Jagdtechnik, Sicherheitstechnik, Hilfsmittel zur Jagdausübung
- 2.8 Maßnahmen zur Verbesserung der Kenntnisse des Jagdwesens und der Kenntnisse über das Wild und seine Lebensräume
- 2.8.1 Veranstaltungen, Seminare und Tagungen (sofern die Maßnahme nicht unter Nummer 2.1 fällt)
- 2.8.2 Ausstellungen
- 2.8.3 „Erlebnisschule Wald und Wild“
- 2.8.4 Medienarbeit
- 2.8.5 Beratung in Angelegenheiten der Lebensraumgestaltung oder der Wildschadensverhütung
- 2.9 Entwicklung von Konzepten und Strukturen zur gemeinschaftlichen Wildbret-Vermarktung
- 2.10 Verwaltungsaufwand der Landkreise und kreisfreien Städte
- 2.10.1 Verwaltungsaufwand für Kreisjagdmeisterinnen und Kreisjagdmeister
- 2.10.2 Verwaltungsaufwand für die Kontrolle der Abschussergebnisse (Kontrolle des körperlichen Nachweises bei Mindestabschussplänen)
- 2.10.3 Verwaltungsaufwand für die Kreisjagdbeiräte
- 2.11 Verwaltungsaufwand der nach § 13 Abs. 2 LJG gebildeten Hegegemeinschaften
- 2.12 Andere als die unter Nummer 2.1 bis 2.11 aufgeführten Maßnahmen und Projekte mit jagdpolitischer Bedeutung in überwiegendem Interesse der Jägerinnen und Jäger

3 Zuwendungsempfänger

- 3.1 Juristische Personen, zu deren Aufgaben die Befassung mit dem Jagdwesen gehört.
- 3.2 Natürliche Personen und nicht rechtsfähige Vereinigungen von natürlichen Personen, die Aufgaben entsprechend der Nummer 3.1 erfüllen.

4 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

- 4.1 Zuwendungsart: Projektförderung
- 4.2 Finanzierungsart
- 4.2.1 Teilfinanzierung

Die Zuwendung wird grundsätzlich als Teilfinanzierung des zu erfüllenden Zwecks bewilligt.

4.2.1.1 Festbetragsfinanzierung:

In allen geeigneten Fällen erfolgt die Teilfinanzierung mit einem festen Betrag an den zuwendungsfähigen Ausgaben.

Für folgende Maßnahmen erfolgt die Bewilligung in Form von Fallpauschalen in nachfolgend genannter Höhe:

Maßnahme	Fallpauschale
Veranstaltungen zur überörtlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung nach Nummer 2.1.1 für Lehrgänge mit mindestens 10 Teilnehmern/Teilnehmerinnen je eintägiger Lehrgang oder ersten Lehrgangstag bei mehrtägigen Veranstaltungen:	1.240 Euro

je weiterem Lehrgangstag bei mehrtägigen Veranstaltungen:	720 Euro
je sonstigem jagdspezifischen Fachvortrag:	400 Euro
Lehrgänge nach Nummer 2.2.1	
je teilnehmender/m Hundeführerin oder Hundeführer:	65 Euro
Anerkennung, Verwaltung und Förderung von Schweißhundeführerinnen und Schweißhundeführern nach Nummer 2.3.1	
je anerkannter Schweißhundeführerin bzw. anerkanntem Schweißhundeführer und Jahr:	200 Euro
Haltung und Einsatz von Schweißhunden nach Nummer 2.3.2	
je anerkannter Schweißhundeführerin bzw. Schweißhundeführer und Hund und Monat:	140 Euro
Ehrenpreise bei Jagdhornbläserwettbewerben mit landesweiter Bedeutung nach 2.5.1	
je Wertungsklasse:	300 Euro
für den Verwaltungsaufwand nach Nummer 2.10.1 und 2.10.2 erhält die Kreisverwaltung oder Verwaltung der kreisfreien Stadt eine pauschale Zuweisung maximal in Höhe	
<ul style="list-style-type: none"> • eines monatlichen Pauschalbetrages: • eines monatlichen Satzes je Jagdbezirk: 	102,26 Euro* 1,02 Euro*
Verwaltungsaufwand nach Nummer 2.11 je Hegegemeinschaft:	250 Euro
je der Hegegemeinschaft angeschlossenen Jagdbezirk:	8 Euro

*siehe Schreiben des MULEWF vom 9. Mai 2011 (Gz. 105-63 313/2010-55#13)

4.2.1.2 Anteilfinanzierung

Kommt eine Festbetragsfinanzierung nicht in Betracht, erfolgt die Bewilligung der Zuwendung als Vomhundertsatz oder Anteil der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Höhe der Zuwendung beträgt dabei bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

4.2.1.3 Fehlbedarfsfinanzierung

mit der Begrenzung der Zuwendung auf einen Höchstbetrag.

4.2.2 Vollfinanzierung

- nur in besonders begründeten Ausnahmefällen
- bedarf der Zustimmung des Ministeriums.

Für den Verwaltungsaufwand nach Nummer 2.10.3 erhalten die Kreisverwaltung und Verwaltung der kreisfreien Städte eine Zuweisung in Höhe der nachgewiesenen Kosten.

4.3 Zuwendungsform: Zuschuss, Zuweisung

4.4 Bemessungsgrundlage, Höhe der Zuwendung

4.4.1 Die Bagatellgrenze beträgt 250 Euro/Förderantrag

5 Sonstige Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Es werden ausschließlich Zuwendungen für Maßnahmen bewilligt, die in Rheinland-Pfalz realisiert und wirksam werden.

5.2 Die Zulässigkeit des Vorhabens ist unabdingbare Voraussetzung der Förderung. Genehmigungen, sonstige Erlaubnisse oder behördliche Entscheidungen sind vom

- Antragsteller einzuholen und müssen vor der Bewilligung, spätestens aber vor Auszahlung der Mittel vorliegen.
- 5.3 Bei Maßnahmen nach Nummer 2.6.1, 2.6.3, 2.6.7 und 2.7 behält sich das Land die Verwertungsrechte an den Forschungsergebnissen vor.
- 5.4 Neu- und Ausbaumaßnahmen nach Nr. 2.4.1 sind nur förderfähig, wenn sie dem hinsichtlich der Verwendung bleifreier Munition aktuell gegebenen technischen Entwicklungsstand entsprechen, soweit er wirtschaftlich zumutbar umgesetzt werden kann.
- 6 Verfahren
- 6.1 Antragsverfahren
- 6.1.1 Der Antrag ist entsprechend dem Muster 1 zu § 44 LHO Teil I/Anlage 4 bei der Bewilligungsbehörde zu stellen. Mehrere gleichartige Vorhaben können in einem Antrag zusammengefasst werden.
- 6.1.2 Anträge für das laufende Haushaltsjahr sind bis spätestens zum 1. November bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.
- 6.2 Bewilligungsverfahren
- 6.2.1 Bewilligungsbehörde ist mit Ausnahme von Maßnahmen nach Nummer 6.2.2 das für das Jagdwesen zuständige Ministerium als oberste Jagdbehörde.
- 6.2.2 Bewilligungsbehörde für Maßnahmen nach Nummer 2.10 und 2.11 sowie im Fall von im Haushaltsjahr wiederkehrender Förderungsfälle ohne individuellen jagdspezifischen Charakter und jagdpolitische Bedeutung ist die Zentralstelle der Forstverwaltung als obere Jagdbehörde.
- 6.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren
- 6.3.1 Die Auszahlung erfolgt durch die Bewilligungsbehörde, bei der die Auszahlung anzufordern ist.
- 6.4 Verwendungsnachweisverfahren
- 6.4.1 Der Verwendungsnachweis sowie ggf. der Zwischenachweis sind entsprechend dem Muster 5 bzw. 4 zu § 44 LHO Teil I/Anlage 4 bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen.
- 6.4.2 Die Bewilligungsbehörde kann anstelle des Verwendungsnachweises einen vereinfachten Verwendungsnachweis zulassen.
- 6.4.3 Die Nachweisung zu Nummer 2.11 erfolgt durch Vorlage der von der Mitgliederversammlung genehmigten Jahresrechnung.
- 7 Inkrafttreten
- Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

MinBl. 2020, S. 279

811 **Verwaltungsvorschrift zur gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter Menschen im Berufsleben im Landesdienst Rheinland-Pfalz**

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Soziales,

Arbeit, Gesundheit und Demografie

vom 3. November 2020 (643 - 77 350-3)

Präambel:

Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftli-

chen Leben. Dies ist das zentrale Anliegen des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) sowie des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK). Die UN-BRK, seit März 2009 in Deutschland geltendes Recht, hat zu einem Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik geführt – weg von der medizinisch-defizitären Vorstellung, hin zu einem teilhabeorientierten menschenrechtlich basierenden Verständnis des Begriffs „Behinderung“.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Anspruchs ist die Teilhabe am beruflichen Leben, die eine selbstbestimmte und von sozialen Unterstützungsleistungen unabhängige Lebensführung ermöglicht.

Der Landesdienst hat eine besondere Vorbildfunktion für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen. Unsere Ziele sind, als Arbeitgeber gute Bedingungen für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zu schaffen und die Quote schwerbehinderter Beschäftigter zu erhöhen. Damit soll der Benachteiligung schwerbehinderter Menschen entgegen gewirkt und die gleichberechtigte, inklusive Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht werden. Mit unseren Aktivitäten, ein attraktiver Arbeitgeber für Menschen mit Behinderungen zu sein, schaffen wir zugleich bessere Chancen für die Bewältigung des demografischen Wandels im Landesdienst und für die Fachkräftesicherung.

Vor diesem Hintergrund zeigt diese Verwaltungsvorschrift Regelungen auf, die die beruflichen Chancen und die konkreten Arbeitsbedingungen weiter verbessern sollen. Dabei ist der Situation von Menschen mit Behinderungen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Situation von Frauen mit Behinderungen, z. B. in Bezug auf die Erreichbarkeit höherwertiger Positionen, in besonderer Weise Rechnung zu tragen. Alle beteiligten Stellen, die über Einstellung und Einsatz von Beschäftigten entscheiden, sind verpflichtet, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften den Anliegen der Menschen mit Behinderungen verständnisvoll, sach- und behindertengerecht zu begegnen und vertrauensvoll mit den Schwerbehindertenvertretungen, Personalvertretungen und Gleichstellungsbeauftragten zusammenzuarbeiten. Soweit der Dienststelle ein Beurteilungs- oder Ermessensspielraum zusteht, soll dieser pflichtgemäß im Interesse der Beschäftigten mit Behinderungen ausgeschöpft werden.

Die gesetzlichen Grundlagen und geltenden Rechtsvorschriften sind in der **Anlage** als Link beigefügt.

Inhaltsübersicht

- 1 Anwendungsbereich, Personenkreis, angemessene Vorkehrungen
- 2 Beschäftigungspflicht
- 3 Möglichkeiten zur Erhöhung der Beschäftigungsquote
- 4 Personalmanagement
 - 4.1 Besetzung freier Arbeitsplätze
 - 4.2 Besetzung von Ausbildungsplätzen
 - 4.3 Zusammenarbeit
 - 4.4 Eignung, Befähigung, fachliche Leistung
 - 4.5 Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung
 - 4.6 Einstellungs- und Auswahlverfahren
- 5 Prüfungserleichterungen
- 6 Aktenführung
- 7 Ausgestaltung des Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses und des Arbeitsumfeldes
 - 7.1 Arbeitsbelastung, Arbeitszeit, Arbeitspausen
 - 7.2 Barrierefreiheit und technische Ausstattung des Arbeitsplatzes
 - 7.3 Personelle Unterstützung/Arbeitsassistenz
 - 7.4 Alternierende Telearbeit/mobiles Arbeiten
 - 7.5 Neu- und Umbauten, Arbeitsräume

- 7.6 Arbeitsplatzwechsel
- 7.7 Prävention/Betriebliches Eingliederungsmanagement
- 7.8 Informations- und Kommunikationstechnik
- 8 Berufliche Entwicklung
- 8.1 Beförderung/Höhergruppierung
- 8.2 Berufliche Förderung
- 8.3 Berufliche Bildung
- 8.4 Besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen
- 9 Dienstliche Beurteilung
- 10 Erholungs- und Zusatzurlaub
- 11 Weitere Maßnahmen zum Ausgleich der Schwerbehinderung
- 11.1 Dienst- oder Arbeitsbefreiung
- 11.2 Dienstreisen
- 11.3 Parkmöglichkeiten
- 11.4 Assistenz- und Blindenführhunde
- 12 Beendigung von Dienst- oder Beschäftigungsverhältnissen
- 12.1 Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand
- 12.2 Kündigung
- 13 Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung von Interessen der schwerbehinderten Beschäftigten
- 13.1 Inklusionsbeauftragte oder Inklusionsbeauftragter
- 13.2 Inklusionsvereinbarung
- 13.3 Schwerbehindertenvertretung
- 13.4 Personalvertretung
- 13.5 Gleichstellungsbeauftragte
- 14 Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden und Hauptschwerbehindertenvertretungen Rheinland-Pfalz (AGSV RP)
- 15 Zusammenarbeit
- 16 Datenschutz
- 17 Schlussbestimmungen

Anlage: Rechtsgrundlagen

1 Anwendungsbereich, Personenkreis, angemessene Vorkehrungen

- 1.1 Diese Verwaltungsvorschrift gilt für die Beschäftigten der Landesverwaltung im Sinne des Geltungsbereiches des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG).

Die nachstehenden Grundsätze sind auf Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte entsprechend anzuwenden.

- 1.2 Schwerbehinderte Menschen im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift sind die Menschen, bei denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt (§ 2 Abs. 2 SGB IX), und die ihnen nach § 2 Abs. 3 SGB IX gleichgestellten Menschen mit Behinderung.

Als Nachweis der Schwerbehinderung dient in der Regel der Ausweis im Sinne des § 152 Abs. 5 SGB IX; in Ausnahmefällen kann der Nachweis auch durch Vorlage von Bescheiden, amtlichen Nachweisen, Gerichtsentscheidungen etc. erbracht werden. Als Nachweis der Gleichstellung gilt die Feststellung der Agentur für Arbeit (§ 151 Abs. 2 Satz 1 SGB IX).

Beschäftigten, die einen Antrag auf Anerkennung einer Schwerbehinderung oder auf Gleichstellung mit einem schwerbehinderten Menschen gestellt haben, wird empfohlen, ihre Dienststelle hiervon schriftlich zu unterrichten. Bis zur Entscheidung über den Antrag sind sie unter Vorbehalt als schwerbehinderter oder gleichge-

steller behinderter Mensch zu behandeln. Ausgenommen hiervon sind Ansprüche und Rechte, die sich erst aus dem Vorliegen der Anerkennung als schwerbehinderter oder gleichgestellter behinderter Mensch ergeben. Ist die Schwerbehinderung offensichtlich, soll auf einen Vorbehalt verzichtet werden.

Zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden der Begriff schwerbehinderte Menschen verwendet. Damit sind die schwerbehinderten und ihnen nach § 2 Abs. 3 SGB IX gleichgestellten Menschen gemeint.

- 1.3 Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind auch behinderte Jugendliche und junge Erwachsene (§ 151 Abs. 4 Satz 1 SGB IX) während der Zeit einer Berufsausbildung in Dienststellen, auch wenn der Grad der Behinderung weniger als 30 beträgt oder ein Grad der Behinderung nicht festgestellt ist. Der Nachweis der Behinderung wird durch eine Stellungnahme der Agentur für Arbeit oder durch einen Bescheid über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbracht. Nach § 185 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. c SGB IX können die Arbeitsagentur und das Integrationsamt an den Arbeitgeber Prämien und Zuschüsse zu den Kosten der Berufsausbildung der gleichgestellten behinderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen leisten. Im Übrigen finden die besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen auf diesen Personenkreis keine Anwendung (§ 151 Abs. 4 Satz 3 SGB IX).

- 1.4 Die Verwaltungsvorschrift findet keine Anwendung auf behinderte Menschen, die die Voraussetzungen der Nr. 1.2 nicht erfüllen. Der Arbeitgeber oder Dienstherr hat für diesen Personenkreis aufgrund der Behinderteneigenschaft eine gegenüber nichtbehinderten Beschäftigten erhöhte Fürsorgepflicht.

Behinderte Menschen dürfen gegenüber nichtbehinderten Menschen nicht benachteiligt werden, vergleiche § 3 Landesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (LGGBehM) und § 164 Abs. 2 SGB IX.

- 1.5 Folgende Personen mit bestimmten Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind gegenüber den in Nr. 1.2 genannten Menschen im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten und Zuständigkeiten besonders verpflichtet:

- die Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleiter,
- die übrigen Vorgesetzten,
- die sonstigen Beschäftigten, denen der Einsatz oder die Beaufsichtigung anderer Beschäftigter – sei es auch nur im Einzelfall – obliegt,
- die Beschäftigten, die Personalangelegenheiten bearbeiten, und
- Inklusionsbeauftragte.

Die verantwortungsbewusste Wahrnehmung von Teilhabesituationen des in Nr. 1.2 genannten Personenkreises ist Führungsaufgabe. Beschäftigte in Führungspositionen und Beschäftigte im Personalwesen sollen sich in Teilhabethemen und Fördermöglichkeiten regelmäßig schulen. Sie sind gehalten, sich mit den Regelungen des Schwerbehindertenrechts (SGB IX) und weiteren einschlägigen Bestimmungen vertraut zu machen.

- 1.6 Menschen mit Behinderungen, insbesondere der in Nr. 1.2 genannte Personenkreis, haben Anspruch auf angemessene Vorkehrungen. Diese umfassen nach der UN-BRK alle notwendigen und geeigneten Änderungen und Anpassungen, die keine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung darstellen und die, wenn sie in einem bestimmten Fall erforderlich sind, vorgenommen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen oder ausüben können.

Weitere Erläuterungen und praktische Beispiele unter www.teilhabeberatung.de (genauer Link in der Anlage).

2 Beschäftigungspflicht

- 2.1 Nach § 154 Abs. 1 SGB IX haben private und öffentliche Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen auf wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Dabei sind schwerbehinderte Frauen besonders zu berücksichtigen (§ 154 Abs. 1 Satz 2 SGB IX).
- 2.2 Wer öffentlicher Arbeitgeber ist, bestimmt sich nach § 154 Abs. 2 SGB IX. Arbeitsplätze sind nach § 156 Abs. 1 SGB IX alle Stellen, auf denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Auszubildende und andere zu ihrer beruflichen Bildung Eingestellte beschäftigt sind. Hiervon ausgenommen sind nur diejenigen Stellen, die in § 156 Abs. 2 und Abs. 3 SGB IX ausdrücklich genannt sind.
- 2.3 Es handelt sich um eine Mindestquote. Es bedarf daher auch bei Erreichen der Quote im gesamten Landesdienst fortwährender besonderer Anstrengungen aller Dienststellen, schwerbehinderte Menschen darüber hinaus zu beschäftigen. Das Land als Arbeitgeber hat Vorbildcharakter.
- 2.4 Eine Besetzung der Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen ist immer dann anzustreben, wenn geeignete Personen zur Verfügung stehen. Die Einstellungsbehörden sind daher gehalten, ohne Rücksicht auf den für den Geschäftsbereich oder die einzelne Dienststelle gebotenen Anteil, möglichst viele schwerbehinderte Menschen einzustellen.
- 2.5 Es sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, schwerbehinderte Menschen in den Dienststellen in Beschäftigung zu halten, ggf. unter Inanspruchnahme von Fördermitteln (z. B. durch Rehabilitationsträger oder Integrationsamt). Arbeitgeber sind grundsätzlich dazu gesetzlich verpflichtet, schwerbehinderte Menschen behinderungsgerecht einzusetzen und den Arbeitsplatz entsprechend zu gestalten.

3 Möglichkeiten zur Erhöhung der Beschäftigungsquote

Möglichkeiten zur Erhöhung der Beschäftigungsquote sind neben den in Nr. 2.5 genannten Fördermöglichkeiten (z. B. Eingliederungszuschüsse und begleitende Hilfe im Arbeitsleben), insbesondere

- 3.1 das Programm zu Beschäftigung arbeitsloser schwerbehinderter Menschen im Landesdienst:
Die Landesregierung unterstützt und fördert Einstellungen von schwerbehinderten Menschen im Landesdienst, um insbesondere Personen mit besonderen Vermittlungshemmnissen eine Chance auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bieten. Durch das Programm zur Beschäftigung arbeitsloser schwerbehinderter Menschen im Landesdienst sind unbefristete Einstellungen bestimmter Gruppen arbeitsloser schwerbehinderter Menschen für Dienststellen des Landes Rheinland-Pfalz für bis zu drei Jahren für die Dienststelle kostenneutral. Bei einer befristeten Beschäftigung beteiligt sich das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie durch Pauschalen an den Kosten; unter Berücksichtigung gleichzeitiger Eingliederungszuschüsse (in aller Regel durch die Agentur für Arbeit) werden die Kosten für die Dienststelle deutlich reduziert.
- 3.2 der Stellenpool für schwerbehinderte Anwärterinnen und Anwärter sowie Auszubildende:
Stellen aus dem Ausbildungspool kann jedes Ressort sowie die Staatskanzlei beantragen, seit dem Jahr 2020 stehen jährlich 50 Stellen zur Verfügung. Die Ausbildung von behinderten jungen Menschen im allgemeinen Arbeitsmarkt ist Sonderformen der beruflichen Erstausbildung wie Maßnahmen in Berufsbildungswerken vorzuziehen.

3.3 das Budget für Arbeit:

Das Budget für Arbeit ist eine Geldleistung, um Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf eine Beschäftigung im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen haben, den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Geldleistung wird als „Budget für Arbeit“ direkt an den Arbeitgeber als Ausgleich für eine Minderleistung der Beschäftigten mit Behinderungen gezahlt. Voraussetzung ist ein sozialversicherungspflichtiges und tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis. Im Rahmen des Budgets für Arbeit kann der dafür zuständige Träger der Eingliederungshilfe bis zu 75 Prozent des Bruttoentgeltes finanzieren. Dieser Betrag darf jedoch nicht höher sein als 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV (im Jahr 2020 sind dies 1.911,- Euro, aber nicht mehr als die individuellen Werkstattkosten). Bei Vorliegen einer Schwerbehinderung oder Gleichstellung (§ 2 Abs. 2 und 3 SGB IX) beteiligt sich das Integrationsamt ab dem 7. Monat mit einem Pauschalbetrag an den Kosten des Budgets für Arbeit (Anleitung und Begleitung und Lohnkostenzuschuss).

3.4 die Qualifizierung alternativ zur Werkstatt für behinderte Menschen:

Alternativ zum Eingangs- und Berufsbildungsbereich der Werkstatt für behinderte Menschen können mit einem persönlichen Budget der Arbeitsagentur oder der Rentenversicherungen Qualifizierungen für die Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durchgeführt werden. Die Dauer der Maßnahme beträgt in der Regel 27 Monate. Daran kann sich eine Beschäftigung im Rahmen des Budgets für Arbeit anschließen.

4 Personalmanagement

4.1 Besetzung freier Arbeitsplätze

Für die Beurteilung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung (Qualifikation) sind ausschließlich die Anforderungen der zu besetzenden Position maßgeblich. Wenn diese Position ausgeschrieben wird, dann ergeben sich die Anforderungen in der Regel aus der Ausschreibung (Anforderungsprofil).

Bei allen internen und externen Stellenausschreibungen ist darauf hinzuweisen, dass schwerbehinderte Menschen bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt werden, soweit nicht in der Person der anderen Bewerberinnen und Bewerber liegende Gründe von größerem rechtlichen Gewicht entgegenstehen.

Die Beteiligungsrechte der Schwerbehindertenvertretungen nach § 164 Abs. 1 Sätze 1, 4, 6, 7, 9 und 10 SGB IX sind im gesamten Verfahrensgang (bei allen Prüfungen, Entscheidungen und Maßnahmen) zwingend zu beachten. Dies gilt insbesondere für die Prüfung, ob ein Arbeitsplatz grundsätzlich mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt werden kann, bei der Prüfung der einzelnen Bewerbungen schwerbehinderter Menschen sowie auch für die konkrete Auswahlentscheidung. Es ist davon auszugehen, dass alle Arbeitsplätze in der Landesverwaltung grundsätzlich zur Besetzung mit schwerbehinderten Menschen geeignet sind, soweit nicht spezielle körperliche bzw. gesundheitliche Anforderungen an die Tätigkeit gestellt werden müssen.

In Fällen in denen eine Dienststelle eine Entscheidung oder Maßnahme innerhalb eines Verfahrens nach § 164 Abs. 1 SGB IX gegen das Votum der Schwerbehindertenvertretung trifft, ist die Schwerbehindertenvertretung berechtigt die Angelegenheit der vorgesetzten Dienststelle (auf dem Dienstweg) vorzulegen.

4.2 Besetzung von Ausbildungsplätzen

Für junge schwerbehinderte Menschen ist es von großer Bedeutung, den Berufseinstieg zu finden. Ausbildungsverhältnisse sind im Rahmen der geltenden Vorschriften

- so zu gestalten, dass schwerbehinderte Auszubildende die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben können, ohne dass sie infolge ihrer Behinderung unzumutbar belastet werden.
- 4.3 **Zusammenarbeit**
- Zwecks Vermittlung geeigneter schwerbehinderter Menschen im Rahmen der Besetzung freier Arbeitsplätze sowie zur allgemeinen Informationsbeschaffung wird den Dienststellen empfohlen, mit den Agenturen für Arbeit (örtliche Reha-Teams und Zentrale Auslands- und Fachvermittlung - ZAV, Vermittlung schwerbehinderter Akademiker), den Integrationsfachdiensten, den Berufsförderungswerken und den Berufsbildungswerken zusammenzuarbeiten.
- Die Dienststellen sollen Praktika, Hospitationen, Probebeschäftigungen und weitere Möglichkeiten für schwerbehinderte Menschen anbieten, um den beruflichen Einstieg im Landesdienst zu erleichtern.
- 4.4 **Eignung, Befähigung, fachliche Leistung**
- Eine im Vergleich zu anderen Bewerberinnen und Bewerbern geringere Eignung, die auf die Schwerbehinderung zurückzuführen ist, darf nicht zum Nachteil gewertet werden, es sei denn, dass gerade die fehlenden Eigenschaften oder Fähigkeiten für die Erfüllung der Aufgaben unverzichtbar sind und nicht durch technische Arbeitshilfen oder andere Maßnahmen ausgeglichen werden können oder spezielle körperliche bzw. gesundheitliche Anforderungen an die Tätigkeit gestellt werden müssen. Kommt hiernach ein schwerbehinderter Mensch in die nähere Auswahl, so ist er gegenüber den nicht behinderten Menschen bei entsprechender Eignung zu bevorzugen, wenn die übrigen beamten- oder tarifrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind und soweit nicht in der Person der anderen Bewerberinnen oder der anderen Bewerber liegende Gründe von größerem rechtlichen Gewicht entgegenstehen.
- Die besonderen Vorschriften und Grundsätze für die Besetzung der Beamtenstellen sind unbeschadet der Geltung des Teils 3 des SGB IX auch für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte so zu gestalten, dass die Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen gefördert werden und ein angemessener Anteil schwerbehinderter Menschen unter den Beamten erreicht wird (§ 211 SGB IX). Von schwerbehinderten Menschen darf nur das Mindestmaß an körperlicher Eignung für die Wahrnehmung der Laufbahnaufgaben verlangt werden. Die Eignung von schwerbehinderten Menschen wird grundsätzlich auch dann noch als ausreichend angesehen werden können, wenn sie nur für die Wahrnehmung bestimmter Dienstposten der betreffenden Laufbahn geistig und körperlich geeignet sind; eine Beschränkung der späteren freien Verwendbarkeit muss in Kauf genommen werden. Schwerbehinderte Menschen sollen auch dann im Beamtenverhältnis eingestellt werden, wenn als Folge ihrer Behinderung eine vorzeitige Dienstunfähigkeit möglich ist; dabei sind die Umstände des jeweiligen Einzelfalles zu berücksichtigen. Hinsichtlich des hierzu anzuwendenden Prognosemaßstabs soll von dem zuständigen Fachreferat im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden und der Hauptschwerbehindertenvertretungen Rheinland-Pfalz entsprechende Leitlinien erstellt werden. Der entsprechende Prognosemaßstab ist sowohl bei Einstellung als auch bei Ernennung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu beachten. Die Bewerberinnen und Bewerber sind jedoch auf die Vorschrift des § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Landesbeamtenversorgungsgesetzes (LBeamVG) vom 18. Juni 2013 in der jeweils geltenden Fassung und die hiermit einhergehenden Folgen bei Ausscheiden vor Ablauf einer fünfjährigen Dienstzeit hinzuweisen. Die Dienstzeit wird vom Zeitpunkt der ersten
- Berufung in das Beamtenverhältnis ab gerechnet und nur berücksichtigt, soweit sie ruhegehaltfähig ist.
- 4.5 **Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung**
- Die Schwerbehindertenvertretung hat gemäß § 178 Abs. 2 SGB IX das Recht auf Beteiligung am Verfahren nach § 164 Abs. 1 SGB IX und beim Vorliegen von Vermittlungsvorschlägen der Agentur für Arbeit oder von Bewerbungen schwerbehinderter Menschen das Recht auf Einsicht in die entscheidungsrelevanten Teile aller Bewerbungsunterlagen und das Recht auf Teilnahme an den Vorstellungsgesprächen.
- Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber haben die Möglichkeit, im zeitlichen Zusammenhang mit dem Vorstellungsgespräch ein Gespräch mit der Schwerbehindertenvertretung zu führen. In der Eingangsbestätigung ist hierauf hinzuweisen.
- Die Schwerbehindertenvertretung ist nicht zu beteiligen, wenn der schwerbehinderte Mensch die Beteiligung ausdrücklich ablehnt (§ 164 Abs. 1 Satz 10 SGB IX).
- 4.6 **Einstellungs- und Auswahlverfahren**
- 4.6.1 **Schwerbehinderte Menschen, die sich auf einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst beworben haben oder von der Agentur für Arbeit oder von den in Nr. 4.3 genannten Ansprechpartnern vorgeschlagen wurden, sind zu einem Vorstellungstermin einzuladen. Die Einladung ist nur dann entbehrlich, wenn die fachliche Eignung offensichtlich fehlt (§ 165 Abs. 1 Sätze 3 und 4 SGB IX).**
- 4.6.2 **Ist eine Einstellung beabsichtigt, so ist die beabsichtigte Auswahlentscheidung der Dienststelle der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat mitzuteilen. Ist eine Einstellung nicht beabsichtigt, hält aber die Schwerbehindertenvertretung die Einstellung für möglich und geboten, so ist der Personalrat unter Beifügung der Stellungnahme der Schwerbehindertenvertretung zu unterrichten; die für die Nichtberücksichtigung der schwerbehinderten Bewerberin oder des schwerbehinderten Bewerbers maßgeblichen Gründe sind dem Personalrat mitzuteilen. Dies gilt nicht, wenn der schwerbehinderte Mensch die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung ausdrücklich ablehnt (§ 164 Abs. 1 Satz 10 SGB IX).**
- 4.6.3 **Sind in einem Auswahlverfahren Eignungstests, Assessment-Center oder vergleichbare Auswahlinstrumente vorgesehen, so sind schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern entsprechend der Art und dem Umfang der Behinderung Nachteilsausgleiche einzuräumen bzw. angemessene Vorkehrungen zu gewährleisten (siehe Nr. 1.6 und Nr. 5). Die Nachteilsausgleiche bzw. angemessenen Vorkehrungen sind unter Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung festzulegen, wenn der schwerbehinderte Mensch die Beteiligung nicht ausdrücklich abgelehnt hat.**
- 4.6.4 **Der Einstellung schwerbehinderter Menschen soll bei Bedarf eine nachgehende und berufsbegleitende Hilfe am Arbeitsplatz folgen. Neu eingestellte schwerbehinderte Menschen sowie schwerbehinderte Beschäftigte, die ein neues Arbeitsgebiet übernehmen, sind am Arbeitsplatz umfassend zu unterweisen. Darüber hinaus können Patinnen und Paten und Mentoring-Systeme ein wichtiger Baustein bei der Einarbeitung sein. Für diese Aufgabe wählt die jeweilige Dienststelle geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit deren Einverständnis aus. In Ausnahmefällen können mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde besondere nach Art und Umfang dem Leistungsvermögen angepasste Arbeitsplätze für behinderte Menschen neu geschaffen werden.**
- 5 Prüfungserleichterungen**
- 5.1 **Bei Prüfungen und vergleichbaren Leistungsnachweisen (im Folgenden: Prüfungen) können sich für schwerbe-**

- hinderte und ihnen gleichgestellte Menschen im Wettbewerb mit anderen Beschäftigten besondere Härten ergeben. Zum Ausgleich solcher Härten ist im Rahmen des jeweils geltenden Rechts ein der Behinderung angemessener Nachteilsausgleich zu gewähren beziehungsweise es sind angemessene Vorkehrungen (siehe Nr. 1.6) zu gewährleisten.
- Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Menschen müssen rechtzeitig darauf hingewiesen werden, dass ihnen auf Antrag entsprechend der Art und dem Umfang ihrer Behinderungen Erleichterungen eingeräumt und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden können.
- 5.2 Der für die Prüfung zuständigen Stelle ist vor Beginn der Prüfung die Schwerbehinderteneigenschaft der zu prüfenden Person und deren Art der Behinderung bekannt zu geben, es sei denn, dass die zu prüfende Person dies ausdrücklich ablehnt.
- Ob und welche Erleichterungen bzw. Hilfsmittel im Einzelfall erforderlich und angemessen sind, ist im Vorfeld der Prüfung mit der zu prüfenden schwerbehinderten Person zu erörtern. Art und Umfang des Nachteilsausgleichs bzw. der angemessenen Vorkehrungen sind festzulegen. Bei Bedarf können sachverständige Stellen eingeschaltet werden, z. B. Fachdienste der Integrationsämter oder Integrationsfachdienste.
- Die für die zu prüfende Person zuständige Schwerbehindertenvertretung ist rechtzeitig zu unterrichten und anzuhören, es sei denn, dass die zu prüfende Person dies ausdrücklich ablehnt.
- Während mündlicher und praktischer Prüfungen hat die Schwerbehindertenvertretung das Recht, anwesend zu sein, sofern die zu prüfende schwerbehinderte Person dies nicht ausdrücklich ablehnt.
- 5.3 Soweit nicht Rechtsvorschriften entgegenstehen, kommen als Nachteilsausgleich bzw. angemessene Vorkehrungen insbesondere folgende Maßnahmen in Betracht:
- Verlängerung der Frist zur Abgabe schriftlicher Arbeiten,
 - Ersatz einzelner schriftlicher Arbeiten oder praktischer bzw. mündlicher Prüfungsteile, die wegen der Art der Behinderung nicht geleistet werden können, durch andere geeignete Prüfungsleistungen,
 - individuelle zeitliche Gestaltung der Prüfungsdauer,
 - Erholungspausen,
 - Einzelprüfung,
 - Bereitstellung von behindertenspezifischen Hilfen, z. B. barrierefrei bedienbare EDV, Ermöglichung behinderungsbedingter notwendiger Assistenz, barrierefreie Aufgabenstellung und
 - Bereitstellung notwendiger Räumlichkeiten, z. B. Einzelraum.
- 5.3.1 Bei einer mündlichen Prüfung soll bei schwerbehinderten bzw. ihnen gleichgestellten Menschen mit erheblicher kognitiver oder psychischer Beeinträchtigung auf das Abfragen von gedächtnismäßigem Wissen verzichtet werden, soweit es mit dem Zweck der Prüfung vereinbar ist. Es genügt, wenn Aufgaben gestellt werden, deren Lösungen erkennen lassen, dass sie die erforderlichen Kenntnisse und die Urteilsfähigkeit besitzen, die sie zu richtigen Entscheidungen befähigen.
- 5.3.2 Menschen mit Hörbehinderung, die taub oder nahezu taub sind, sind in einer mündlichen Prüfung die Prüfungsfragen schriftlich vorzulegen. Bei Menschen mit einer Sprachbehinderung ist eine schriftliche Beantwortung der mündlichen Fragen zuzulassen, auf Antrag ist eine Gebärdensprachdolmetscherin oder ein Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung zu stellen.
- 5.3.3 Sind schwerbehinderte Menschen schriftlich zu prüfen, die in der Schreib- oder Lesefähigkeit beeinträchtigt sind, sind bei ihnen geeignete technische Hilfsmittel zuzulassen oder ihnen zur Verfügung zu stellen oder ihnen eine Schreibkraft zuzuteilen, sofern der schwerbehinderte Mensch nicht ausdrücklich widerspricht.
- 5.3.4 Bei der Gestaltung einer praktischen Prüfung oder einer Sportprüfung ist die Behinderung angemessen zu berücksichtigen. In geeigneten Fällen soll die Teilnahme freigestellt werden. Der Besitz des Deutschen Sportabzeichens für Menschen mit Behinderungen ist für die Note im Sport zu bewerten.
- 5.4 Der Nachteilsausgleich für schwerbehinderte Menschen ist so zu gestalten, dass die übrigen Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer nicht gestört werden.
- 5.5 Bei der Beurteilung der schriftlichen und mündlichen Prüfungsleistungen sowie bei der Bildung des Gesamturteils ist auf die physischen und psychischen Auswirkungen, die Folge der Behinderung sind, Rücksicht zu nehmen. Die fachlichen Anforderungen dürfen jedoch nicht geringer bemessen werden.
- Prüfungserleichterungen sind bewertungsneutral. In Zeugnissen dürfen Hinweise auf Prüfungserleichterungen nicht aufgenommen werden.
- 5.6 Soweit die Möglichkeit für schwerbehinderte Menschen, eine nicht bestandene Prüfung zu wiederholen, nicht durch Rechtsvorschriften (insbesondere beamtenrechtliche Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen und Prüfungsordnungen nach dem Berufsbildungsgesetz - BBiG) geregelt ist, dürfen schwerbehinderte Menschen einmal mehr wiederholen als sonstige zu prüfende Personen. Für diese zu prüfenden Personen kann eine Wiederholungsprüfung auf die Einzelleistungen beschränkt werden, die mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ bewertet worden sind.
- 6 Aktenführung**
- 6.1 Die Personalakten müssen einen Nachweis über die Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft und den Grad der Behinderung (vergleiche Nr. 1.2) oder über die Gleichstellung enthalten. In der Folgezeit eintretende Änderungen hinsichtlich der Schwerbehinderteneigenschaft, der Gleichstellung oder des Grades der Behinderung sollen, nachdem sie rechtswirksam geworden sind, in der Personalakte vermerkt werden.
- Die Personalakten von schwerbehinderten oder ihnen gleichgestellten Beschäftigten sind in geeigneter Weise zu kennzeichnen, um die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung in jedem Fall zu gewährleisten.
- 6.2 In Berichten an übergeordnete Behörden über Personalangelegenheiten schwerbehinderter Menschen ist auf den Grad der Behinderung hinzuweisen, sofern dies von Bedeutung ist.
- 6.3 Alle Mitteilungen an die Personalvertretungen über beabsichtigte Personalmaßnahmen, die die Belange von schwerbehinderten Menschen betreffen, müssen hierauf einen Hinweis erhalten.
- 7 Ausgestaltung des Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses und des Arbeitsumfeldes**
- 7.1 Arbeitsbelastung, Arbeitszeit und Arbeitspausen
- Schwerbehinderte Beschäftigte haben ein Anrecht auf ein teilhabesicherndes, inklusives Arbeitsumfeld und eine beeinträchtigungsgerechte, auf ihr individuelles Leistungsvermögen abgestimmte Beschäftigung, bei der sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse möglichst voll verwerten und weiterentwickeln können.
- Schwerbehinderte Beschäftigte sind auf ihr Verlangen von Mehrarbeit freizustellen (§ 207 SGB IX).

- Unter Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit der schwerbehinderten Beschäftigten können besondere Regelungen für die Gestaltung der Arbeitszeit und der Arbeitspausen angezeigt sein. Die örtlichen Verhältnisse, insbesondere Verkehrsverhältnisse, können ein Entgegenkommen beim Dienstbeginn und Dienstschluss sowie bei der Mittagspause rechtfertigen.
- 7.2 **Barrierefreiheit und technische Ausstattung des Arbeitsplatzes**
- Zur Erleichterung der Arbeit und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit sind die nach Art und Umfang der Behinderung erforderlichen Hilfsmittel bereitzustellen; der Arbeitsplatz ist mit den notwendigen technischen Arbeitshilfen auszustatten (§ 164 Abs. 4 Nr. 5 SGB IX).
- Hierzu gehören u. a.: akustische und optische Hilfsmittel für Menschen mit Hör- und Sehbehinderung, besondere Vorrichtungen zur Telefonbedienung, behindertengerechte Büromöbel, behindertengerechte Arbeitsplatzausleuchtung, Brailledisplay, Lesegeräte, Vorlesesysteme, Diktiergeräte, Vergrößerungssysteme, Notizgeräte und Fachliteratur als Software oder in Blindenschrift. Die Leistungen der Rehabilitationsträger sollen in Anspruch genommen werden. Sofern bei der Auswahl der technischen Hilfsmittel Zweifel bestehen, sind der technische Beratungsdienst des Integrationsamtes und der Agentur für Arbeit zu beteiligen.
- 7.3 **Personelle Unterstützung/Arbeitsassistenten**
- Schwerbehinderten Beschäftigten, die zur Ausübung der Beschäftigung wegen der Schwerbehinderung nicht nur vorübergehend einer besonderen Hilfskraft bedürfen (§ 155 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a SGB IX), ist neben technischen Hilfsmitteln personelle Unterstützung (z. B. Vorlesekraft, Gebärdensprachdolmetscherin oder Gebärdensprachdolmetscher, Assistentkraft für Rollstuhlfahrerin oder Rollstuhlfahrer) zur Verfügung zu stellen und für deren Vertretung zu sorgen. Die Leistungen der Rehabilitationsträger sind in Anspruch zu nehmen. Auf § 185 Abs. 3 SGB IX, wonach das Integrationsamt im Rahmen seiner Zuständigkeit für die begleitende Hilfe im Arbeitsleben aus den zur Verfügung stehenden Mitteln auch Geldleistungen für außergewöhnliche Belastungen des Arbeitgebers, u. a. für innerbetriebliche personelle Unterstützung, erbringen kann, wird hingewiesen.
- Schwerbehinderte Beschäftigte haben im Rahmen der Zuständigkeit des Integrationsamtes aus den zur Verfügung stehenden Mitteln der Ausgleichsabgabe einen Anspruch auf Übernahme der Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenten (§ 185 Abs. 5 SGB IX). Gegenüber der Arbeitsassistenten tritt der oder die schwerbehinderte Beschäftigte als Arbeitgeberin oder Arbeitgeber auf und trägt alle sich daraus ergebenden Konsequenzen. Leistungen dürfen nur erbracht werden, soweit diese für denselben Zweck nicht von einem Rehabilitationsträger, vom Arbeitgeber oder von anderer Seite zu erbringen sind oder erbracht werden, ohne dass auf sie ein Rechtsanspruch besteht (§ 18 Abs. 1 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung - SchwbAV).
- 7.4 **Alternierende Telearbeit/mobiles Arbeiten**
- Mit der Einrichtung von Telearbeitsplätzen und anderen Formen des mobilen Arbeitens wird das Ziel verfolgt, die Arbeitsorganisation örtlich und zeitlich zu flexibilisieren. Die jeweiligen Inklusions- bzw. Dienstvereinbarungen sind zu beachten. Die alternierende Telearbeit als Arbeitsform dient dazu, Beruf und Familienpflichten besser miteinander vereinbaren zu können. Dies stellt besondere Anforderungen an die Beschäftigten und die Führungskräfte. Telearbeitsplätze und andere Formen des mobilen Arbeitens sind geeignete und empfohlene Instrumente, die Rahmenbedingungen für schwerbehinderte Beschäftigte zu verbessern.
- Die Schwerbehindertenvertretung ist rechtzeitig zu beteiligen. Das zuständige Integrationsamt ist wegen einer möglichen Bezuschussung für die Einrichtung des Telearbeitsplatzes oder des mobilen Arbeitsplatzes rechtzeitig einzuschalten.
- 7.5 **Neu- und Umbauten, Arbeitsräume**
- Bei der Planung von Neu- und Umbauten, grundlegenden Änderungen der räumlichen Ausstattung sowie der Anmietung von Dienst- und Sozialräumen ist die Schwerbehindertenvertretung zu beteiligen. Bei Bedarf kann eine externe Beratung hinzugezogen werden. Dies gilt auch für die Verteilung von Arbeitsräumen und Arbeitsplätzen innerhalb von Dienstgebäuden.
- Die Arbeitsräume schwerbehinderter Beschäftigter sind so auszuwählen, dass die Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird; nach Möglichkeit ist ein Einzelzimmer zuzuteilen.
- Bei der Planung und beim Bau von öffentlichen Gebäuden ist sicherzustellen, dass sowohl die Gebäude als auch die Inneneinrichtung barrierefrei gestaltet werden. § 51 der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) und die mit der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen vom 1. Oktober 2015 (MinBl. 2015, S. 154) zur Einführung der DIN-Norm 18040-1 als technische Baubestimmungen in Kraft gesetzten Regelungen (siehe auch die Broschüre der Landesregierung „Barrierefrei Bauen – Leitfaden für die Planung“, Link im Anhang) sind zu beachten. Insbesondere ist darauf zu achten, dass Eingänge, Aufzüge, Sitzungsräume und Toiletten ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind und die akustische und optische Barrierefreiheit eingehalten (Nachhallzeit, Kontraste, Leitsysteme) und das Zwei-Sinne-Prinzip² beachtet wird. Bei Umbau sind die Belange von schwerbehinderten Menschen zu berücksichtigen.
- 7.6 **Arbeitsplatzwechsel**
- Der Wechsel des Arbeitsplatzes kann für schwerbehinderte Menschen mit größeren Schwierigkeiten verbunden sein als für andere Beschäftigte.
- Schwerbehinderte Beschäftigte sollen nach Möglichkeit nicht gegen Ihren Willen versetzt, abgeordnet oder umgesetzt werden, es sei denn, dass dringende dienstliche Gründe die Maßnahme erfordern. In diesem Fall sollen Ihnen mindestens gleichwertige Arbeitsbedingungen oder Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden.
- Begründeten eigenen Anträgen auf Versetzung oder sonstigen Wechsel des Arbeitsplatzes soll entsprochen werden, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.
- 7.7 **Prävention/Betriebliches Eingliederungsmanagement**
- 7.7.1 Bei personen-, verhaltens- oder betriebsbedingten Schwierigkeiten im Arbeits- oder sonstigen Beschäftigungsverhältnis, die zur Gefährdung dieses Verhältnisses führen können, sind unter möglichst frühzeitiger Einschaltung der Schwerbehindertenvertretung, des Integrationsamtes und der in § 176 SGB IX genannten Vertretungen alle Möglichkeiten und alle zur Verfügung stehenden Hilfen zu erörtern, mit denen die Schwierigkeiten beseitigt werden können und das Dienst- oder Arbeitsverhältnis möglichst dauerhaft fortgesetzt werden kann (§ 167 Abs. 1 SGB IX).
- 7.7.2 Ist abzusehen, dass infolge der Behinderung ein Arbeitsplatzwechsel erforderlich wird, sind schwerbehinderte Menschen frühzeitig durch geeignete berufliche Fördermaßnahmen zu unterstützen.
- 7.7.3 Mit Zustimmung der betroffenen schwerbehinderten Beschäftigten schaltet die Dienststelle die Schwerbe-

² Das Zwei-Sinne-Prinzip bedeutet, dass Informationen mit zwei der drei Sinne Fühlen, Hören, Sehen wahrgenommen werden können (zum Beispiel optische und akustische Stockwerksangabe im Aufzug).

hindertenvertretung insbesondere auch dann ein, wenn sie innerhalb eines Jahres ununterbrochen oder in der Summe mindestens 6 Wochen arbeitsunfähig sind. Im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements gemäß § 167 Abs. 2 SGB IX soll nach Möglichkeiten gesucht werden, wie eine Arbeitsunfähigkeit überwunden oder durch Leistungen oder Hilfen vermieden werden kann, um den Arbeitsplatz zu erhalten.

7.8 Informations- und Kommunikationstechnik

Zur Erreichung von Inklusion sind bereits bei der Planung, Entwicklung und Beschaffung neuer IT-Verfahren die Anforderungen an die Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Schwerbehinderte Menschen sollen alle von ihnen zur Aufgabenerledigung benötigten IT-Verfahren mit den von ihnen behinderungsbedingt einzusetzenden assistiven Techniken uneingeschränkt nutzen können. Im Vergabeverfahren muss die Barrierefreiheit deshalb als Vergabekriterium berücksichtigt werden. Auch bei Weiterentwicklungen und Anpassungen bestehender IT-Anwendungen und der Gestaltung elektronisch erzeugter Dokumente sind die Belange schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter Menschen zu berücksichtigen. Die technischen Anforderungen für barrierefreie Informationstechnik ergeben sich aus der Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung des Bundes (BITV 2.0) in der jeweils gültigen Fassung und den Vorgaben aus dem Landesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen Rheinland-Pfalz (LGGbehM) in der jeweils gültigen Fassung und der dazu erlassenen Rechtsverordnung zur Umsetzung barrierefreier Informationstechnik in Rheinland-Pfalz (Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung Rheinland-Pfalz - BITV RP) in der jeweils gültigen Fassung. Die Schwerbehindertenvertretung ist zu beteiligen.

8 Berufliche Entwicklung

8.1 Beförderung/Höhergruppierung

Werden Arbeitsplätze, die einem Beförderungsamts zugeordnet sind oder eine höhere Eingruppierung ermöglichen, neu eingerichtet oder frei, sind schwerbehinderte Beschäftigte bei entsprechender Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig zu berücksichtigen, soweit nicht in der Person der anderen Bewerberinnen oder Bewerber liegende Gründe von größerem rechtlichen Gewicht entgegenstehen. Dies gilt insbesondere für schwerbehinderte Beschäftigte, die bereits in der betreffenden Dienststelle auf geringer bewerteten Arbeitsplätzen tätig sind. Ihnen sind Probe- und Bewährungszeiten einzuräumen. Notfalls dürfen entsprechende Beförderungs- und Höhergruppierungsmöglichkeiten durch Versetzung, Umsetzung oder Änderung der Geschäftsverteilung geschaffen werden, soweit dies haushaltsrechtlich zulässig ist.

8.2 Berufliche Förderung

Die berufliche Förderung soll dazu führen, dass schwerbehinderte Beschäftigte Positionen erlangen, von denen anzunehmen ist, dass nicht schwerbehinderte Beschäftigte sie bei entsprechender Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung erreichen würden. Hierfür sind alle laufbahnrechtlichen und tariflichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

8.3 Berufliche Bildung

Nach § 164 Abs. 4 Nr. 2 SGB IX haben schwerbehinderte Beschäftigte, um das Ziel der Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse zu erreichen, einen Anspruch auf Nachteilsausgleich gegenüber nicht behinderten Beschäftigten durch bevorzugte Berücksichtigung bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Dienststelle.

Die Dienststelle ist verpflichtet, durch geeignete Maßnahmen Erleichterungen zur Teilnahme an außerbetrieblichen Maßnahmen der beruflichen Bildung zu gewähren

(§ 164 Abs. 4 Nr. 3 SGB IX) und die dafür notwendigen Kosten in angemessenem Umfang zu übernehmen. Fördermöglichkeiten (z. B. Integrationsamt) sind zu nutzen.

Bei der Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist auf die Barrierefreiheit zu achten. Falls erforderlich ist die Verlegung in barrierefreie Räume zu gewährleisten.

8.4 Besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen

Eine Berufsförderung im Rahmen dieser Richtlinien soll auch für teilzeitbeschäftigte schwerbehinderte Menschen im Sinne des § 155 Abs. 1 SGB IX ermöglicht werden. Bei diesem Personenkreis ist je nach Lage des Einzelfalles auch zu prüfen, ob ein geeigneter Arbeitsplatz geschaffen werden kann, um dadurch ggf. eine Vollbeschäftigung zu erreichen.

9 Dienstliche Beurteilung

9.1 Schwerbehinderte Beschäftigte bedürfen im Verhältnis zu Nichtbehinderten in der Regel eines größeren Einsatzes an Energie, um gleichwertige Leistungen zu erbringen. Bei der Beurteilung ihrer Leistung ist daher eine etwaige Minderung der Arbeits- und Verwendungsfähigkeit durch die Behinderung besonders zu berücksichtigen (§ 14 Abs. 4 Laufbahnverordnung Rheinland-Pfalz, LbVO). Eine quantitative Minderung der Leistungsfähigkeit aufgrund der Behinderung darf nicht zum Nachteil angerechnet werden und das Beurteilungsergebnis nicht negativ beeinflussen. Es ist hinzunehmen, wenn nur ein Teil des Arbeitspensums eines nicht schwerbehinderten Beschäftigten bewältigt werden kann; dieses geminderte Arbeitspensum ist der Beurteilung als Norm zugrunde zu legen. An die Qualität des Arbeitsergebnisses sind dagegen die allgemeinen Beurteilungsmaßstäbe anzulegen. Im Übrigen richtet sich die Beurteilung schwerbehinderter Beschäftigter nach den jeweils einschlägigen Beurteilungsrichtlinien.

9.2 Vor Erstellung der Beurteilung spricht die Beurteilerin oder der Beurteiler mit der oder dem schwerbehinderten Beschäftigten über Art und Umfang der Behinderung und deren Auswirkungen auf Leistung und Einsatzmöglichkeiten. Auf Verlangen der oder des schwerbehinderten Beschäftigten ist zu diesem Gespräch die Schwerbehindertenvertretung hinzuzuziehen.

9.3 Soweit in den jeweiligen Vorschriften zur Beurteilung der Bediensteten den vorstehenden Nummern 9.1 und 9.2 entsprechende Regelungen enthalten sind, gelten die Regelungen der jeweiligen Beurteilungsvorschriften.

10 Erholungs- und Zusatzurlaub

Schwerbehinderte Beschäftigte haben Anspruch auf einen bezahlten zusätzlichen Urlaub von fünf Arbeitstagen im Urlaubsjahr (§ 208 SGB IX). Für gleichgestellte behinderte Beschäftigte gilt diese Regelung nicht (§ 151 Abs. 3 SGB IX). Verteilt sich die regelmäßige Arbeitszeit schwerbehinderter Beschäftigter auf mehr oder weniger als fünf Arbeitstage in der Kalenderwoche, erhöht oder vermindert sich der Zusatzurlaub entsprechend.

Schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis ausscheiden oder in der ersten Hälfte des Kalenderjahres eingestellt wurden, haben nach Erfüllung der Wartezeit Anspruch auf den vollen Zusatzurlaub von fünf Tagen.

Schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in der ersten Hälfte des Kalenderjahres aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis ausscheiden oder in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres eingestellt werden, haben Anspruch auf lediglich ein Zwölftel des Zusatzurlaubs für jeden vollen Monat des Bestehens des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses.

- Schwerbehinderten Beamtinnen und Beamten steht für jeden vollen Kalendermonat der Dienstzugehörigkeit ein Zwölftel des Zusatzurlaubs zu, wenn das Beamtenverhältnis im Laufe des Urlaubsjahres beginnt oder endet.
- Bruchteile von Zusatzurlaubstagen sind, soweit sie mindestens einen halben Tag ergeben, auf volle Urlaubstage aufzurunden.
- Bei neu eingestellten schwerbehinderten Beschäftigten, denen bei einem anderen Dienstherrn oder Arbeitgeber im laufenden Urlaubsjahr bereits ganz oder anteilig Zusatzurlaub gewährt worden ist, ist dieser anzurechnen.
- Die Zusatzurlaubsberechtigung endet mit dem Wegfall der schwerbehinderten Eigenschaft durch Erlöschen oder Entziehung. § 199 SGB IX ist zu beachten.
- Den Wünschen von schwerbehinderten Menschen auf ungeteilten Urlaub oder besondere Urlaubsaufteilung sowie hinsichtlich des Zeitpunktes des Urlaubs soll nach Möglichkeit entsprochen werden.
- 11 Weitere Maßnahmen zum Ausgleich der Schwerbehinderung**
- 11.1 Dienst- oder Arbeitsbefreiung**
- Zur ärztlichen oder rehabilitativen Behandlung (z. B. therapeutische Maßnahmen, Dialyse, Mobilitätstraining für Blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen, Fortbildungsveranstaltungen) von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Schwerbehinderung oder ihnen Gleichgestellten ist unter Berücksichtigung der Arbeitszeitregelungen zu prüfen, ob Gewährung von Dienstbefreiung ohne Abzug möglich ist.
- An Tagen mit extremen Wetterlagen soll schwerbehinderten Beschäftigten, denen die jeweilige Wetterlage im Vergleich zu den sonstigen Beschäftigten besondere Erschwernisse verursacht, in angemessenem Umfang Dienst- oder Arbeitsbefreiung erteilt werden, sofern die in den Regelungen zur Arbeitszeit vorgesehenen Möglichkeiten einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung nicht ausreichen. Für die Feststellung besonderer Erschwernisse müssen individuell die jeweilige Behinderung und die damit verbundene tatsächliche Erschwernisse betrachtet werden. Die Dienststellenleitung entscheidet über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Anhörung der Schwerbehindertenvertretung.
- 11.2 Dienstreisen**
- Ein schwerbehinderter Mensch, der eine Dienstreise nur mit fremder Hilfe ausführen kann, darf sich nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige vorgesetzte Person auch von einer nicht im Landesdienst tätigen oder dorthin abgeordneten Person (zum Beispiel der Ehegattin oder dem Ehegatten) begleiten lassen. Der Anspruch auf unentgeltliche Beförderung und ähnliche Nachteilsausgleiche für die Begleitperson von schwerbehinderten Beschäftigten muss ausgenutzt werden (z. B. § 228 Abs. 6 Nr. 1 SGB IX). Die dadurch entstehenden Fahrtkosten und die notwendigen Auslagen für Unterkunft und Verpflegung sind als Nebenkosten nach § 9 Landesreisekostengesetz (LRKG) zu erstatten. Die Voraussetzung ist regelmäßig erfüllt, wenn im Schwerbehindertenausweis das Merkzeichen "H" (Hilflosigkeit) oder "B" (Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson) eingetragen ist.
- 11.3 Parkmöglichkeiten**
- Soweit bei einer Dienststelle Park- bzw. Abstellmöglichkeiten vorhanden sind, ist auf schwerbehinderte Menschen, die wegen der Art und Schwere der Behinderung auf den Gebrauch eines Kraftfahrzeuges angewiesen sind, besondere Rücksicht zu nehmen. Hierzu gehört in erster Linie die Bereitstellung von geeigneten Park- bzw. Abstellmöglichkeiten in der Nähe des Arbeitsplatzes. Können diese nicht bereitgestellt werden, ist für die in Satz 1 bezeichneten schwerbehinderten Menschen auf deren Wunsch von der Dienststelle eine Ausnahme genehmigung zum Parken während der Arbeitszeit auf bestimmten Flächen gem. § 46 der Straßenverkehrsordnung (StVO) zu beantragen.
- 11.4 Assistenz- und Blindenführhunde**
- Assistenz- und Blindenführhunde dürfen während der Dienstzeit am Arbeitsplatz oder in der Nähe des Arbeitsplatzes untergebracht werden. Der Bedarf eines Assistenz- oder Blindenführhundes ist über ein ärztliches Attest nachzuweisen. Für den Hund muss ein entsprechender Eignungsnachweis vorliegen (Gespannprüfung oder Begleithundeprüfung nach den Prüfungsrichtlinien des Verbandes für das Deutsche Hundewesen) und er muss bei seiner Arbeit eine deutliche Kennzeichnung tragen (sogenannte Kenndecke).
- 12 Beendigung von Dienst- oder Beschäftigungsverhältnissen**
- 12.1 Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand**
- Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter oder Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sollen wegen Dienstunfähigkeit nur dann in den Ruhestand versetzt werden, wenn festgestellt wird, dass sie auch bei der notwendigen Rücksichtnahme nicht in der Lage sind, ihre Dienstpflicht zu erfüllen.
- Von einer Versetzung in den Ruhestand soll abgesehen werden, wenn eine anderweitige Verwendung möglich ist (§ 26 Abs. 1 Satz 3 Beamtenstatusgesetz, BeamtStG). Unter den Voraussetzungen des § 26 Abs. 2 BeamtStG kann ein anderes Amt derselben oder einer anderen Laufbahn übertragen werden. Es sind alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, die den schwerbehinderten Beamtinnen und Beamten eine angemessene und zumutbare Weiterverwendung auf einem anderen Dienstposten ermöglichen.
- Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter oder Staatsanwältinnen und Staatsanwälte können auf Antrag gem. § 39 Abs. 2 und 3 Landesbeamtengesetz (LBG) vor Erreichen der Regelaltersgrenze im Sinne des § 37 LBG in den Ruhestand versetzt werden. Dabei ist zu beachten, dass sich das Ruhegehalt vermindern kann.
- 12.2 Kündigung**
- Vor jeder ordentlichen Kündigung oder anderen Beendigung des Arbeitsverhältnisses aus gesundheitlichen Gründen ist zu prüfen, ob eine Rehabilitation in Betracht kommt und ob eine angemessene und zumutbare Weiterverwendung der oder des schwerbehinderten Beschäftigten auf einem anderen Dienstposten möglich ist. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses schwerbehinderter Beschäftigter durch den Arbeitgeber bedarf der vorherigen Zustimmung des Integrationsamtes (§ 168 SGB IX). Vor jeder beabsichtigten Kündigung ist die zuständige Schwerbehindertenvertretung zu hören. Bei beabsichtigter Kündigung einer oder eines schwerbehinderten Beschäftigten hat die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung rechtzeitig zu erfolgen.
- 13 Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung von Interessen der schwerbehinderten Beschäftigten**
- Alle Beteiligten, die an der Wahrnehmung der Interessen der in Nr. 1.2 genannten Beschäftigten arbeiten, arbeiten zum Wohle dieser Beschäftigten bei deren Eingliederung in der Dienststelle eng und vertrauensvoll zusammen.
- 13.1 Inklusionsbeauftragte oder Inklusionsbeauftragter**
- Gemäß § 181 SGB IX hat der Arbeitgeber jeweils eine Inklusionsbeauftragte oder einen Inklusionsbeauftrag-

- ten zu bestellen, die oder der ihn in Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen verantwortlich vertritt (Inklusionsbeauftragte oder Inklusionsbeauftragter der Dienststelle). Dies gilt auch dann, wenn aktuell keine schwerbehinderten Menschen in der Dienststelle beschäftigt sind. Von einer Bestellung kann jedoch abgesehen werden, soweit die Bestellung gesonderter Beauftragter, zum Beispiel bei enger räumlicher Nähe von Dienststellen des gleichen Geschäftsbereiches, nicht zweckmäßig erscheint.
- Die Zusammenarbeit mit der zuständigen Schwerbehindertenvertretung erfolgt auf Grundlage von Vertrauen und Partnerschaftlichkeit im Sinne des § 2 LPersVG.
- 13.2 Inklusionsvereinbarung
- 13.2.1 Gemäß § 166 SGB IX treffen Arbeitgeber mit der Schwerbehindertenvertretung und den in § 176 SGB IX genannten Vertretungen in Zusammenarbeit mit der Inklusionsbeauftragten oder dem Inklusionsbeauftragten des Arbeitgebers (§181 SGB IX) eine verbindliche Inklusionsvereinbarung (oder Rahmeninklusionsvereinbarung). Arbeitgeber im Sinne des § 166 SGB IX sind die Behörden- und Dienststellenleitungen.
- Die oder der Inklusionsbeauftragte der Dienststelle, die Schwerbehindertenvertretung, die oder der Vorsitzende des Personalrates und die Gleichstellungsbeauftragte können auf gemeinsamen Wunsch zur wirksamen Durchführung der Teilhabe schwerbehinderter Beschäftigter ein Inklusionsteam bilden.
- 13.2.2 Die Vereinbarung enthält im Zusammenhang mit der Eingliederung schwerbehinderter Menschen mindestens Regelungen zu
- Personalplanung,
 - Arbeitsplatzgestaltung,
 - Gestaltung des Arbeitsumfelds,
 - Arbeitsorganisation und
 - Arbeitszeit.
- Dabei ist die gleichberechtigte Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben bei der Gestaltung von Arbeitsprozessen und Rahmenbedingungen von Anfang an zu berücksichtigen. Bei der Personalplanung sind besondere Regelungen zur Beschäftigung eines angemessenen Anteils von schwerbehinderten Frauen vorzusehen.
- 13.2.3 Darüber hinaus soll die Vereinbarung
- die Art und den Umfang der Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Schwerbehindertenvertretung regeln,
 - den Ist- und Zielwert der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen erfassen und die Maßnahmen, Methoden und Werkzeuge zur Erreichung des Zielwerts beschreiben,
 - Maßnahmen für die Fort- und Weiterbildung sowie Aufstiegseröffnung für schwerbehinderte Beschäftigte enthalten und
 - Maßnahmen zur Umsetzung der Barrierefreiheit enthalten.
- 13.2.4 Zur Erreichung der in Inklusionsvereinbarungen beschriebenen Ziele sollen insbesondere auch Regelungen getroffen werden
- zur angemessenen Berücksichtigung schwerbehinderter Menschen bei der Besetzung freier, freierwerdender oder neuer Stellen,
 - zur Teilzeitarbeit,
 - zur Ausbildung behinderter Jugendlicher,
 - zur Durchführung der betrieblichen Prävention (betriebliches Eingliederungsmanagement) und zur Gesundheitsförderung und
 - über die Hinzuziehung der Betriebsärztin oder des Betriebsarztes auch für Beratungen über Leistungen zur Teilhabe sowie über besondere Hilfen im Arbeitsleben.
- 13.2.5 Die kontinuierliche Umsetzung der Inklusionsvereinbarung und der darin enthaltenen Zielvorgaben ist in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und zu evaluieren. Dazu sind Zielvorgaben in Inklusionsvereinbarungen eindeutig und messbar zu formulieren.
- 13.3 Schwerbehindertenvertretung (§§ 177-180 SGB IX)
- 13.3.1 Bei allen Angelegenheiten der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen kommt der unverzüglichen und umfassenden Unterrichtung der Schwerbehindertenvertretung besondere Bedeutung zu.
- 13.3.2 Die Schwerbehindertenvertretung ist befugt, sich in Angelegenheiten der schwerbehinderten Menschen unmittelbar an das Integrationsamt, die Agentur für Arbeit und die anderen Rehabilitationsträger sowie die Integrationsfachdienste zu wenden.
- 13.3.3 Die Schwerbehindertenvertretung hat nicht nur die Interessen der einzelnen schwerbehinderten Beschäftigten, sondern auch die der schwerbehinderten Beschäftigten der Dienststelle in ihrer Gesamtheit wahrzunehmen.
- Ist eine Schwerbehindertenvertretung nicht vorhanden, so nimmt deren Aufgabe die Stufenvertretung (Gesamt-, Bezirks-, oder Hauptschwerbehindertenvertretung) wahr.
- 13.3.4 Um der Schwerbehindertenvertretung einen laufenden Überblick über den zu betreuenden Personenkreis zu geben, sind ihr unverzüglich alle Zu- und Abgänge von schwerbehinderten Beschäftigten mitzuteilen.
- 13.3.5 Bei Schulungsveranstaltungen für Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen, die vom Integrationsamt, der Hauptvertrauensperson oder der Bezirksvertrauensperson des Geschäftsbereiches veranstaltet werden, gelten die Voraussetzungen des § 179 Abs. 4 SGB IX als erfüllt. Die Dienststelle unterstützt und fördert die Schulungsveranstaltungen der Stufenvertretungen.
- 13.3.6 Die Schwerbehindertenvertretung führt ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Sie darf in der Ausübung ihres Amtes nicht behindert oder wegen ihres Amtes nicht benachteiligt oder begünstigt werden und genießt insbesondere den gleichen Kündigungs-, Versetzungs- und Abordnungsschutz wie ein Mitglied des Personalrats. Sie ist bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.
- 13.3.7 Die durch die Geschäftsführung der Schwerbehindertenvertretung (Gesamt-, Bezirks-, Hauptschwerbehindertenvertretung) entstehenden Kosten trägt die Dienststelle (§ 178 Abs. 8, § 180 Abs. 7 SGB IX). Hierbei gelten die Kostenregelungen für die Personalvertretung entsprechend (§ 179 Abs. 8 Satz 1 Halbsatz 2 SGB IX).
- Der Schwerbehindertenvertretung ist, soweit erforderlich, ein Raum bereitzustellen, in dem sie sich mit den schwerbehinderten Beschäftigten ungestört besprechen kann. Der Raum sollte nach Möglichkeit barrierefrei zugänglich sein.
- 13.3.8 Die Schwerbehindertenvertretung hat das Recht, mindestens einmal im Jahr eine Versammlung der schwerbehinderten Menschen im Betrieb oder in der Dienststelle durchzuführen. Die für Betriebs- und Personalversammlungen geltenden Vorschriften finden entsprechend Anwendung (§ 178 Abs. 6 SGB IX und § 180 Abs. 8 SGB IX).
- 13.3.9 Reisen der Schwerbehindertenvertretung sind keine Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts. Diese Reisen bedürfen keiner Anordnung oder Genehmigung durch die zuständige Behörde, sie sind lediglich anzu-

- zeigen. Die Kosten sind in sinngemäßer Anwendung des § 43 LPersVG zu vergüten. Steht die Schwerbehindertenvertretung im Beamtenverhältnis, finden die beamtenrechtlichen Unfallfürsorgevorschriften entsprechend Anwendung, Beschäftigte sind gemäß § 2 Abs. 1 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) gegen Unfälle, die sie in Ausübung des Amtes erleiden, versichert.
- 13.4 Personalvertretung
Die Schwerbehindertenvertretung hat das Recht, an allen Sitzungen der Personalvertretung und deren Ausschüssen beratend teilzunehmen, § 178 Abs. 4 und Abs. 5 SGB IX sind anzuwenden.
- 13.5 Gleichstellungsbeauftragte
Die Gleichstellungsbeauftragten unterstützen die Inklusion und berufliche Förderung von schwerbehinderten Menschen. Dabei tragen sie den besonderen Belangen Rechnung, die die Gleichstellung von schwerbehinderten Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit berühren können.
- 14 Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden und Hauptschwerbehindertenvertretungen Rheinland-Pfalz (AGSV RP)**
- 14.1 Die Hauptschwerbehindertenvertretungen und die Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden sollen sich zur „Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden und Hauptschwerbehindertenvertretungen in Rheinland-Pfalz“ zusammenschließen.
- 14.2 Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft sind die Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden und Hauptschwerbehindertenvertretungen des Landes Rheinland-Pfalz (Ministerien, Staatskanzlei, Landtag sowie Rechnungshof Rheinland-Pfalz) sowie diejenigen Bezirksschwerbehindertenvertretungen, Gesamtschwerbehindertenvertretungen und Schwerbehindertenvertretungen, welche in analoger Anwendung des § 52 Abs. 2 LPersVG in Verbindung mit § 180 SGB IX Aufgaben einer Hauptschwerbehindertenvertretung wahrnehmen.
- 14.3 Die Arbeitsgemeinschaft formuliert ihren Aufgabenbereich im Rahmen ihrer Satzung und wird entsprechend tätig.
- 14.4 Die Arbeitsgemeinschaft wird im Rahmen ihres Aufgabengebietes durch die fachlich zuständigen Stellen (unter anderem Fachministerien) unterstützt.
- 14.5 Die Arbeitsgemeinschaft hat das Recht, mindestens einmal im Kalenderjahr eine Versammlung durchzuführen. Für die Durchführung gilt § 178 Abs. 6 SGB IX entsprechend.
- 14.6 Für die Arbeitsgemeinschaft gilt § 179 SGB IX entsprechend.
- 14.7 Die Arbeitsgemeinschaft ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Länder.
- 15 Zusammenarbeit**
Wenn Art und Schwere der Behinderungen oder die besonderen Umstände eines Einzelfalls es ratsam erscheinen lassen, können mit Zustimmung des schwerbehinderten Menschen fachkundige Personen, z. B. Betriebsärztinnen und Betriebsärzte oder andere medizinische, psychologische oder soziale Beraterinnen und Berater sowie Vertreter des Integrationsamtes, hinzugezogen werden.
Jährlich oder bei Bedarf findet eine Gesprächsrunde mit den Schwerbehindertenvertretungen, den Personalräten und den Dienststellenleitungen zu den Themen der Umsetzung dieser Verwaltungsvorschrift, insbesondere der Personalplanung und Qualifizierung, statt. Dies entbindet die Dienststellenleitung nicht von der Teilnahme und Berichtspflicht bei der Versammlung der Schwerbehinderten.
Bei allen Angelegenheiten der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen kommt der rechtzeitigen und umfassenden Unterrichtung der Schwerbehindertenvertretung besondere Bedeutung zu. Zu den Angelegenheiten im Sinne des § 178 Abs. 2 SGB IX gehören nicht nur die in dieser Verwaltungsvorschrift ausdrücklich angesprochenen Maßnahmen. Die Unterrichts- und Anhörungspflicht gilt für jede Art von Maßnahmen, die schwerbehinderte Menschen berühren können, z. B. für Verwaltungsermittlungen, Disziplinarverfahren, Abmahnungen, Dienstvereinbarungen und Organisationsangelegenheiten. Soweit Personalführungsmaßnahmen und Personalentscheidungen delegiert werden, stellt die dienstvorgesetzte Stelle sicher, dass die Beteiligungsrechte der Schwerbehindertenvertretung gewahrt bleiben.
- 16 Datenschutz**
Bei der Durchführung dieser Verwaltungsvorschrift sind alle Stellen verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Vorgaben der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO) und des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LDSG) zu beachten.
- 17 Schlussbestimmungen**
Diese Verwaltungsvorschrift ersetzt die Anwendungsleitlinien zur Integration und Betreuung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Landes vom 1. Dezember Jahr 2006. Sie tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Anlage Links der maßgeblichen Rechtsvorschriften:

- UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK):
http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a729-un-konvention.pdf?__blob=publicationFile
- Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX):
https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9_2018/
- Beamtenstatusgesetz (BeamtStG):
<https://www.gesetze-im-internet.de/beamtstg/index.html>
- Landesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (LGGBehM):
<http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/y23/page/bsrlpprod.psm1?showdoccase=1&doc.id=jlr-BehGleichGRPrahen&doc.part=X>
- Landesbeamtengesetz Rheinland-Pfalz (LBG):
http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/ggd/page/bsrlpprod.psm1/action/portlets.jw.MainAction?p1=0&eventSubmit_doNavigate=searchInSubtreeTOC&showdoccase=1&doc.hl=0&doc.id=jlr-BGRP2010rahmen&doc.part=R&toc.poskey=#focuspoint
- Landespersonalvertretungsgesetz Rheinland-Pfalz (LPersVG):
<http://landesrecht.rlp.de/jportal/?quelle=jlink&query=PersVG+RP&psml=bsrlpprod.psm1>
- Laufbahnverordnung Rheinland-Pfalz (LbVO):
http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/gly/page/bsrlpprod.psm1/action/portlets.jw.MainAction?p1=0&eventSubmit_doNavigate=searchInSubtreeTOC&showdoccase=1&doc.hl=0&doc.id=jlr-LbVRP2010rahmen&doc.part=R&toc.poskey=#focuspoint
- Landesbauordnung (LBauO):
http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/gn3/page/bsrlpprod.psm1/action/portlets.jw.MainAction?p1=0&eventSubmit_doNavigate=searchInSubtreeTOC&showdoccase=1&doc.hl=0&doc.id=jlr-BauORPrahen&doc.part=R&toc.poskey=#focuspoint
- Broschüre der Landesregierung „Barrierefrei Bauen – Leitfaden für die Planung 2017“, abrufbar unter www.fm.rlp.de
direkter Link:
https://fm.rlp.de/fileadmin/fm/PDF-Datei/Service/Broschueren/Barrierefrei_Bauen_-_Leitfaden_fuer_die_Planung_2017.pdf
- Technische Regeln zur barrierefreien Gestaltung von Arbeitsstätten bereitgestellt durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA), abrufbar unter www.baua.de
direkter Link:
<https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/ASR/ASR-V3a-2.html>
- Leitfaden „Barrierefreier Arbeitsstätten planen und gestalten“ der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft, abrufbar unter www.vbg.de
direkter Link:
http://www.vbg.de/DE/3_Praevention_und_Arbeitshilfen/2_Themen/02_Arbeitsstaetten_gestalten/3_Leitfaden_Barrierefreie_Arbeitsstaetten_planen_und_gestalten/Leitfaden_Barrierefreie_Arbeitsstaetten_planen_und_gestalten_node.html
- Landesreisekostengesetz Rheinland-Pfalz (LRKG):
<http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/1ce1/page/bsrlpprod.psm1?showdoccase=1&doc.id=jlr-RKGRPrahen;juris-lr00&doc.part=X&doc.hl=1>
- Informationen zur betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) und Inklusionsvereinbarungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH), abrufbar unter www.integrationsaemter.de
direkter Link:
<https://www.integrationsaemter.de/Inklusionsvereinbarung/706c/index.html>
- Berufsbildungsgesetz (BBiG):
https://www.gesetze-im-internet.de/bbig_2005/
- Straßenverkehrsordnung (StVO):
https://www.gesetze-im-internet.de/stvo_2013/_46.html
- Erläuterungen und Informationen zu angemessenen Vorkehrungen, abrufbar unter www.teilhabeberatung.de
direkter Link:
<https://www.teilhabeberatung.de/node/36>

9240 Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung zusätzlicher Busverkehre zur Schülerbeförderung zur Verbesserung des Infektionsschutzes in Rheinland-Pfalz aufgrund der Corona-Pandemie (Richtlinien Corona-Schülerverkehr)

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 23. November 2020 (8706)

- 1 Die Verwaltungsvorschrift „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung zusätzlicher Busverkehre zur Schülerbeförderung zur Verbesserung des Infektionsschutzes in Rheinland-Pfalz aufgrund der Corona-Pandemie (Richtlinien Corona-Schülerverkehr)“ vom 27. August 2020 (MinBl. S. 192) wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Nummer 7.1 Satz 1 werden die Worte „bis zum 30. November 2020“ gestrichen.
 - 1.2 In Nummer 8 wird das Datum „31. Dezember 2020“ durch das Datum „15. April 2021“ ersetzt.
- 2 Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

MinBl. 2020, S. 292

950 Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Versorgung von Binnenschiffen mit Landstrom in Rheinland-Pfalz

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 16. November 2020 (8707)

- 1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen**
 - 1.1 Das Land Rheinland-Pfalz gewährt auf Basis der zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung „Errichtung von Landstromanlagen“ vom 3. November 2020 zur Förderung von Landstromanlagen in den deutschen Häfen im Zusammenhang mit dem Energie- und Klimafonds (EKF) im Wege der Projektförderung Zuwendungen für den Neu- und Ausbau von Landstromanlagen. Ziel der Förderung ist es, den Ausstoß von Luftschadstoffen [Kohlenstoffdioxid (CO₂), Schwefeloxide (SO_x), Stickoxide (NO_x) und Feinstaub (PM)] insbesondere in urbanen Räumen zu vermindern. Die Zuwendungen erfolgen aus Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz und aus Mitteln des Bundes im Zeitraum 2020 bis 2023.
 - 1.2 Die Gewährung der Zuwendung erfolgt nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift, den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 20. Dezember 1971 (GVBl. 1972 S. 2, BS 63-1) in der jeweils geltenden Fassung und der Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) vom 20. Dezember 2002 (MinBl. 2003 S. 22, 324; 2017 S. 340) in der jeweils geltenden Fassung. Im Falle der Gewährung von staatlichen Fördermitteln an wirtschaftlich tätige Unternehmen erfolgt die Zuwendung ferner entweder auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU

Nr. L 187 S. 1) – zur Anwendung kommen Investitionsbeihilfen zur Verbesserung des Umweltschutzes gemäß Artikel 36 und Investitionsbeihilfen für Binnenhäfen gemäß Artikel 56 c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 – oder der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. EU Nr. L 352 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung.

- 1.3 Zuwendungen, die nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 oder der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 gewährt werden, können mit anderen staatlichen Beihilfen im Rahmen der nach diesen Verordnungen geltenden Vorschriften kumuliert werden (Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014).
- 1.4 Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- 2 Förderfähige Vorhaben**
 - 2.1 Die Förderung umfasst den Neu- und Ausbau von Landstromanlagen, die durch Frachtschiffe (Tank- und Trockengüterschiffe) oder Fahrgastkabinenschiffe (Flusskreuzfahrtschiffe) genutzt werden, einschließlich der erforderlichen Planungsleistungen Dritter (außerhalb der öffentlichen Verwaltung).
 - 2.2 Landstromanlagen sind elektrotechnische Infrastrukturen, mit denen Wasserfahrzeuge den Strom für ihr Bordstromnetz von Land aus beziehen können. Neben den erforderlichen elektrotechnischen Komponenten gehören auch die Einhausung, die Verteiler- und Übergabeeinrichtungen und die Kosten für den Anschluss an das öffentliche Stromnetz dazu.
- 3 Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind natürliche Personen und juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, die Landstromanlagen bereitstellen, betreiben, anbieten oder dies für die Zukunft planen.
- 4 Fördervoraussetzungen**
 - 4.1 Voraussetzung für die Förderung von Vorhaben nach Nummer 2 ist, dass das Vorhaben
 - a) in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird,
 - b) noch nicht begonnen worden ist,
 - c) zur Erreichung der Förderziele gemäß Nummer 1.1 geeignet ist,
 - d) Strom aus erneuerbaren Energien – möglichst aus zusätzlicher Erzeugung – liefert, soweit dies rechtlich und technisch möglich ist,
 - e) die geltenden gesetzlichen und technischen Standards für vergleichbare Anlagen erfüllt,¹
 - f) unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant ist,
 - g) ein ausreichend hohes Nutzungspotenzial besitzt; dies ist in der Regel der Fall, wenn der entsprechende Liegeplatz regelmäßig von landstromfähigen Schiffen genutzt wird bzw. dies durch schriftliche Zusicherungen von Reedereien absehbar ist oder ordnungspolitische Maßnahmen geplant sind,
 - h) überwiegend der gewerblichen Schifffahrt dient und
 - i) dauerhaft betrieben und unterhalten wird.

¹ Eine Handreichung hierzu erfolgt außerhalb der Förderrichtlinie.

- 4.2 Die durch die Zuwendung geförderte Landstromanlage muss mindestens für die Dauer von zehn Jahren nach Inbetriebnahme der Landstromanlage betrieben und zweckentsprechend verwendet werden.
- 4.3 Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich zum Zwecke der Evaluierung des Förderprogramms nach Inbetriebnahme der Landstromanlage der Bewilligungsbehörde (Nummer 7.2) Daten über die Anzahl der Schiffsanläufe, der abgenommenen Strommengen und die dadurch erzielten Emissionseinsparungen zu übersenden.
- 4.4 Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, während des Baus und nach Fertigstellung in geeigneter Form auf die Förderung durch den Bund hinzuweisen. Dabei ist das Logo des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu verwenden. Nach Abschluss der Förderung bzw. nach Fertigstellung wichtiger Einzelmaßnahmen ist die Bundesförderung z. B. durch Plaketten, Hinweistafeln oder ähnliches darzustellen.

5 Art, Umfang und Höhe der Finanzierung

- 5.1 Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Form einer Anteilfinanzierung zur Projektförderung gewährt.
- 5.2 Die Förderhöhe kann bis zu 80 v. H. der förderfähigen Kosten betragen. Der Bund beteiligt sich mit bis zu 75 v. H. an dem Zuschuss.
- 5.3 Förderfähig sind die Kosten für den Neu- und Ausbau von Landstromanlagen einschließlich der erforderlichen Planungsleistungen Dritter (außerhalb der öffentlichen Verwaltung). Der Anschluss an das öffentliche Stromnetz ist nur in Bezug auf die Kosten förderfähig, die zwingend für den Betrieb der Landstromanlage erforderlich sind und ausschließlich diesem Zweck dienen.
- 5.4 Nicht förderfähig sind:
 - a) Kosten für den Netzausbau oder Komponenten, die Teile des öffentlichen Stromnetzes darstellen,
 - b) Kosten für Machbarkeitsstudien und Potenzialanalysen,
 - c) Verwaltungskosten mit Ausnahme der Kosten für erforderliche Planungsleistungen Dritter (außerhalb der Verwaltung),
 - d) Personal- und Betriebskosten,
 - e) Finanzierungskosten,
 - f) Umsatzsteuer, soweit diese nach dem Umsatzsteuergesetz in der Fassung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386) in der jeweils geltenden Fassung als Vorsteuer abziehbar ist.

6 Ausschluss der Förderung

- 6.1 Unternehmen bzw. Vorhaben, die unter Artikel 1 Absatz 2 bis 5 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 fallen, dazu gehören auch Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, sind von der Förderung ausgeschlossen.
- 6.2 Von der Förderung weiterhin ausgeschlossen sind Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Begriffsbestimmung von Artikel 2 Nr. 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014.

7 Antrags- und Bewilligungsverfahren, Abwicklung der Förderung

- 7.1 Dem Förderantrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- a) Erläuterungsbericht,
- b) Kostenschätzung mit Angaben, wie sich die Kosten zusammensetzen,
- c) Angaben zur Gesamtfinanzierung des Vorhabens,
- d) Angaben zum Bauzeitablauf,
- e) Planungsunterlagen,
- f) Lage und Bezeichnung der Liegeplätze,
- g) Angaben zum Anlagentyp und Anzahl der Anschlüsse,
- h) Angaben zur Nutzergruppe bzw. der Schiffstypen (Frachtschiff, Fahrgastkabinenschiff),
- i) Prognose zur jährlichen Anzahl der Nutzungen pro Schiffstyp, zur Gesamtstrommenge (inkl. Angaben zur geplanten Nutzung von erneuerbaren Energien entsprechend Nummer 4.1 Buchst. d) sowie zu den Emissionseinsparungen (CO₂, NO_x, SO_x und PM), wobei zur Berechnung der voraussichtlichen Emissionseinsparungen die folgenden Emissionsdaten der Schiffsmaschinen pro erzeugter Kilowattstunden (kWh) zugrunde zu legen sind:

Schiffstyp	g CO ₂ / kWh	g NO _x / kWh	g SO _x / kWh	g PM / kWh
Binnenschiff	721	8,1	0,04	0,15

In Bezug auf die CO₂-Minderung soll die Einsparung für die Zwecke der Durchführung dieser Verwaltungsvorschrift wie folgt berechnet werden:

- aa) Für Strom aus Erneuerbaren Energien, der aus nicht nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728), geförderten
 - i. Anlagen stammt, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht älter als sechs Jahre sind, oder
 - ii. Windenergie- oder Photovoltaikanlagen stammt, für die die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ausgelaufen ist („Ü-20-Anlagen“)
 kann von 100 v. H. Einsparung ausgegangen werden.
- bb) Für sonstigen Strom aus Erneuerbaren Energien kann von 50 v. H. Einsparung ausgegangen werden.
- cc) Im Übrigen kann die Einsparung anhand der Differenz der am Schiff eingesparten Emissionen und der Emissionen in der Stromerzeugung unter Annahme des deutschen Strommixes erfolgen.

7.2 Bei Zuwendungsanträgen kommunaler Gebietskörperschaften sind diese über die jeweils zuständige Aufsichtsbehörde, die die erforderliche kommunalaufsichtliche Stellungnahme nach Teil II Nummer 3.5.1 zu § 44 Abs. 1 LHO der VV-LHO beifügt, vorzulegen.

7.3 Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB), Holzhofstraße 4, 55116 Mainz, ist zuständige Bewilligungsbehörde.

- Die ISB ist zuständig für:
- a) die Entgegennahme und Prüfung der Förderanträge,
 - b) den Erlass der Bewilligungsbescheide,
 - c) die gesamte haushaltstechnische und förderrechtliche Abwicklung einschließlich der Änderung und der

- Aufhebung von Zuwendungsbescheiden und Prüfung der Verwendungsnachweise,
- d) die Rückforderung von Zuwendungen und deren Erhebung einschließlich der Festsetzung und Erhebung der zu erstattenden Zinsen,
- e) die Zulassung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns,
- f) die turnusgemäße Erstellung der dem Bund gegenüber zu führenden Nachweise der zweckentsprechenden Verwendung.
- 7.4 Die ISB stellt die für die Antragstellung, den Mittelabruf und den Verwendungsnachweis erforderlichen Informationen auf ihrer Internetseite (www.isb.rlp.de) bereit.
- 7.5 In Abhängigkeit vom Zuschussempfänger sind entweder die allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) gemäß Teil I Nummer 5.1 zu § 44 Abs. 1 LHO der VV-LHO oder die allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände (ANBest-K) gemäß Teil II Nummer 5.1 zu § 44 Abs. 1 LHO der VV-LHO zum Bestandteil des Bewilligungsbescheids zu machen.
- 7.6 Bauverwaltung im Sinne der baufachlichen Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen (ZBau) gemäß Teil I Anlage 1 zu § 44 Abs. 1 LHO der VV-LHO ist der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB).
- 8 Schlussbestimmung**
- Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

MinBl. 2020, S. 292

II.

Staatskanzlei

Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2018

Bekanntmachung der Staatskanzlei

vom 12. November 2020 (0443#2020/0004)

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat der Landesregierung in seiner Sitzung am 27. August 2020 für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt (Landtagsbeschluss 17/12710). Grundlage hierfür waren neben der Haushaltsrechnung 2018 u. a. der Jahresbericht 2020 des Rechnungshofes (Landtagsdrucksache 17/11300), die Stellungnahme der Landesregierung hierzu (Landtagsdrucksache 17/11850) und der Bericht mit Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages zu vorgenannten Unterlagen (Landtagsdrucksache 17/12710).

Die Berichte und Stellungnahmen enthalten Hinweise für den zweckmäßigen, wirtschaftlichen und sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel und sind daher für alle öffentlichen Verwaltungen von besonderem Interesse.

Die rheinland-pfälzischen Ressorts werden den Verwaltungen in ihrem Geschäftsbereich die o. g. Drucksachen auf elektronischem Wege übermitteln.

Die genannten Drucksachen aus dem Entlastungsverfahren für das Haushaltsjahr 2018 sind über den Internetauftritt des Landtages Rheinland-Pfalz unter www.landtag.rlp.de abrufbar. Dort

sind auch die Drucksachen aus den Entlastungsverfahren der Vorjahre verfügbar.

MinBl. 2020, S. 294

Besuche von Abgeordneten und Vertreterinnen und Vertretern von Parteien bei staatlichen Dienststellen

Bekanntmachung der Staatskanzlei

vom 20. November 2020 (0501-0001#2020/0001-0201 212)

Aus Anlass der bevorstehenden Landtagswahl am 14. März 2021 wird auf die erneuerte Vereinbarung zwischen Landesregierung und den im Landtag vertretenen Fraktionen vom 10. November 2020 (Bekanntmachung der Staatskanzlei vom 21. März 2014 - 01426-0001/2014 (MinBl. 2014, S. 27) sowie vom 10. September 2015 - 01426-00001/2014 (MinBl. 2015, S. 137)) hingewiesen:

„Zwischen der Landesregierung und den im Landtag vertretenen Fraktionen wird vereinbart, dass Informationsbesuche einzelner Abgeordneter und Vertreterinnen und Vertretern von Parteien bei staatlichen Dienststellen grundsätzlich sechs Wochen vor Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen nicht mehr stattfinden sollen. Ausgenommen hiervon sind Besuche, die Abgeordnete als bevollmächtigte Vertreter von Bürgerinnen und Bürgern vornehmen.

Laden staatliche Bildungseinrichtungen (insbesondere Schulen und Hochschulen) Abgeordnete oder Vertreterinnen und Vertreter von Parteien zu Veranstaltungen im Rahmen des jeweiligen Bildungsauftrags ein, so ist dies ohne zeitliche Befristung im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlterminen möglich. Dabei ist der Grundsatz der parteipolitischen Ausgewogenheit und Neutralität zu beachten.“

MinBl. 2020, S. 294

Erteilung eines Exequaturs;

h i e r : Frau Fabienne Emilie L. Cheront, Generalkonsulin des Königreichs Belgien in Berlin

Bekanntmachung der Staatskanzlei

vom 23. November 2020 (0213-0022#2019/0025-0201)

Die Bundesregierung hat der zur Leiterin der berufskonsularischen Vertretung des Königreichs Belgien in Berlin ernannten Frau Fabienne Emilie L. Cheront am 23. November 2020 das Exequatur als Generalkonsulin erteilt.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Botschafter Willem Albert G. Van De Voorde, am 7. März 2019 erteilte Exequatur ist erloschen.

Der Konsularbezirk umfasst auch das Land Rheinland-Pfalz.

MinBl. 2020, S. 294

Ministerium der Finanzen

Reisekostenvergütung bei Auslandsdienstreisen

Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen

vom 13. November 2020 (0310-0036#2020/0006-0401 414)

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat mit Verwaltungsvorschrift vom 2. Oktober 2020 (GMBI 2020, S. 959) die Auslandstage- und -übernachtungsgelder mit Wirkung vom 1. Januar 2021 neu festgesetzt. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat erlassene Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Neufestsetzung der Auslandstage- und -übernachtungsgelder vom 14. Oktober 2019 (GMBI 2019, S. 1286) außer Kraft.

Im Hinblick auf § 15 Abs. 2 des Landesreisekostengesetzes wird um Beachtung gebeten.

MinBl. 2020, S. 295

**Ministerialblatt der Landesregierung
von Rheinland-Pfalz**

N 4757 A

Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt

JVA Diez Druckerei
Limburger Str. 122, 65582 Diez

Herausgeber und Verleger: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. 06131 16-4767, Fax 06131 16-5797

Druck: JVA Diez Druckerei, Limburger Str. 122, 65582 Diez
Tel. 06432 609-301, Fax 06432 609-304, E-Mail gvbl.jvadz@vollzug.jm.rlp.de

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 55,00 EUR.
Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Druckerei vorliegen.
Auslieferung von Einzelstücken durch die Druckerei gegen Rechnung.

Einzelpreis dieser Nummer 5,70 EUR zuzügl. Versandkosten.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Ministerialblattes hoheitliche Tätigkeit ist.